

A photograph of a modern, multi-story office building with a curved facade and large glass windows, set against a clear blue sky. The building is the central focus of the top half of the page.

Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR) zum 31.12.2025

**Württembergische
Gemeinde-Versicherung a.G.
WGV Gruppe**

Stuttgart, 20.05.2026

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	3
A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	4
A.1 Geschäftstätigkeit	4
A.2 Versicherungstechnische Leistung	6
A.3 Anlageergebnis	8
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	9
A.5 Sonstige Angaben	9
B. Governance-System	10
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	10
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit.....	12
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	13
B.4 Informationen zum internen Kontrollsystem	15
B.5 Funktion der Internen Revision.....	16
B.6 Versicherungsmathematische Funktion.....	17
B.7 Ausgliederung.....	17
B.8 Sonstige Angaben	18
C. Risikoprofil	19
C.1 Versicherungstechnisches Risiko	19
C.2 Marktrisiko.....	26
C.3 Kreditrisiko	31
C.4 Liquiditätsrisiko	33
C.5 Operationelles Risiko	34
C.6 Andere wesentliche Risiken	37
C.7 Sonstige Angaben	38
D. Bewertung für Solvabilitätszwecke	38
D.1 Vermögenswerte	39
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	42
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten.....	47
D.4 Alternative Bewertungsmethoden	48
D.5 Sonstige Angaben	49
E. Kapitalmanagement	50
E.1 Eigenmittel.....	50
E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	52
E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung.....	53
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	53
E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung.....	53
E.6 Sonstige Angaben	53
Anhang I	53

Zusammenfassung

Die WGV Gruppe versichert als Schaden- und Unfallversicherer die Städte, Gemeinden, Landkreise und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften sowie im öffentlichen Dienst beschäftigte Personen im Geschäftsgebiet Württemberg mit Hohenzollern sowie Privatpersonen im Geschäftsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Die WGV Gruppe besteht aus zwei Schaden-/Unfallversicherern, einem Lebensversicherer sowie weiteren Service- und Vermögensverwaltungsgesellschaften.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich keine wesentlichen Änderungen bezüglich der Geschäftstätigkeit ergeben. Das Geschäftsergebnis lag im Rahmen der Erwartungen.

Das Governance-System der WGV Gruppe ist organisatorisch gemäß dem Modell der "Three Lines of Defence" aufgebaut, d.h. in den Bereichen Risikomanagement, Compliance und Versicherungsmathematik sind in erster Linie die jeweiligen Fachabteilungen für die Einhaltung bzw. Überwachung der in ihren jeweiligen Tätigkeitsbereich fallenden Sachverhalte verantwortlich. In der zweiten Linie koordinieren und überprüfen die Inhaber der Schlüsselfunktionen die Aktivitäten der dezentralen Einheiten der ersten Linie. Die Innenrevision nimmt in diesem Konzept die sog. dritte Verteidigungslinie ein. Hierzu wurden schriftliche Leitlinien zur Sicherstellung der Anforderungen an das Governance-System von der Geschäftsleitung verabschiedet. Die Angemessenheit und Wirksamkeit des Governance Systems wird darüber hinaus durch ein Gremium, das u.a. aus der Geschäftsleitung und den Inhabern der Schlüsselfunktionen besteht, regelmäßig überprüft und bewertet. Ggf. werden von dem Gremium Empfehlungen für Änderungen und Ergänzungen des Systems ausgearbeitet. Aufgrund der bisher vorliegenden Erkenntnisse wird das Governance-System als angemessen angesehen. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich keine wesentlichen Änderungen des Governance-Systems ergeben.

Für die Berechnung der Solvenzkapitalanforderung wird die Standardformel angewendet. Für den Gesamtbestand der WGV-Lebensversicherung erfolgt dies unter Berücksichtigung der Volatilitätsanpassung. Es erfolgt für die WGV Gruppe insgesamt kein Gebrauch von unternehmensspezifischen Parametern.

Die aufsichtsrechtliche Risikokapitalanforderung veränderte sich im Berichtszeitraum von 634.814 T€ auf 679.551 T€. Das BSCR hat sich gegenüber dem Vorjahr von 709.949 T€ auf 768.474 T€ erhöht.

Der wesentliche Teil der Veränderung resultiert aus der Zunahme der Risikokapitalanforderung im Marktrisiko. Das Marktrisiko bleibt weiterhin die größte Risikoposition der WGV Gruppe. Die Risikokapitalanforderung im versicherungstechnischen Modul Nicht-Leben, der zweitgrößten Risikoposition, erhöht sich im Rahmen des Unternehmenswachstums.

Auf Gruppenebene bestehen hinsichtlich der Korrelationen zwischen den einzelnen Risikomodulen kaum

Diversifikationseffekte zur Minderung der Solvenzkapitalanforderung. Durch das ausgewogene Risikoprofil auf Ebene der Gruppenunternehmen erfolgt bereits eine hohe Diversifizierung in den Teilbeständen.

In der Solvabilitätsübersicht werden die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nach den Rechtsgrundlagen des Aufsichtsrechts (Solvency II) bewertet. Bei der Anwendung findet der Grundsatz der Materialität (Wesentlichkeit) Anwendung. Die lokale Finanzberichterstattung erfolgt nach den Vorschriften des HGB und der RechVersV. Die wesentlichen Bewertungsdifferenzen auf der Aktivseite sind auf die stillen Lasten in den nach HGB zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Finanzinstrumenten zurückzuführen.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II bestehen aus der Summe der Best Estimates und der Risikomarge.

Zur Berechnung des besten Schätzwerts der WGV-Lebensversicherung AG wurde die Volatilitätsanpassung verwendet. Damit kann im Übergangszeitraum die Auswirkung von Schwankungen des Zinsniveaus auf die Solvabilität gemildert werden. Aufgrund des Zinsniveaus im aktuellen Geschäftsjahr erfahren die Rückstellungen der WGV-Lebensversicherung AG weiterhin eine geringere Bewertung als unter der lokalen Finanzberichterstattung.

Die Bewertung der Best Estimates der Schaden-/Unfallversicherer erfolgt über diskontierte Zahlungsströme der Schaden- sowie Prämienrückstellungen. Diese sind im Vergleich zu den nach HGB bilanzierten versicherungstechnischen Rückstellungen insgesamt niedriger bewertet.

Damit ergeben sich unter Solvency II im Vergleich zur lokalen Finanzberichterstattung in Summe niedrigere versicherungstechnische Rückstellungen.

Die anrechnungsfähigen Eigenmittel zur Erfüllung der Solvenzkapitalanforderung betragen zum Stichtag 2.278.680 T€ (Vorjahr 2.100.927 T€). Diese bestehen aus Eigenmitteln der höchsten Qualitätsklasse Tier 1, die uneingeschränkt zur Bedeckung der Solvenzkapital- und der Mindestkapitalanforderungen anrechnungsfähig sind.

Aus dem Verhältnis von Eigenmitteln und Solvenzkapitalanforderung ergibt sich eine Solvenzquote von 335,3% (Vorjahr 331,0%). Die Solvenzquote ohne die Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen beträgt 335,3% (Vorjahr 331,0%) und bei Nichtanwendung der Volatilitätsanpassung 335,3% (Vorjahr 330,8%). Während des Berichtszeitraums wurden die Mindest- und die Solvenzkapitalanforderung zu jedem Zeitpunkt eingehalten.

Auch mittelfristig angelegte Planungsrechnungen mit einem Planungshorizont von bis zu 5 Jahren lassen zu keinem Zeitpunkt eine Verknappung der Eigenmittel erwarten.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

Name und Rechtsform des Unternehmens

Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.
Sitz des Vereins: Stuttgart
Tübinger Str. 55
70178 Stuttgart

Vorstand:

Dr. Klaus Brachmann (Vorsitzender)
Hartmut Schöch
Ralf Pfeiffer (bis 30.06.2025)
Anja Emde (ab 01.07.2025)

Vorsitzender des Aufsichtsrats:

Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags Baden-
Württemberg a.D. (bis 16.07.2025)
Joachim Walter, Landrat des Landkreises Tübingen i.R.
(ab 17.07.2025)

Registergericht: Amtsgericht Stuttgart HRB 547

Name und Kontaktdaten der für die Beaufsichtigung des Unternehmens und der Gruppe zuständigen Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postfach 1253
53002 Bonn
Fon: 0228 / 4108 - 0
Fax: 0228 / 4108 - 1550

E-Mail: poststelle@bafin.de

De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Register Nr. 5479

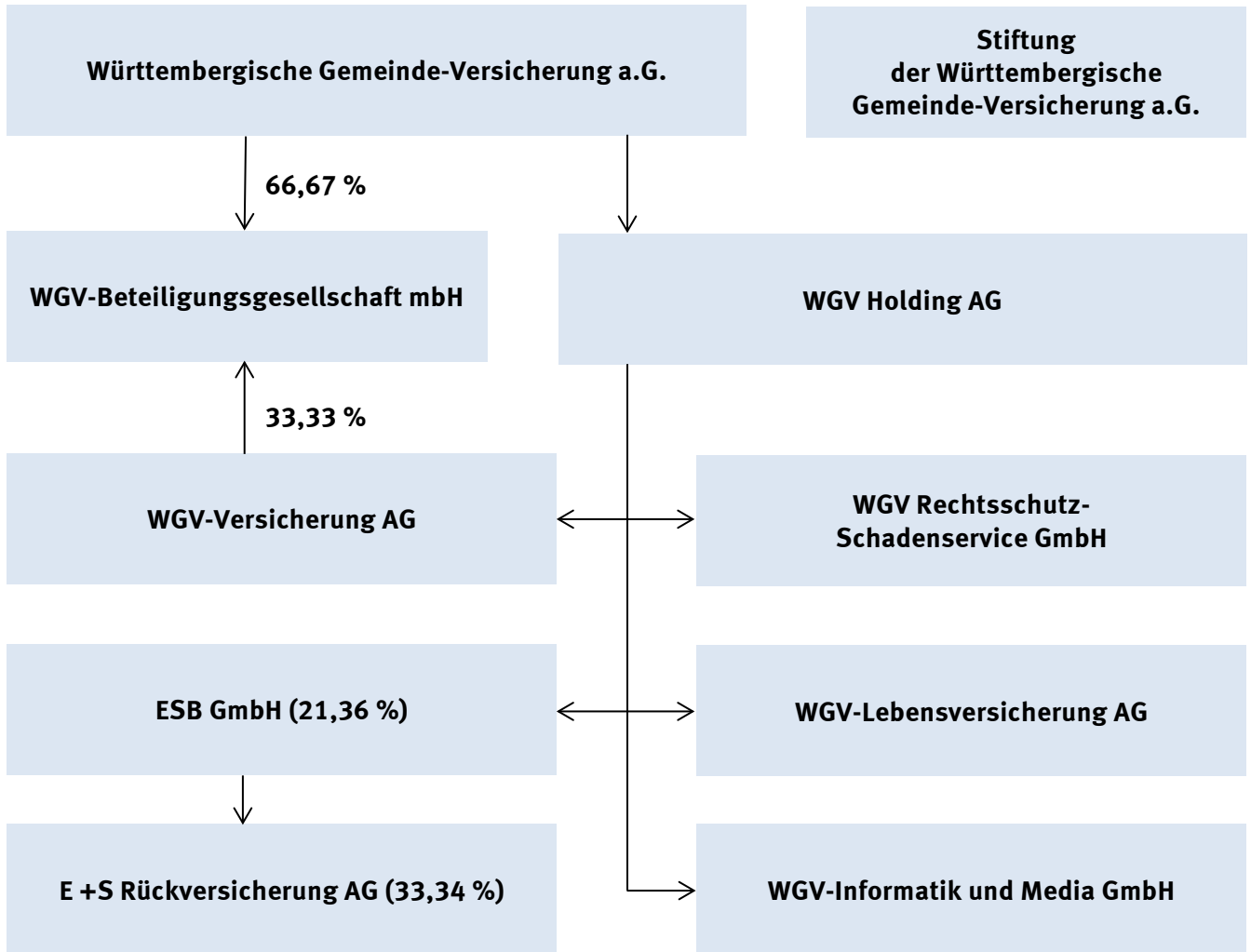
Name und Kontaktdaten der Wirtschaftsprüfer

Forvis Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Im Zollhafen 24
50678 Köln

Inhaber qualifizierter Beteiligungen an den Unter- nehmen der WGV Gruppe

Beteiligungen externer Unternehmen an Unternehmen
der WGV Gruppe liegen nicht vor.

Rechtsstruktur der Gruppe



Konsolidierungskreis

Name und Sitz der vollkonsolidierten Unternehmen	Höhe des Anteils am Kapital %	Eigenkapital 31.12.2025 T€	Ergebnis 2025 T€
WGV-Versicherung AG, Stuttgart	100,00	190.000	0,00
WGV-Lebensversicherung AG, Stuttgart	100,00	27.229	1.500
WGV-Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	100,00	63.978	2.901
WGV Holding AG, Ravensburg	100,00	720.906	45.369 *)
WGV-Informatik und Media GmbH, Stuttgart	100,00	19.963	1.015
WGV Rechtsschutz-Schadenservice GmbH, Stuttgart	100,00	235	72

*) einschließlich 31.938.441,56 € aus Ergebnisabführung der WGV-Versicherung AG, Stuttgart.

Geschäftsbereiche

Die WGV Gruppe versichert als Schaden- und Unfallversicherer die Städte, Gemeinden, Landkreise und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften sowie im öffentlichen Dienst beschäftigte Personen im Geschäftsgebiet Württemberg mit Hohenzollern sowie Privatpersonen im Geschäftsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Hierbei wird Versicherungsgeschäft in den Sparten:

- Lebensversicherung mit Überschussbeteiligung
- Krankheitskostenversicherung
- Einkommensersatzversicherung
- Haftpflichtversicherung

- Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung
- Sonstige Kraftfahrzeugversicherung
- Feuer- und Sachversicherung
- Rechtsschutzversicherung
- Beistandsleistungsversicherung

gezeichnet.

In der Sparte Index- und fondsgebundene Lebensversicherung wird kein Neugeschäft mehr gezeichnet.

In geringem Umfang wird inländisches Versicherungsgeschäft in Rückdeckung übernommen.

Ereignisse mit wesentlichen Auswirkungen auf das Unternehmen

Die nach wie vor hohe Schadeninflation im Bereich der Kfz-Versicherung führt zu einem erneut spürbaren Anstieg der Schadenaufwendungen. Weitere Ereignisse mit wesentlichen Auswirkungen auf das Unternehmen sind im Berichtsjahr nicht eingetreten.

Gruppeninterne Transaktionen

Zwischen der Württembergische Gemeindeversicherung a.G. und den Tochterunternehmen im Konsolidierungskreis bestehen Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungsverträge. Die Funktionsausgliederungen zwischen den Versicherungsunternehmen der Gruppe erfolgen zu Vollkosten, es erfolgt ein monatlicher Saldenausgleich. Als wesentlich hervorzuheben sind dabei die von der WGV-Versicherung AG bezogenen Dienstleistungen in Höhe von 106.024 T€, mit einem Abrechnungssaldo zum 31.12.2025 in Höhe von 7.240 T€ sowie die von der WGV-Lebensversicherung AG bezogenen Dienstleistungen in Höhe von 3.672 T€ mit einem Abrechnungssaldo von 234 T€.

A.2 Versicherungstechnische Leistung

Versicherungsgeschäft Schaden- und Unfallversicherung insgesamt

Das Geschäftsjahr 2025 ist durch wachsende Bestände, steigende Beitragseinnahmen und bessere Brutto-Schadenverläufe gekennzeichnet. Die verdienten Nettobeiträge stiegen um 111.757 T€ (13,4 %) auf 944.432 T€, die Netto-Schadenaufwendungen verringerten sich um 21.083 T€ (2,8 %) auf 742.514 T€. Ursächlich für den Rückgang waren im Wesentlichen die im Vorjahresvergleich erheblich gesunkenen Elementarschadenaufwendungen.

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft insgesamt

Die folgenden Angaben betreffen, sofern nicht anders angegeben, das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft brutto. Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft bestanden am Bilanzstichtag

6.455.397 Versicherungsverträge; dies waren 190.961 Verträge oder 3,0 % mehr als zum entsprechenden Vorjahreszeitpunkt. Die gebuchten Beiträge haben sich gegenüber dem Vorjahr um 120.285 T€ oder 12,5 % auf 1.082.609 T€ erhöht. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle reduzierten sich um 6,9 % auf 819.097 T€.

Die Aufwendungen des Versicherungsbetriebs für das selbst abgeschlossene Geschäft lagen bei 113.779 T€ (Vorjahr 102.627 T€). Die Kostenquote betrug 10,5 % (Vorjahr 10,7 %). Netto, das heißt nach Abzug der Rückversicherungsprovisionen, verblieb ein Kostensatz von 10,1 % (Vorjahr 10,3 %).

Aus dem im Geschäftsjahr 2025 erzielten versicherungstechnischen Überschuss konnten 11.695 T€ den Rückstellungen für die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung zugeführt werden.

Geschäftsergebnisse nach Geschäftsbereichen

	Bestandsentwicklung		Gebuchte Bruttobeiträge		Schaden-Kostenquote Netto	
	Anzahl Verträge in Tsd.	Veränderung zum VJ	T€	Veränderung zum VJ	%	Veränderung zum VJ in %-Pkt
Gesamtgeschäft	6.455,4	3,0 %	1.103.939	12,3 %	89,3 %	-13,1
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	6.455,4	3,0 %	1.082.609	12,5 %	89,3 %	-13,6
Heilbehandlungskosten	11,0	4,9 %	3.824	6,9 %	90,3 %	9,4
Einkommensersatzversicherung	385,3	2,6 %	33.976	10,4 %	27,2 %	-10,6
Kfz-Haftpflichtversicherung	2.092,5	4,8 %	367.440	13,0 %	106,6 %	2,0
Sonstige Kraftfahrtversicherung	1.368,7	1,3 %	311.789	21,7 %	102,0 %	-37,4
Transport- und Luftfahrtversicherung	0,0	0,0 %	0	0,0 %	0,0 %	0,0
Feuer- und Sachversicherung	875,8	1,1 %	227.031	5,4 %	62,4 %	-22,5
Haftpflichtversicherung	737,0	1,4 %	70.403	2,1 %	62,3 %	7,3
Rechtsschutz	531,4	4,2 %	60.801	7,6 %	76,7 %	6,1
Beistandsversicherung	453,7	6,1 %	7.346	27,0 %	77,8 %	-18,7
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft gesamt			21.330	4,6 %	90,0 %	6,6

Satzungsgemäß wird lediglich inländisches Versicherungsgeschäft gezeichnet.

Bestand und Beitragseinnahme

In der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung konnte der Vertragsbestand um 4,8 % (96.389 Verträge) weiter ausgebaut werden. Die Beitragseinnahmen stiegen dabei um 13,0 % (42.239 T€).

In der Sonstigen Kraftfahrtversicherung konnten Bestand (1,3 %) und Beitrag (21,7 %) weiter ausgebaut werden.

In den Haftpflicht-, Unfall-, Sach- und Rechtsschutzversicherungen sind die weiterhin erfreulichen Ent-

wicklungen in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung mit einem Bestandswachstum von 2,6 % (5.435 Verträge) und mit einem Beitragswachstum von 6.437 T€ (7,7 %) sowie in der Rechtsschutzversicherung (Beitragswachstum 7,6 %) hervorzuheben.

Schaden und Kosten

Das Abwicklungsergebnis der Vorjahre verbesserte sich insgesamt um 6,2 % (5.693 T€) auf 96.887 T€. Ursächlich hierfür war im Wesentlichen eine bessere Abwicklung der Vorjahresschäden in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung, der Allgemeinen Haftpflichtversicherung sowie der Verbundenen Gebäudeversicherung.

Die Schaden- und Kostenquote des selbstabgeschlossenen Versicherungsgeschäfts lag insgesamt mit 86,2 % um 15,9 %-Punkte unter dem Vorjahresniveau.

Die Brutto-Schadenaufwendungen in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung stiegen bei einer stabiler Geschäftsjahresschadenquote auf 351.853 T€ (Vorjahr 298.583 T€). Der Schwankungsrückstellung mussten 11.393 T€ entnommen werden.

Die Schaden-Kostenquote in der Sonstigen Kraftfahrtversicherung verbesserte sich erheblich. Neben der positiven Prämienentwicklung, die die erneut deutlich gestiegenen Ersatzteilpreise und Reparaturkosten zum Teil kompensierte, zeigte sich der deutlich geringere Aufwand aus Elementarschäden verantwortlich. Die Schaden-Kostenquote sank um 47,74 %-Punkte auf 96,5 %.

Die Schaden-Kostenquote in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung und in der Verbundenen Gebäudeversicherung von Körperschaften verbesserte sich deutlich gegenüber dem Vorjahr, welches durch die mit dem Tief Orinoco einhergehenden Überschwemmungsereignisse belastet war. Zudem resultierten in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung Gewinne aus der Abwicklung des Kumulschadenereignisses Volker aus dem Jahr 2021.

In der Inhaltsversicherung führte ein Großschadenergebnis zu einer deutlichen Verschlechterung der Schaden-Kostenquote auf 124,1 %.

In Rückdeckung übernommenes

Versicherungsgeschäft

Die verdienten Brutto-Beitragseinnahmen lagen im Geschäftsjahr bei 21.363 T€ (+5,3 %). Der Netto-Schadenaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um 390 T€ auf 11.331 T€. Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 5.188 T€ (Vorjahr 3.643 T€) schloss das versicherungstechnische Geschäft mit einem Verlust von 3.342 T€ (Vorjahr 652 T€) ab.

Versicherungsgeschäft Lebensversicherung Neugeschäft

Im Berichtsjahr 2025 wurden 1.371 Versicherungsscheine (Vorjahr 1.230) mit einer Versicherungssumme von 201.248 T€ eingelöst. Der laufende Beitrag der eingelösten Versicherungsscheine betrug 941 T€ (Vorjahr 822 T€). Der eingelöste Einmalbeitrag belief sich auf 547 T€ (Vorjahr 255 T€).

Bei den Kapitalversicherungen betrug die Versicherungssumme 2.129 T€ bei 308 eingelösten Versicherungsscheinen. In den Risikoversicherungen wurden 755 Verträge mit einer Versicherungssumme von 163.660 T€ eingelöst. Die 12-fache Jahresrente belief sich bei Renten- und Berufsunfähigkeitsversicherungen auf 35.459 T€ bei 308 eingelösten Versicherungsscheinen.

Die Beitragssumme des gesamten Neugeschäfts belief sich auf 32.790 T€ (Vorjahr 27.997 T€).

Beiträge

Im Geschäftsjahr 2025 beliefen sich die gebuchten Bruttobeiträge auf 34.776 T€. Bei sinkenden laufenden Beitragszahlungen und einer Erhöhung der Einmalbeiträge ergab sich insgesamt ein Beitragsrückgang um 2,7 %.

Die WGV-Lebensversicherung AG erzielte im Geschäftsjahr 2025 ein versicherungstechnisches Ergebnis vor Überschussbeteiligung für eigene Rechnung in Höhe von 15.530 T€. Dies bedeutet eine Erhöhung in Höhe von 22,8% gegenüber dem Vorjahr (2.883 T€).

Im Folgenden ist das versicherungstechnische Ergebnis getrennt nach Geschäftsbereichen dargestellt.

Versicherungstechnische Rechnung für das Jahr 2025 (alle Werte in T€)

	Versicherung mit Überschussbeteiligung 2025	Gesundheit nach Art der Lebensversicherung 2025	Index- und fondsgebundene Versicherung 2025	Gesamt 2025	Gesamt 2024
versicherungstechnisches Ergebnis vor Überschussbeteiligung (brutto)	16.445	31	-25	16.451	14.022
Anteil der Rückversicherer	-866	-55	0	-921	-1.375
versicherungstechnisches Ergebnis vor Überschussbeteiligung (netto)	15.579	-24	-25	15.530	12.647
Überschussbeteiligung				-13.959	-11.468
versicherungstechnisches Ergebnis nach Überschussbeteiligung				1.571	1.178

A.3 Anlageergebnis

Erträge aus und Aufwendungen für Anlagegeschäfte während des vergangenen Berichtszeitraums

Anlageergebnis nach Solvabilität-II

Vermögenswertklasse	lfd. Erträge in T€	realisierte Erträge in T€	unrealisierte Erträge in T€	lfd. Aufwendungen in T€	realisierte Aufwendungen in T€	unrealisierte Aufwendungen in T€	Nichttechnisches Ergebnis in T€
Immobilien	6.568	0	0	3.436	1	5.118	-1.988
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	7.084	0	2.180	1.470	0	32	7.761
Organismen für gemeinsame Anlagen	23.461	5.810	39.242	1.503	2.949	12.760	51.301
Anleihen	31.266	2.247	17.719	933	370	40.977	8.952
Besicherte Wertpapiere	4.373	123	162	94	125	110	4.329
Darlehen und Hypotheken	7	0	0	0	0	0	7
Einlagen	4.404	0	0	60	0	0	4.344
Summe	77.163	8.180	59.303	7.497	3.446	58.998	74.706

Darstellung der Veränderungen ggü. dem vorangegangenen Berichtszeitraum

Vermögenswertklasse	lfd. Erträge in T€	realisierte Erträge in T€	unrealisierte Erträge in T€	lfd. Aufwendungen in T€	realisierte Aufwendungen in T€	unrealisierte Aufwendungen in T€	Nichttechnisches Ergebnis in T€
Immobilien	140	0	0	-408	0	-1.131	1.679
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	-1.996	0	2.180	65	0	-633	752
Organismen für gemeinsame Anlagen	-10.259	-2.415	-7.233	-3	-80	-28.683	8.860
Anleihen	7.168	-609	-10.069	176	284	29.597	-33.567
Besicherte Wertpapiere	-781	-697	-805	1	86	78	-2.449
Darlehen und Hypotheken	-1	0	0	0	0	0	-1
Einlagen	-3.203	0	0	-10	0	0	-3.194
Summe	-8.933	-3.721	-15.928	-179	290	-773	-27.920

Der Bestand an Kapitalanlagen betrug am Bilanzstichtag 3.508.157 T€. Er lag um 4,6 % höher als im Vorjahr. Die Höhe der saldierten Reserven betrug 102.471 T€ (Vorjahr 113.647 T€). Der Rückgang der saldierten Reserven ist im Wesentlichen auf die jährliche Neubewertung der eigengenutzten Immobilien sowie auf gesunkene Reserven auf Infrastrukturfonds zurückzuführen. Die stillen Lasten auf verzinsliche Wertpapiere und Schulscheindarlehen sind durch den Anstieg der Renditen in den längeren Laufzeitenbereichen leicht gestiegen. Die konsolidierten Kapitalerträge beliefen sich auf 105.502 T€ (Vorjahr 111.453 T€), davon entfielen 16.138 T€ (Vorjahr 17.232 T€) auf die Lebensversicherung (ohne fondsgebundene). Die Aufwendungen für Kapitalanlagen verringerten sich um 14.981 T€ auf 20.159 T€. Die darin enthaltenen Abschreibungen betragen 11.754 T€ (Vorjahr 24.652 T€). Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen des Konzerns lag im Berichtsjahr bei 2,5 %. Das bessere Jahresergebnis wurde im Wesentlichen von gestiegenen Renditen im

Bereich der Liquiditätsanlage und Zuschreibungen auf die gemischten Spezialfonds, sowie geringeren Abschreibungen v.a. auf Immobilienfonds und geringeren Verlusten aus Realisierungen geprägt. Der Ertragssaldo aus den Kapitalanlagen betrug im Jahr 2025 vor technischem Zinsertrag 85.343 T€ (Vorjahr 76.313 T€). Der darin enthaltene Ertragssaldo der Lebensversicherung ohne nicht realisierte Gewinne und Verluste der fondsgebundenen Lebensversicherung betrug 14.681 T€ (Vorjahr 9.711 T€).

Informationen über direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne und Verluste

Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne und Verluste liegen nicht vor.

Anlagen in Verbriefungen

Zum Bilanzstichtag bestehen Anlagen in forderungsbesicherten Wertpapieren in Höhe von 112.985 T€ (Collateralized Loan Obligations, CLO, siehe Kapitel D.1).

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Sonstige wesentliche Aufwendungen und Erträge

	2025 T€	2024 T€
Sonstige Erträge		
Provisionserträge		
Führungsgeschäft	4.003	3.733
Erträge Dienstleistung		
Dritte	4.048	5.052
Sonstiges	3.258	3.448
Summe Ertrag	11.310	12.233
Sonstige Aufwendungen		
Provisionsaufwand		
Beteiligungsgeschäft	-2.053	-1.876
Zinsanteil		
Pensionsrückstellung	564	-621
Aufwendungen gem.		
§43 Abs. 1 Satz 2		
RechVersV	-4.696	-6.128
Sonstiges	-6.671	-5.990
Summe Aufwand	-12.856	-14.616
Sonstiges Ergebnis	-1.546	-2.383

Es bestehen keine wesentlichen Leasingvereinbarungen.

A.5 Sonstige Angaben

Sonstige wesentliche Informationen

Für das Berichtsjahr 2025 liegen keine sonstigen wesentlichen Informationen vor.

B. Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Aufbau und Aufgaben der Organe

Der Aufbau und die Tätigkeiten des Verwaltungs-, Managements- oder Aufsichtsorgans des Mutterunternehmens entspricht den rechtlichen Anforderungen des Aktiengesetzes und des Aufsichtsrechts. Der Vorstand besteht aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat hat 21 Mitglieder.

Im Aufsichtsrat ist ein Prüfungsausschuss eingerichtet, der die ihm nach dem Aktiengesetz zugewiesenen Aufgaben wahrnimmt.

Darüber hinaus gibt es einen Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten, der sich unter anderem als vorbereitender Ausschuss mit der Bestellung, der Abberufung und der Vergütung von Vorstandsmitgliedern auseinandersetzt.

Der Vorstand war im Berichtszeitraum mit 3 Personen besetzt. Ab 01.07.2025 waren die Vorstandsressort wie folgt gegliedert:

Ressort 1:

Unternehmensplanung, Geschäftsstelle Aufsichtsrat und Mitgliederversammlung, Beteiligungen
Disziplinarische Verantwortung für die Inhaber der Schlüsselfunktionen:

- Risikomanagement
- Revision
- Compliance
- versicherungsmathematische Funktion Nicht-Leben
- versicherungsmathematische Funktion Leben

Interne Revision

Unternehmenskommunikation

Recht

Governance, Risiko, Compliance und Sicherheit (GRCS)

Kapitalanlagen

Marketing

Aktuar Leben

Betriebsorganisation, Liegenschaften, Zentrale Dienste

Ressort 2:

HUKS-Vertragsabteilungen (Backoffice) Privatkunden

Kundenservice und Vertrieb Privatkunden

Vertragservice Privatkunden

Vertrieb Privatkunden

Produktmanagement Privatkunden

Software-Entwicklung

Digitalisierung

Finanz-/Rechnungswesen, Controlling, Rückversicherung und Nachhaltigkeit

IT-Betrieb, Rechenzentrum, Netzwerk, Administration, Support

Ausgliederungsbeauftragter Revision

Ausgliederungsbeauftragter versicherungsmathematische Funktion Nicht-Leben

Ressort 3:

Vertragsabteilungen Kommunalkunden

Produktmanagement Kommunalkunden

Vertrieb Kommunalkunden

Vertrag und Leistung Leben

Schadenabteilungen Privat- und Kommunalkunden

Datenschutz

Personal

Geldwäscheprävention

Ausgliederungsbeauftragte Risikomanagement

Ausgliederungsbeauftragte Compliance

Die fachliche Verantwortung für die Funktionen Risikomanagement, Revision, Compliance und versicherungsmathematische Funktion obliegt dem Gesamtvorstand.

Durch diese Struktur der Vorstandsressorts ergibt sich eine dem Risikoprofil des Unternehmens angemessene Trennung der Verantwortlichkeiten auf Vorstandsebene, die sich auch in der Aufbauorganisation des Unternehmens widerspiegelt.

Aufbau und Wirksamkeit des Governance-Systems

Die gegenüber der Aufsichtsbehörde als Inhaber der Schlüssel-(Governance-)Funktionen benannten Mitarbeitenden sind disziplinarisch dem Vorstandsressort 1 zugeordnet. Fachlich werden die Funktionen von allen Vorstandsmitgliedern gemeinsam verantwortet. Das für die Notfallplanung zuständige betriebliche Kontinuitätsmanagement ist fachlich dem Ressort 1 zugeordnet. Organisatorisch sind die Governance-Funktionen gemäß dem Modell der "Three Lines of Defence" aufgebaut, d.h. in den Bereichen Risikomanagement, Compliance und Versicherungsmathematik sind in erster Linie die jeweiligen Fachabteilungen für die Einhaltung bzw. Überwachung der in ihren jeweiligen Tätigkeitsbereich fallenden Sachverhalte verantwortlich. In der zweiten Linie koordinieren und überprüfen die Inhaber der Schlüsselfunktionen die Aktivitäten der dezentralen Einheiten der ersten Linie. Die Innenrevision nimmt in diesem Konzept die sog. dritte Verteidigungslinie ein und kontrolliert die Angemessenheit und die Wirksamkeit der Governance Funktionen insgesamt. Die Wirksamkeit des Governance Systems wird darüber hinaus durch ein Gremium, das u.a. aus der Geschäftsleitung und den Inhabern der Schlüsselfunktionen besteht, regelmäßig überprüft und bewertet. Ggf. werden von dem Gremium Empfehlungen für Änderungen und Ergänzungen des Systems ausgearbeitet. Aufgrund der bisher vorliegenden Erkenntnisse wird das Governance-System als angemessen angesehen.

Wesentliche Veränderungen

Im Berichtszeitraum erfolgten lediglich geringfügige Modifikationen der in den Vorjahren implementierten Leitlinien und Governance-Strukturen; wesentliche Änderungen waren nicht erforderlich.

Informationen zu internen Vergütungsleitlinien

Der Vorstand berichtet mindestens einmal jährlich an den Aufsichtsrat über die Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Württembergische Gemeindeversicherung a.G. und die Angemessenheit der Vorstandsvergütung nach § 87 AktG entsprechend Art. 258 Abs. 1 Lit. I), Art. 275 Abs. 1 Lit c) DVO sowie § 25 VAG und der VersVergV n.F..

Die Aufsichtsräte erhalten feste Vergütungen sowie einen Ersatz ihrer Aufwendungen.

Die Anstellungsverträge der Vorstände mit der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. sind schrift-

lich geschlossen und enthalten alle vergütungsrelevanten Regelungen. Auch nachträglich vereinbarte Änderungen und Ergänzungen liegen schriftlich vor. Die Höhe und Ausgestaltung der Vergütung richten sich nach den Grundsätzen des § 87 AktG und §25 VAG. Demnach erhalten sie feste Vergütungsbestandteile, die monatlich bezahlt werden, sowie variable Vergütungsbestandteile, die maximal 30% der jährlichen festen Vergütungsbestandteile betragen können und deren tatsächliche Höhe jeweils jährlich vom Aufsichtsrat festgelegt wird. Die Höhe der variablen Vergütung ist von folgenden Kriterien abhängig:

- Benchmark mit Kennzahlen der Branche bzw. vergleichbaren Unternehmen,
- Entwicklung der Kundenzufriedenheit,
- dem Betriebsergebnis und dem Ergebnis der Geschäftstätigkeit nach Steuern,
- der Innovation (strategische Ausrichtung des Unternehmens),
- dem Schadenmanagement.

Bis auf weiteres werden 40% dieser variablen Bezüge im Monat Juli ausbezahlt. 60% werden bis Juli des dritten Jahres, das auf das laufende Jahr folgt, vom Unternehmen zurückbehalten (Aufschubzeit). Die zurückbehaltene variable Vergütung kommt nach Ablauf der Aufschubzeit ganz oder teilweise zur Auszahlung, wenn während der Aufschubzeit die Geschäftsergebnisse vom Aufsichtsrat ebenfalls als gut beurteilt werden.

Ferner haben die Vorstände aus den Anstellungsverträgen mit der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. einen Anspruch auf die dienstliche und private Nutzung eines Firmenwagens. Die Vorstände der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. haben auch Anstellungsverträge mit der WGV Holding AG, die schriftlich geschlossen sind und alle vergütungsrelevanten Regelungen enthalten. Die Vorstände erhalten feste Vergütungsanteile, die monatlich bezahlt werden. Variable Vergütungsbestandteile sind nicht vereinbart.

Für die Beschäftigten der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. richten sich die festen Vergütungsbestandteile an den Regelungen des Tarifvertrags für die private Versicherungswirtschaft (PVT) aus. Auf dieser Basis werden mit allen tariflich Beschäftigten schriftliche Arbeitsverträge abgeschlossen. Die tariflich Beschäftigten stellen ca. 85% der Belegschaft. Mit Beschäftigten, denen Handlungsvollmacht oder leitende Handlungsvollmacht erteilt wurde und mit hochqualifizierten Spezialisten werden außertarifliche Arbeitsverträge vereinbart, die höhere feste Vergütungsbestandteile vorsehen. Dasselbe gilt für Arbeitsverträge mit leitenden Angestellten. Zusätzlich erhalten die tariflich und außertariflich Beschäftigten aufgrund einer betrieblichen Regelung zwischen Geschäftsleitung und

Betriebsrat variable Vergütungsbestandteile, die maximal 11% der jährlichen festen Vergütungsbestandteile erreichen können. Bei leitenden Angestellten können die variablen Vergütungsbestandteile maximal 17% der jährlichen festen Vergütungsbestandteile erreichen. Die Höhe der variablen Vergütungsbestandteile der Beschäftigten ist abhängig von der individuellen Leistungsbeurteilung durch den Vorgesetzten, der Zielerreichung sowie dem Unternehmensergebnis auf Konzernebene und erreichen in keinem Fall die Summe von 35 T€. Dies gilt auch für die Inhaber von Schlüsselfunktionen. Die Beschäftigten werden jeweils einzeln über die individuell erzielte Höhe der variablen Vergütungsbestandteile informiert. Die zugrundeliegenden Kriterien werden den Beschäftigten jeweils durch Aushang und Veröffentlichung im Intranet bekannt gemacht.

Alle zuvor genannten Gruppen von Beschäftigten erhalten die feste Monatsvergütung 13,3 oder 13,5 mal p.a. je nach Arbeitsvertrag. Die variable Vergütung beträgt auf Basis der festen Monatsvergütung einmal p.a. zwischen 0% und 150% der festen Monatsvergütung und ist damit im Verhältnis zur Gesamtvergütung von nachrangiger Bedeutung.

Beschäftigte im Außendienst können einen Dienstwagen fahren und erhalten je nach Höhe der betrieblich gefahrenen Kilometer einen Zuschuss, der in einer Dienstwagenordnung für Außendienstmitarbeitende festgelegt ist. Leitende Angestellte erhalten eine monatliche Dienstwagenzulage, die in einer Dienstwagenordnung festgelegt ist.

Bei den Unternehmen der WGV Gruppe gibt es keine Ansprüche der Beschäftigten auf Aktien oder Aktienoptionen.

Interne Vergütungsleitlinien inklusive Zusatzrentensysteme oder Vorruhestandsregelungen

Für Vorstände und leitende Angestellte der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. bestehen Ansprüche aus den Anstellungsverträgen auf betriebliche Altersversorgung. Der Versorgungsanspruch bemisst sich aus dem ruhegeldfähigen Gehalt und dem jeweils erreichten Versorgungssatz. Letzterer entwickelt sich, ausgehend von dem bei Bestellung zum Vorstandsmitglied festgelegten Ausgangswert, mit jedem vollendeten Dienstjahr um einen definierten linearen Steigerungssatz fort und erreicht sukzessive die vorgesehene Zielgröße.

Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen (gem. § 285 Nr. 21 HGB)

Transaktionen mit Unternehmen und Personen, die einen signifikanten Einfluss auf das Unternehmen ausüben sowie mit Mitgliedern des Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgans wurden im Berichtszeitraum nicht getätigt.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Anforderungen an leitende Personen bzw. Personen mit Schlüsselfunktionen

Die spezifischen fachlichen Anforderungen an Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten sind:

- Berufliche Qualifikation, Kenntnisse und Erfahrungen, die eine solide und vorsichtige Leitung des Unternehmens gewährleisten
- Berufliche Qualifikation, Kenntnisse und Erfahrungen in der jeweiligen Schlüsselfunktion
- Theoretische und praktische Kenntnisse in Versicherungsgeschäften
- Risikomanagement-Kenntnisse um die wesentlichen Auswirkungen auf das Unternehmen beurteilen und entsprechende Maßnahmen einleiten zu können
- Analytische und kommunikative Fähigkeiten
- Kenntnisse über die Möglichkeiten und Bedrohungen im Bereich der IT

Die spezifischen fachlichen Anforderungen an Personen, die eine Schlüsselfunktion innehaben, sind im speziellen geregelt.

Die Risikomanagementfunktion wird von einer Person wahrgenommen, die über Kompetenzen zur Identifikation, Messung und Steuerung von Risiken sowie Kenntnisse in der Bilanzierung und Statistik sowie Strategieentwicklung und -steuerung in Versicherungsunternehmen verfügt.

Die Compliance-Funktion wird von einer Person wahrgenommen, die über Kenntnisse der Rechtsvorschriften für Versicherungsunternehmen und insbesondere der Compliance-Risiken sowie des nationalen und europäischen Versicherungsaufsichtsrechts, Versicherungsvertragsrechts und Europarechts verfügt.

Die Versicherungsmathematische Funktion wird von einer Person wahrgenommen, die über Kenntnisse der Versicherungs- und Finanzmathematik verfügt, die der Wesensart, dem Umfang und der Komplexität der Risiken angemessen sind, die mit der Tätigkeit des Versicherungsunternehmens einhergehen, und die ihre einschlägigen Erfahrungen in Bezug auf anwendbare fachliche und sonstige Standards darlegen kann.

Die interne Revisions-Funktion wird von einer Person wahrgenommen, die über Kenntnisse der rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen sowie der internen Kontrollsysteme in Versicherungsunternehmen verfügt. Darüber hinaus sind dieser Person die nationalen und internationalen Standards (DIIR, IIA) bekannt und sie kann diese anwenden.

Grundsätzliche Anforderungen an die Zuverlässigkeit von Personen, die die WGV tatsächlich leiten bzw. eine Schlüsselfunktion innehaben, sind:

- Persönliche Zuverlässigkeit und Integrität - diese liegen grundsätzlich dann vor, wenn sich aus den Unterlagen/Belegen keine gegenteiligen Anhaltspunkte ergeben.
- Entsprechende Nachweise/Belege zur Integrität und finanziellen Zuverlässigkeit müssen vorgelegt werden.

- Es dürfen keine relevanten Straftaten in Bezug auf Unternehmen, Konkurs, Insolvenz oder Steuerhinterziehung vorliegen.

Verfahren zur Prüfung der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit

Vor der Bestellung eines Vorstandsmitglieds erfolgt die Erstbewertung der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit anhand des Lebenslaufes und Unterlagen wie Zeugnissen/Zertifikaten/Abschlüssen, des Führungszeugnisses, des Auszugs aus dem Gewerbezentralregister und des BaFin-Formulars "Persönliche Erklärung mit Angaben zur Zuverlässigkeit". Die Unterlagen sind bei der BaFin einzureichen. Die jeweiligen Anforderungen ergeben sich dabei aus den entsprechenden BaFin-Checklisten. Analog gilt dies in beiden Fällen auch bei der Wiederbestellung. Die Folgebewertung der Mitglieder des Vorstands erfolgt durch den Aufsichtsrat im Rahmen der allgemeinen Überwachung der Geschäftsleitung. Bei den Geschäftsführern der Tochterunternehmen in der Rechtsform der GmbH erfolgt die Bewertung durch die Gesellschafterversammlung.

Die Vorstände erörtern zudem mindestens einmal im Jahr im Rahmen einer Vorstandssitzung den Stand ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten, informieren sich gegenseitig über die im vergangenen Jahr durchgeführten Weiterbildungsmaßnahmen und ihre Absichten für die Weiterbildung im folgenden Jahr. Das Ergebnis der Erörterung wird dokumentiert. Die Dokumentation der Erörterung und die Zertifikate und Teilnahmebescheinigungen über von den Vorständen besuchte Seminare und Veranstaltungen werden von der Personalabteilung verwaltet. Die Geschäftsführer der Tochterunternehmen in der Rechtsform der GmbH führen die Erörterung mit dem für ihn zuständigen Ressortvorstand der Muttergesellschaft.

Die Erstbewertung der Personen in Schlüsselfunktionen hinsichtlich der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit erfolgt im Rahmen des Einstellungsprozesses oder des internen Bewerbungsverfahrens individuell anhand der Unterlagen wie Zeugnisse/Zertifikate/Abschlüsse, des Führungszeugnisses sowie des BaFin-Formulars "Persönliche Erklärung mit Angaben zur Zuverlässigkeit" und des Vorstellungsgesprächs mit der Personalabteilung sowie dem potenziellen Vorgesetzten. Die Ergebnisse werden entsprechend dokumentiert und sind Bestandteil der jeweiligen Personalakte. Die Folgebewertungen für die Schlüsselfunktionen finden im Rahmen des jährlichen Beurteilungsgesprächs durch den Vorgesetzten statt. Die Inhaber der Schlüsselfunktionen berichten hier auch über die von ihnen im vergangenen Jahr durchgeführten Weiterbildungsmaßnahmen und erörtern mit ihrem Vorgesetzten die Maßnahmen für das folgende Jahr. Die Gesprächsergebnisse werden dokumentiert und sind Bestandteil der Personalakte. Zertifikate und Teilnahmebescheinigungen über vom Schlüsselinhaber besuchte Seminare und Veranstaltungen werden ebenfalls von der Personalabteilung verwaltet.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Strategien, Prozesse und Berichtsverfahren des Risikomanagementsystems

Die vom Gesamtvorstand jährlich verabschiedete Geschäftsstrategie und die daraus abgeleitete Risikostrategie bilden den strategischen Rahmen zur Durchführung des Risikomanagementprozesses.

Die Aufgabe der Risikomanagement-Funktion ist die Umsetzung des Risikomanagementsystems maßgeblich zu befördern und eine operative Durchführung des Risikomanagements wahrzunehmen. Sie bewertet die Konsistenz der Risikostrategie, die Angemessenheit der Risikomanagementleitlinien, die Methoden und Prozesse zur Risikobewertung und deren Überwachung, schlägt Limite vor und beurteilt geplante Strategien unter Risikogesichtspunkten.

Die Geschäftsstrategie beinhaltet Aussagen zur geschäftspolitischen Ausrichtung und den Zielsetzungen der Unternehmen der WGV Gruppe. Die Risikostrategie bildet den Rahmen für die gruppeninterne Mehrjahresplanung. In der Risikostrategie wird die vom Gesamtvorstand festgelegte Risikotoleranz dokumentiert. Auf operativer Ebene bestehen weitere Teilstrategien oder Handlungsvorgaben in Form von Zielvereinbarungen, Arbeitsanweisungen, Richtlinien etc., die der Risikosteuerung im operativen Tagesgeschäft dienen.

Die Risikotoleranz spiegelt das Ausmaß an Risiken wider, welches der Gesamtvorstand bereit ist einzugehen. Diese drückt sich in Form von festgelegten Limitvorgaben und Pufferbereichen aus.

Eine Überprüfung und Dokumentation der Angemessenheit von Risikobereitschaft, Risikotoleranzschwellen und der Umgang mit wesentlichen Risiken, die sich aus der Geschäftstätigkeit ergeben können, erfolgt im Zuge des strategischen Planungsprozesses. Im Rahmen der regelmäßigen Risikoinventur werden die möglichen Risiken über alle Organisationseinheiten hinweg systematisch identifiziert, analysiert, bewertet und zu einem Gesamtrisikoprofil verdichtet. Zur Bewertung der Risiken zieht die Risikomanagement-Funktion die Ergebnisse der Risikotragfähigkeitsberechnung und die Expertenschätzungen der Fachbereiche heran. Durch die laufende Analyse zentraler Steuerungskennzahlen bzw. die monatlichen Ist-Abschlüsse in Kapitalanlagen und Versicherungstechnik können Risikoveränderungen und bilanzielle Effekte frühzeitig in den Steuerungs- und Risikomanagementprozess einbezogen werden.

Der Aufsichtsrat sowie alle Geschäftsleiter der WGV Gruppe werden anhand der Risiko-/ ORSA-Berichte regelmäßig und bei Bedarf ad hoc über die Risiko- und Solvenzlage der Gruppe informiert.

Das Berichtswesen wird in allen Gesellschaften der WGV Gruppe gemäß der internen Leitlinie zur Erstellung von Berichten und Veröffentlichungen nach einheitlichen Richtlinien und Vorgaben geführt. Damit wird sichergestellt, dass gruppenweit sämtliche Risiken, die sich im Rahmen der jeweiligen Geschäftstätigkeit ergeben können, gleichermaßen berichtet werden.

Umsetzung und Integration des Risikomanagementsystems

Risikomanagement und internes Kontrollsystem werden in allen Gesellschaften der WGV Gruppe nach einheitlichen Richtlinien und Vorgaben geführt. Damit wird sichergestellt, dass gruppenweit sämtliche Risiken, die sich im Rahmen der jeweiligen Geschäftstätigkeit ergeben können, gleichermaßen identifiziert, analysiert, bewertet und gesteuert werden. Wesentliche Risiken, deren Eintritt bestandsgefährdend sein könnten oder deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vom Vorstand nicht toleriert wird, werden mit Risikokapital hinterlegt und durch geeignete Maßnahmen weitestgehend gemindert. Die Risikomanagement-/ ORSA-Leitlinie konkretisiert die Aufbau- und Ablauforganisation des Risikomanagementsystems und bildet dessen operativen Rahmen. Die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung ist integraler Bestandteil des Risikomanagementsystems.

Der Inhaber der Risikomanagement-Funktion untersteht in fachlicher Hinsicht dem Gesamtvorstand und berichtet diesem unmittelbar. Weiterhin hat sie die Möglichkeit, bei einzelnen Themen jederzeit ad hoc an den jeweils zuständigen Fachvorstand zu berichten. Sie ist befugt, von allen Mitarbeitern des Unternehmens die von ihr für erforderlich gehaltenen Informationen und Unterlagen zu erhalten. Der Inhaber der Schlüsselfunktion hat keine weiteren Tätigkeiten im Unternehmen inne. Die operationale Unabhängigkeit wird damit gewährleistet.

Das Risikomanagementsystem ist vollständig in die Organisationsstruktur integriert. Dafür ist im Unternehmen ein Risikokomitee eingerichtet. Diesem gehören die Verantwortlichen des Controllings, der Kapitalanlagen, die versicherungsmathematische Funktion sowie der verantwortliche Aktuar an. Die Risikomanagement-Funktion koordiniert und leitet das Risikokomitee. Der Vorstand wird darin regelmäßig über risikorelevante Sachverhalte informiert und beraten.

Hinsichtlich der Entscheidungsprozesse informiert die zuständige Führungskraft bzw. der zuständige Fachvorstand das Risikomanagement vor der Entscheidungsfindung umfassend über den Sachverhalt. Dieses beurteilt die Entscheidung aus Risikosicht und analysiert dabei die Auswirkungen auf das Gesamtrisikoprofil und nimmt diesbezüglich Stellung. Bei wesentlichen Auswirkungen auf das Risikoprofil wird gegebenenfalls ad hoc eine unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung durchgeführt.

Die Risikomanagement-Funktion stellt im Rahmen des Risikokomitees sowie ad hoc risikorelevante Sachverhalte dar, welche sich aus der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung ergeben haben. Gemeinsam mit dem Gesamtvorstand wird eine Einschätzung zu den Auswirkungen auf das Risikoprofil vorgenommen. Dadurch wird der Vorstand aktiv in den Risikomanagementprozess mit eingebunden. Wesentliche Entscheidungen trifft dieser unter Berücksichtigung von Risikoaspekten gemeinschaftlich. Darüber hinaus

berät die Risikomanagement-Funktion den Gesamtvorstand zu wesentlichen risikorelevanten Fragestellungen des Unternehmens.

Des Weiteren ist das Risikomanagement im Rahmen des Informationssicherheitsforums in allen relevanten Thematiken zur Informationssicherheit sowie deren inhärenten Risiken eingebunden.

Beschreibung des Verfahrens der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Den Ausgangspunkt für die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, ORSA) bildet die Geschäftsstrategie, deren Festlegung durch den Gesamtvorstand erfolgt. Um die gegenwärtige Unternehmenssituation angemessen zu berücksichtigen, findet mindestens einmal im Geschäftsjahr eine Überprüfung und falls erforderlich eine entsprechende Anpassung der Geschäftsstrategie durch den Gesamtvorstand statt.

Die Risikomanagement-Funktion analysiert die sich aus der Geschäftsstrategie ergebenden Risiken und überprüft, ob diese in der aktuellen Risikostrategie und in der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung angemessen abgebildet sind. Hierbei werden die Ergebnisse der Unternehmensplanung sowie jegliche Informationen zu der Marktentwicklung berücksichtigt. Je nach Bedarf wird die Risikostrategie angepasst und anschließend vom Gesamtvorstand genehmigt. Analog dazu erfolgt eine Überprüfung und ggf. Anpassung der unternehmensindividuellen Leitlinien.

Die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die Unternehmensleitlinien stellen das Rahmenwerk für die grundsätzliche Organisation des ORSA-Prozesses dar.

Im ORSA-Prozess werden Risiken sowohl aus der Standardformel abgeleitet als auch über regelmäßige Risikoinventuren und dem internen Kontrollsystem identifiziert. Übergeordnet über alle Risikokategorien hinweg werden potenzielle Nachhaltigkeitsrisiken (ESG-Risiken) in unserem Geschäftsmodell methodisch im Rahmen der Risikoinventur identifiziert und angemessen berücksichtigt. Auch um weitere neuartige oder für die Zukunft absehbare Risiken, sogenannte Emerging Risks zu vermeiden, setzen wir uns frühzeitig mit den möglichen Gefahren bzw. deren Auswirkungen auseinander.

Vor dem Hintergrund des unternehmensindividuellen Risikoprofils und der langfristigen Unternehmensplanung, werden entsprechend der festgelegten Wesentlichkeitsgrenzen, die wesentlichen Risiken des Unternehmens identifiziert und die dafür erforderliche Kapitalanforderung auf ihre Angemessenheit hin überprüft. Nicht angemessen abgebildete Risiken werden qualitativ beurteilt und über einen individuellen Bewertungsansatz quantifiziert.

Neben der quantitativen und qualitativen Risikobewertung wird die dauernde Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen überprüft. Hierbei beurteilt die Risikomanagement-Funktion auf Basis versicherungsmathematischer Verfahren über einen Planungszeitraum von fünf Jahren sowohl die jederzeitige Einhaltung der Kapitalanforderungen als auch die ausreichende Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen.

Darüber hinaus werden für die Berücksichtigung zukünftiger Entwicklungen unterschiedliche Stresstests durchgeführt, analysiert und bewertet. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse erfolgt eine Analyse der Risikotragfähigkeit und die abschließende Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs.

Das Risikoprofil des Unternehmens wird zudem kontinuierlich mit Hilfe eines Limitsystems überwacht.

Im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung sowie ad hoc über Melde- und Eskalationsverfahren wird der Gesamtvorstand in den ORSA-Prozess mit eingebunden. Darüber hinaus werden abhängig von der Fragestellung alle weiteren Schlüsselfunktionen sowie die zuständigen Fachbereiche involviert.

Die Ergebnisse aus der unternehmensindividuellen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung fließen in die operativen und strategischen Managementprozesse mit ein.

Im Rahmen monatlicher Sitzungen des Risikokomitees nimmt der Gesamtvorstand des Weiteren eine aktive Rolle wahr. Unter der Beteiligung der Abteilungsleitungen aus Kapitalanlagen, Risikomanagement, Controlling und Rechnungswesen wird die aktuelle Situation des Unternehmens eingehend dargestellt und analysiert. Für den ORSA-Prozess ergeben sich daraus maßgebliche Festlegungen aufgrund von Vorgaben, Entscheidungen und Beschlüssen des Gesamtvorstandes. Diese werden im Risikomanagement dokumentiert.

In Abhängigkeit der Bedeutung und möglichen Auswirkungen auf den ORSA-Prozess adressiert die Risikomanagement-Funktion auch weiter im Risikokomitee risikorelevante Sachverhalte an den Gesamtvorstand. Darüber hinaus wird im Risikokomitee auch über eine Feststellung und Anzeige einer sich verschlechternden finanziellen Lage nach §132 VAG entschieden. Die Sachverhalte werden vom Gesamtvorstand analysiert, beurteilt und gegebenenfalls nachfolgend aktiv gemanagt. Dadurch wird die Einbindung des Gesamtvorstands in den ORSA-Prozess sichergestellt und eine iterative Rückkopplung auf die Entscheidungsprozesse gewährleistet.

Der ORSA-Prozess wird innerhalb eines dem unternehmensindividuellen Risikoprofil angemessenen Zeitraums durchgeführt und erfolgt derzeit jährlich zum Stichtag 31.12. bzw. bei wesentlicher Veränderung des Risikoprofils ad hoc. Der Prozess endet mit Genehmigung des Gesamtvorstandes sowie Vorlage des ORSA-Berichts.

Eine laufende Überwachung des ORSA-Prozesses erfolgt durch die Risikoverantwortlichen und auf Gruppenebene durch die Risikomanagement-Funktion. Mit regelmäßigen Besprechungen (Vorstandssitzungen, Risikokomitee, Abteilungsleiter-Sitzungen, Jour Fixe mit Finanz-/ Rechnungswesen und Controlling, Kapitalanlagen, IT-Betrieb) wird ein kontinuierlicher Austausch zu sämtlichen risikorelevanten Sachverhalten sichergestellt. Bei besonderen Themen wie z. B. Produktentwicklung/-anpassung, Outsourcing etc. wird die Risikomanagement-Funktion situativ eingebunden. Mit festgelegten Key Risk Indikatoren und Schwellenwerten für jedes Risiko wird laufend geprüft, ob die risikostategischen Rahmenvorgaben eingehalten werden und ob die Qualität und Güte der Risikosteuerung ange-

messen sind. Darüber hinaus erfolgt eine regelmäßige Marktbeobachtung und -analyse, um rechtzeitig auf neue rechtliche, wirtschaftliche oder politische Gegebenheiten reagieren zu können.

Interaktion zwischen Kapitalmanagement und Risikomanagementsystem

Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse aus dem ORSA-Prozess erfolgt eine Analyse der Risikotragfähigkeit und die abschließende Bestimmung des eigenen Solvabilitätsbedarfs.

Die Ergebnisse aus der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung liefern die Basis für das Kapitalmanagement und die Steuerung der Risikotragfähigkeit. Der Risikokapitalbedarf wird zum einen über die aufsichtsrechtliche Kapitalanforderung und zum anderen über den eigenen Solvabilitätsbedarf gesteuert und überwacht.

Um die jederzeitige Einhaltung der Bedeckung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitäts- und der Mindestkapitalanforderung zu gewährleisten, wird eine Auseinandersetzung mit der zukünftigen Eigenmittelstruktur bezogen auf die unterschiedlichen Qualitätsklassen vorgenommen. Die Ermittlung der Kapitalanforderung erfolgt über die Standardformel.

Im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung erfolgt die Bewertung der zukünftigen ökonomischen Eigenmittel im Verhältnis zu dem eigenen Solvabilitätsbedarf.

Das Risikomanagementsystem überwacht im Rahmen der quartalsweisen Berichterstattung, inwieweit Kapitalmaßnahmen notwendig sind.

B.4 Informationen zum internen Kontrollsystem

Beschreibung des internen Kontrollsystems

Das interne Kontrollsystem (IKS) ist nach einem 3-Stufen-Modell aufgebaut und stellt die risikorelevanten Geschäftsprozesse transparent und nachvollziehbar für die Geschäftsleitung, Governance-Funktionen und Externe dar. Der 3-stufige Aufbau gliedert sich nach Wesentlichkeit und Granularität der beschriebenen Risiken und Prozesse. Das IKS ist für alle Unternehmen und die Gruppe identisch aufgebaut.

Auf der ersten Ebene erfolgt eine übergreifende, standardisierte Dokumentation der risikorelevanten Geschäftsprozesse. Sie zeigt die aus Unternehmenssicht wesentlichen Geschäftsprozesse mit den inhärenten Risiken und Kontrollen auf ("Vogelperspektive"). Die Ergebnisse gehen in die Gesamtrisikobetrachtung über das operationelle Risiko ein. Die Ebene 1 bildet das unternehmensweit standardisierte Einstiegsportal für das IKS ab. Ausgehend von der Ebene 1 kann über Hyperlinks oder definierte Ablageorte auf weitere Details zu Prozessen, Risiken und Kontrollen der darunter folgenden Ebenen 2 und 3 zugegriffen werden.

In der Ebene 2 erfolgt eine tiefergehende IKS-Dokumentation, wie zum Beispiel Prozessdokumentationen, Ergebnisse aus den Kontrolltätigkeiten, Risikoanalysen / -beurteilungen sowie von Kontrollüberwachungen. Die IKS Dokumentation orientiert sich am jeweiligen Arbeitsprozess bzw. den in den Abteilungen verwendeten Dokumentationswerkzeugen.

Ebene 3 stellt die unterste, granulare Dokumentationsebene dar. Sie beinhaltet Arbeitsanweisungen, Vollmachten, Richtlinien, Handbücher und sonstige Dokumente.

Die Entwicklung von Standards für das Management von Risiken und die Sicherstellung der Einhaltung der Compliance-Anforderungen ist Aufgabe der Risikomanagement- und der Compliance-Funktion. Die interne Revision prüft im Rahmen ihrer Prüfungshandlungen laufend die Angemessenheit und Wirksamkeit der eingerichteten internen Kontrollen.

Beschreibung der Umsetzung der Compliance-Funktion

Für alle Unternehmen des Konzerns ist auf Grundlage einer einheitlichen Leitlinie eine Compliance-Funktion eingerichtet, die identisch aufgebaut ist. Es wurde ein gegenüber den Aufsichtsbehörden verantwortlicher Inhaber der Schlüsselfunktion (die Compliance-Beauftragte) ernannt, der diese Aufgabe für alle Unternehmen der Gruppe wahrnimmt. Er unterliegt bezüglich der Wahrnehmung der Schlüsselfunktion nur den Weisungen der Geschäftsleitung. Er ist befugt, von allen Mitarbeitenden des Unternehmens die von ihm für erforderlich gehaltenen Informationen und Unterlagen zu erhalten. Er hat gegenüber den Abteilungsleitern und Funktionsinhabern jedoch kein fachliches Weisungsrecht. Die Compliance-Beauftragte hat das Recht, jederzeit mit dem Gesamtvorstand Compliance-Verstöße, die im Unternehmen aufgetreten sind, zu erörtern.

Für die Ausgestaltung der Compliance-Funktion wurde, wie oben unter B.1 bereits dargestellt, eine dezentrale Organisationsform gewählt. Dabei nehmen die Abteilungsleiter als erste Ebene für ihre jeweiligen Fachbereiche alle Aufgaben der Compliance-Funktion gemäß § 29 Abs. 3 VAG wahr. Diese umfassen die Überwachung der Einhaltung der rechtlichen Vorgaben, die Beobachtung und Umsetzung von Rechtsänderungen sowie die Beratung der Geschäftsleitung bezüglich der Einhaltung der rechtlichen Anforderungen. Für besondere abteilungsübergreifende Themen (z.B. den Datenschutz, das Business Continuity Management, die Geldwäschebekämpfung und die Gewährleistung der IT-Sicherheit) sind spezielle Funktionsträger benannt. Auf der zweiten Ebene überwacht die Compliance-Beauftragte die Aktivitäten der ersten Linie. Weiterhin betrachtet diese übergreifende compliance-relevante Sachverhalte, wie z.B. Erfüllung gesetzlicher Meldepflichten, Einhaltung rechtlicher Vorgaben an die Unternehmensorganisation, Einhaltung der kartellrechtlichen Vorgaben oder die Korruptionsbekämpfung. Zu diesem Zweck erfolgte eine systematische Erfassung aller Prozesse und Aufgaben der Fachabteilungen und speziellen Funktionsträger, die für das Unternehmen von wesentlicher rechtlicher Relevanz sind, im Rahmen des IKS (s.o.). Dabei wurden die rechtlichen Vorgaben,

die für jeweilige Prozesse maßgeblich sind, sowie die Art und Weise ihrer Umsetzung analysiert und bewertet. Im Falle von Rechtsänderungen erfolgt eine Änderung und erneute Prüfung und Bewertung der davon betroffenen Prozesse. Auf der dritten Ebene überwacht die interne Revision die Einhaltung der Compliance und die Wirksamkeit der Compliance-Organisation. Die Abteilungsleiter und Funktionsträger sind verpflichtet, nicht nur die Geschäftsleitung, sondern auch die Compliance-Beauftragte über Rechtsänderungen in ihrem Bereich oder Verstöße gegen rechtliche Vorgaben in ihren Abteilungen zu informieren. Die Abteilungsleiter und Funktionsträger kontrollieren darüber hinaus regelmäßig und in Abstimmung mit der Compliance-Beauftragten die von ihnen eingerichteten Prozesse zur Überwachung der Einhaltung der rechtlichen Vorgaben auf ihre Wirksamkeit und berichten der Compliance-Beauftragten über das Ergebnis.

B.5 Funktion der Internen Revision

Organisation der Internen Revision

Für alle Unternehmen der WGV Gruppe ist einheitlich eine (Konzern-) Revision eingerichtet. Diese ist fachlich dem Gesamtvorstand und disziplinarisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt. Ergänzend wird auf Abschnitt B.1 „Allgemeine Ausführungen zum Governance-System“ verwiesen.

Die Aufgabe der Internen Revision besteht darin, die Geschäftsführung bei der Wahrnehmung ihrer Überwachungsfunktion zu unterstützen.

Die Prüfungsplanung erfolgt auf Basis einer mehrjährigen rollierenden Betrachtung. Dadurch wird sichergestellt, dass alle wesentlichen Risiken innerhalb eines angemessenen Zeitraums geprüft werden. Auf dieser Grundlage prüft und beurteilt die Interne Revision unter Berücksichtigung des Risikogehalts der Geschäftstätigkeiten systematisch und planmäßig ausgewählte Bereiche des Unternehmens, einschließlich der ausgelagerten Bereiche:

1. Prüfungsplanung
2. Vorbereitung
3. Durchführung (Soll / Ist - Abgleich)
4. Bewertung der Feststellungen
5. Berichterstattung
6. Maßnahmenverfolgung

Die Prüfungen umfassen alle Unternehmensbereiche, wobei der Schwerpunkt auf folgenden Tätigkeiten liegt:

- Angemessenheit und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems (IKS)
- Einhaltung der anwendbaren gesetzlichen, regulatorischen und sonstigen Vorschriften sowie der unternehmensinternen Richtlinien und Regelungen
- Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sicherheit aller Geschäftsabläufe sowie der Regelungen und Vorkehrungen zum Schutz der Vermögenswerte

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über die fachliche Qualifikation und Erfahrung, die für die Wahrnehmung der Revisionsaufgaben erforderlich ist. Bei Bedarf werden spezialisierte externe Experten hinzugezogen. Im Rahmen ihrer Prüftätigkeit haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Internen Revision entsprechend ihrer Aufgabenstellung grundsätzlich ein

Die Compliance-Beauftragte erstellt jährlich einen schriftlichen Bericht an die Geschäftsleitung, in dem sie über ihre Tätigkeiten, compliance-relevante Sachverhalte in den Fachabteilungen sowie erfolgte und zu erwartende Rechtsänderungen und deren Umsetzung in den Abteilungen bzw. bei den speziellen Funktionsträgern berichtet. Zusätzlich bewertet die Compliance-Beauftragte die Angemessenheit der in den Fachabteilungen implementierten Verfahren und spricht der Geschäftsleitung Empfehlungen aus. Die Compliance-Beauftragte erstellt einen Plan für die folgenden Jahre, in dem sie ihre Tätigkeiten und Überwachungsmaßnahmen erfasst. Darüber hinaus erörtert sie mit dem Gesamtvorstand regelmäßig Sachverhalte und Fragen der Compliance im Unternehmen.

umfassendes und uneingeschränktes Informationsrecht.

Die Funktion der Internen Revision wurde im Berichtszeitraum durch den Inhaber der Schlüsselfunktion sowie drei weitere Mitarbeiter wahrgenommen. Die personelle Ausstattung ist der Art, dem Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit angemessen.

Bei IT-Prüfungen steht die Interne Revision darüber hinaus in einem kooperativen und konstruktiven Austausch mit der zuständigen internen Kontrollfunktion für Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT).

Nach Abschluss einer Prüfung teilt die Interne Revision ihre Prüfungsergebnisse und die daraus abgeleiteten Maßnahmen mit. Dies erfolgt in Form eines schriftlichen Berichts, der dem Gesamtvorstand zur Verfügung gestellt wird. Eine persönliche Erläuterung erfolgt im Einzelfall und in Absprache mit dem Vorstand. Die Umsetzung vereinbarter Maßnahmen wird systematisch nachverfolgt.

Zusätzlich zu den Einzelprüfungsberichten legt die Interne Revision dem Gesamtvorstand und dem Prüfungsausschuss jährlich einen Jahresbericht vor.

Unabhängigkeit und Objektivität

Die Interne Revision ist von allen anderen Funktionen und Bereichen der Unternehmensgruppe unabhängig. Neben den Revisionsaufgaben werden keine weiteren Tätigkeiten ausgeübt.

Die Mitarbeiter der Innenrevision führen ihre Prüfungsaufgaben eigenverantwortlich und ohne verändernde Einflussnahme von Stellen außerhalb der Internen Revision durch. Die Interne Revision unterliegt somit keinen Einflüssen, die ihre Unabhängigkeit und Objektivität beeinträchtigen könnten.

Eine Beratung anderer Fachbereiche durch die Revision erfolgt nur unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und nach dem Grundsatz „Prüfungsfunktion vor Beratungsfunktion“.

Qualitätssicherung und kontinuierliche Verbesserung

Die Interne Revision verfügt über ein Qualitätssicherungs- und Verbesserungsprogramm. Dieses ist darauf ausgerichtet, die ordnungsgemäße, wirksame und

effiziente Wahrnehmung der Revisionsaufgaben sicherzustellen.

Das Programm umfasst laufende Maßnahmen zur Qualitätssicherung sowie regelmäßige Überprüfungen der Revisionsprozesse und -methoden. Auf dieser Grundla-

ge werden bei Bedarf Verbesserungsmaßnahmen abgeleitet und umgesetzt, um die Qualität der Revisionsarbeit kontinuierlich weiterzuentwickeln.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Umsetzung der versicherungsmathematischen Funktion

Die versicherungsmathematische Funktion nimmt die in § 31 VAG definierten Aufgaben wahr. Als Mitglied des Risikokomitees berichtet sie direkt an den Vorstand und steht in regelmäßigem Austausch mit dem Risikomanagement.

Mindestens einmal jährlich unterrichtet die versicherungsmathematische Funktion den Vorstand in einem schriftlichen Bericht über die Verlässlichkeit und Angemessenheit der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsbilanz. Sie

nimmt darüber hinaus Stellung zur Zeichnungs- und Annahmepolitik des Unternehmens sowie zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen.

Die versicherungsmathematische Funktion unterstützt das Risikomanagement bei der Durchführung der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung. Hierbei ist sie verantwortlich für die Fortschreibung der versicherungstechnischen Rückstellungen im Rahmen der Berechnung zukünftiger Solvenzkapitalanforderungen.

B.7 Ausgliederung

Darstellung des Ausgliederungsprozesses in der WGV Gruppe

Die Vorgaben, die bei einer Ausgliederung von Tätigkeiten und Funktionen auf einen Dienstleister zu beachten sind, sind gemäß den aufsichtsrechtlichen Vorgaben in einer Leitlinie geregelt. Den Leitern der Fachabteilungen obliegt es, in Zusammenarbeit mit der Abteilung Governance, Risiko, Compliance & Sicherheit (GRCS) zu prüfen, ob es sich bei einer Dienstleistung um eine Ausgliederung im Sinne des Aufsichtsrechts handelt und ob eine ausgegliederte Tätigkeit als „wichtig“ im Sinne des § 32 Abs. 3 VAG anzusehen ist. Die Entscheidung, ob es sich um eine wichtige Ausgliederung handelt, trifft die Geschäftsleitung. Vor dem Abschluss eines Ausgliederungsvertrags ist zu überprüfen bzw. sicherzustellen:

- Ob der Dienstleister die finanziellen und technischen/organisatorischen Fähigkeiten und Kapazitäten sowie die rechtliche Befugnis hat, die vorgesehenen Leistungen zu erbringen
- Ob es auf Seiten des Dienstleisters Interessenkonflikte gibt, die eine korrekte Erbringung der Dienstleistung beeinträchtigen
- Ob die Tätigkeit vom Dienstleister selbst erbracht oder unter Einschaltung von Sub-Dienstleistern erbracht werden soll. Ist eine Unterbeauftragung vorgesehen, muss sichergestellt sein, dass der Sub-Dienstleister sämtliche Anforderungen und vertraglichen Verpflichtungen des Dienstleisters ebenfalls erfüllt
- Wie die ausgelagerte Funktion ggf. von einem anderen Dienstleister übernommen oder wieder ins Unternehmen zurückgeholt werden kann
 - Dass ein Prozess zur Überwachung der Qualität der erbrachten Dienstleistungen sowie der Einhaltung der mit dem Dienstleister getroffenen Vereinbarungen eingerichtet ist
 - Dass die Voraussetzungen für eine etwaige Zusammenarbeit des Dienstleisters mit den Aufsichtsbehörden vorliegen

Für die Überwachung der ordnungsgemäßen Erbringung der Dienstleistung wird ein verantwortlicher Mitarbeitender benannt.

Gruppeninterne Ausgliederungs-Vereinbarungen

Alle Verwaltungstätigkeiten und die Wahrnehmung der Tätigkeiten der Schlüsselfunktionen von den Tochtergesellschaften, der WGV-Versicherung AG und der WGV-Lebensversicherung AG, wurden über unternehmensinterne Funktionsausgliederungsverträge auf die Muttergesellschaft, die Württembergische Gemeindeversicherung a.G., übertragen, da die Tochtergesellschaften über keine eigenen Mitarbeitenden verfügen. Die ordnungsgemäße Erbringung der Dienstleistungen ist dadurch gewährleistet, dass die Tätigkeiten für sämtliche Unternehmen des Konzerns einheitlich organisiert und durch entsprechende gleichlautende Leitlinien vorgegeben werden. Zur Überwachung der Dienstleistungen, die innerhalb der Gruppe ausgegliedert sind, sind Mitglieder des Vorstands der Tochterunternehmen als Ausgliederungsbeauftragte benannt.

Als Ausgliederung wichtiger Funktionen und Versicherungstätigkeiten wird vom Unternehmen weiterhin die Ausgliederung der Rechtsschutz-Schadensregulierung auf die WGV Rechtsschutz-Schadensservice GmbH angesehen. Diese betreibt die Leistungsbearbeitung in der Sparte Rechtsschutzversicherung für die WGV-Versicherung AG. Grund für die Ausgliederung war das gesetzlich vorgeschriebene Sparentrennungsprinzip gemäß § 164 VAG.

Die ordnungsgemäße Erbringung der Dienstleistung wird durch umfangreiche vertragliche Vereinbarungen mit dem Dienstleister sichergestellt.

Der Ausgliederungsvertrag wurde unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben ausgestaltet und mit der Aufsichtsbehörde abgestimmt. Ein Mitglied des Vorstands nimmt die Aufgabe des Ausgliederungsbeauftragten des Unternehmens wahr.

Weitere Ausgliederungen

Ein Unternehmen der WGV Gruppe bezieht vom Dienstleister msg life central europe GmbH verschiedene Leistungen für das Bestandsführungssystem. Die ordnungsgemäße Erbringung der Dienstleistungen wird durch umfangreiche Maßnahmen gewährleistet und überwacht.

B.8 Sonstige Angaben

Sonstige wesentliche Informationen

Für das Berichtsjahr 2025 liegen keine sonstigen wesentlichen Informationen vor.

C. Risikoprofil

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko der WGV Gruppe gliedert sich in die folgenden Risikosubmodule:

- Versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben
 - Prämien-/Reserverisiko
 - Katastrophenrisiko
 - Stornorisiko
- Versicherungstechnisches Risiko Kranken
 - Kranken nach Art der Lebensversicherung
 - Kranken nach Art der Schadenversicherung
 - Kranken-Katastrophenrisiko
- Versicherungstechnisches Risiko Leben
 - Sterblichkeitsrisiko
 - Langlebigkeitsrisiko
 - Kostenrisiko
 - Revisionsrisiko
 - Katastrophenrisiko

In der Betrachtung nach Kundensegmenten liegt der Schwerpunkt der Gruppe auf dem Privatkunden- und Kommunalgeschäft. Risikoexponiertes Industrie- und Gewerbegebiet sowie Flottengeschäft wird i. d. R. nicht gezeichnet. Auch Monoliner-Strukturen existieren in der WGV Gruppe nicht.

Die versicherungstechnischen Risiken des Unternehmens werden anhand von quantitativen Methoden identifiziert, analysiert und bewertet. Die Standardformel ist hierbei das zentrale Instrument. Die SCR-Berechnung erfolgt vierteljährlich und bei wesentlicher Risikoveränderung ad hoc. Für die Berücksichtigung zukünftiger Entwicklungen, werden unter Anwendung von deterministischen Szenarien künftige Zahlungsströme über einen Planungszeitraum von 5 Jahren

projiziert. Die Szenarien werden hierfür aus der Unternehmensstrategie abgeleitet.

In Ergänzung zur quantitativen Bewertung führt die Risikomanagement-Funktion eine regelmäßige qualitative Solvenzkapital-Analyse durch, um die Angemessenheit der Solvenzkapitalanforderung für das versicherungstechnische Risiko sowie dessen Risikosubmodule aus unternehmensindividueller Sicht zu beurteilen. Im Rahmen dieser Abweichungsanalyse werden folgende Kriterien zugrunde gelegt und analysiert:

- Entwicklung der Kundenstruktur und Art des Geschäfts
- Entwicklung der Geschäftsfelder
- Regionale Bestandsverteilung
- Risikoexponierungen
- Konzentrationen
- Versicherungstechnische Ertragsituation
- Schadenaufwand
- Stark ansteigende Versicherungsleistungen
- Signifikante Erhöhung der Sterbewahrscheinlichkeit

Mit Hilfe von qualitativen Maßnahmen wird geprüft, ob die Risiken nach Wesensart, Umfang und Komplexität mit den Bewertungsansätzen der Standardformel übereinstimmen und nicht über- oder unterschätzt werden. Eine weitere Maßnahme für die Bewertung von Risiken ist die Beurteilung der Einhaltung der Anforderungen an die Eigenmittel und versicherungstechnischen Rückstellungen. Abschließend wird entschieden, ob die Bewertung mit der Standardformel angemessen ist oder ob abweichende Bewertungsansätze verwendet werden.

Versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben

Quantitative Exponierung

Solvenzkapitalanforderung	2024 T€	2025 T€
Gesamt-SCR	634.814	679.551
SCR Nicht-Leben	397.570	427.402
Prämien- und Reserverisiko	245.472	264.712
Stornorisiko	30.255	52.107
Katastrophenrisiko	255.895	271.851
Naturkatastrophen	255.703	271.668
ManMade	9.922	9.991

Prämien- und Reserverisiko

Geschäftsbereich	Prämienvolumen T€	Reservevolumen T€	Summe T€
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	315.329	246.682	562.011
Sonstige Kraftfahrtversicherung	314.480	71.517	385.997
Transport- und Luftfahrtversicherung	0	0	0
Feuer- und Sachversicherung	330.434	89.132	419.566
Haftpflichtversicherung	88.215	94.118	182.334
Rechtsschutzversicherung	60.437	83.487	143.924
Beistandsleistungsversicherung	7.751	938	8.688
Gesamt	1.116.645	585.875	1.702.520

Hinsichtlich der Standardformel für das Prämien- und Reserverisiko ist das Prämienvolumen mit 65,6% am stärksten gewichtet. Der größte Anteil entfällt auf die Geschäftsbereiche Kraftfahrt und Feuer- und Sachversicherung.

Bei dem Reservevolumen sind die Sparten Haftpflicht und Rechtsschutz auffällig. Das Reservevolumen liegt hier über den Prämieinnahmen. Dieser Effekt resultiert in erster Linie aus der Schadenregulie-

zung. Aufgrund langjähriger Abwicklungen und einem schwer zu schätzenden Schadenausmaß besteht diesbezüglich ein höheres Risiko der Unterreservierung, dem durch ein konservatives Reservierungsverhalten begegnet wird.

Das Prämien- und Reserverisiko übersteigt die Wesentlichkeitsschwelle in Höhe von 5% der gesamten Solvabilitätsanforderung und stellt somit ein wesentliches Risiko dar.

Schaden-Kostenquote netto nach HGB je Geschäftsbereich in %

Geschäftsbereich	2021	2022	2023	2024	2025
Kfz-Haftpflichtversicherung	90,6	102,3	116,0	104,6	106,6
Sonstige Kraftfahrtversicherung	112,1	120,0	141,7	139,5	102,0
Transport- und Luftfahrtversicherung	14,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Feuer- und Sachversicherung	85,9	61,0	67,3	84,9	62,4
Haftpflichtversicherung	61,1	76,7	65,8	54,9	62,3
Rechtsschutzversicherung	86,3	79,8	82,6	70,7	76,7
Beistandsleistungsversicherung	96,0	83,3	111,8	96,4	77,8
Gesamt	92,6	93,9	104,5	102,9	89,3

Das Prämien- und Reserverisiko spiegelt sich insbesondere in der Schaden-Kostenquote des Unternehmens wider. Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich in einigen Geschäftsbereichen deutliche Änderungen.

In der Kfz-Haftpflichtversicherung hat sich die Schaden-Kostenquote nur geringfügig verändert. Die Schaden-Kostenquote in der Sonstigen Kraftfahrtversicherung verbesserte sich erheblich. Neben der positiven Prämienentwicklung, die die erneut deutlich gestiegenen Ersatzteilpreise und Reparaturkosten zum Teil kompensiert, zeigte sich der deutlich geringere Aufwand aus Elementarschäden verantwortlich.

In der Feuer- und Sachversicherung verringert sich die Schaden-Kostenquote ebenfalls aufgrund der ausbleibenden Elementarereignisse im Jahr 2025. Bei der Beistandsleistungsversicherung ist eine Senkung zu

erkennen. Dagegen ergibt sich im Bereich der allgemeinen Haftpflichtversicherung sowie in der Rechtsschutzversicherung eine Erhöhung.

Kritische Geschäftsbereiche sind die Kfz-Haftpflichtversicherung, die Sonstige Kraftfahrtversicherung (Kasko) und die Rechtsschutzversicherung. Hintergrund ist hierbei ein verschärfter Wettbewerb verbunden mit engen Gewinnmargen. Ein diesbezüglicher Risikoausgleich erfolgt jedoch über die Diversifikation unserer Geschäftsbereiche.

Die Gesamt-Schaden-Kostenquote netto über alle Geschäftsbereiche des Unternehmens beläuft sich auf 89,3% und liegt damit leicht unter dem Niveau des Branchendurchschnitts, der eine Quote in Höhe von 91% aufweist.

Abwicklungsquoten netto in % je Geschäftsbereich

Geschäftsbereich	2021	2022	2023	2024	2025
Kfz-Haftpflichtversicherung	5,4	5,7	4,7	5,2	4,6
Sonstige Kraftfahrtversicherung	25,3	15,9	11,6	3,6	11,0
Transport- und Luftfahrtversicherung	44,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Feuer- und Sachversicherung	24,3	14,6	16,8	11,9	13,0
Haftpflichtversicherung	9,7	4,6	9,0	9,2	9,5
Rechtsschutzversicherung	2,7	5,0	5,5	8,1	6,0
Beistandsleistungsversicherung	33,4	56,2	-44,6	15,4	-29,8
Gesamt	9,2	7,8	8,5	7,8	8,2

Abwicklungsquote = Nettoabwicklungsergebnis/Netto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle.

Die Schadenrückstellungen beruhen grundsätzlich auf Erfahrungswerten und Schätzungen, die mit einem Unsicherheitsfaktor behaftet sind. Die Entwicklung aus letztjährigen und aktuellen Einschätzungen stellt sich im Abwicklungsergebnis dar. Wie in der Tabelle ersichtlich, bewegen sich die Abwicklungsquoten fortlaufend in einem sehr positiven Rahmen und weisen auf Gesamtebene geringe Volatilitäten auf. Dies belegt ein konstantes und zugleich konservatives Reservierungsniveau der WGV Gruppe. Für die Zukunft wird eine ebenso konstante Entwicklung erwartet.

Abschließend belegen die qualitativen Risikokennzahlen zum Prämien- und Reserverisiko einen nachhaltigen, stabilen sowie effizienten Reservierungsprozess. Aufgrund des konservativen Reservierungsverhaltens fallen insbesondere die Abwicklungsergebnisse regel-

mäßig positiv aus. Ein hoher Diversifikationseffekt entsteht im Wesentlichen durch die Zeichnung von Versicherungsgeschäft in unterschiedlichen Sparten und der aktiven Begrenzung von Einzelrisiken. Dies kompensiert wesentliche Risikotreiber und sorgt für ein insgesamt moderates Prämien- und Reserverisiko.

Aufgrund einer satzungsgemäßen Beschränkung des Geschäftsgebiets der Württembergische Gemeindeversicherung a.G. auf das frühere Land Württemberg mit Hohenzollern, besteht bei der WGV Gruppe ein Konzentrationsrisiko in den elementarspezifischen Sparten.

Zur Steuerung des Prämien- und Reserverisikos finden folgende Risikominderungs- und Risikoprüfungstechniken Anwendung:

- Für die Zeichnung neuer Versicherungsverträge sind Annahmerichtlinien vorgegeben. Die Berechnung der Tarife erfolgt nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen. Das Risiko, dass die tatsächlichen Schadenaufwendungen und Kosten den kalkulierten Schadenbedarf übersteigen und deutlich über den Beitragseinnahmen liegen, ist durch angemessene Sicherheitszuschläge bei der Kalkulation und einer ausgewogenen Portfoliozusammensetzung auf ein Minimum reduziert. Bei Bedarf sind Tarif-/Produktanpassungen oder Änderungen der Annahmerichtlinien vorzunehmen. Versicherungsverträge mit mehrjährigen Schadenquoten von über 100% werden von den Betriebsabteilungen unter Berücksichtigung der Gesamtkundenbeziehung saniert.
- Zur Vermeidung einer Unterreservierung prüfen die Schadenleiter und die versicherungsmathematische Funktion regelmäßig die Angemessenheit der Reserven. Dabei werden unter anderem Tendenzen in der Rechtsprechung berücksichtigt und, wo erforderlich, Nachreservierungen oder Änderungen in den Reservierungsrichtlinien vorgenommen. Weiterhin werden Kennzahlen (z. B. Reserveentwicklung, Abwicklungsergebnisse, Spätschäden) laufend beobachtet und dem Vorstand im Rahmen der monatlichen Berichterstattung durch die Abteilung Finanz-, Rechnungswesen, Controlling und Nachhaltigkeit berichtet.
- Die Schadenaufwendungen, insbesondere aufgrund von Großschaden- und Kumulereignissen, sind durch Rückversicherungsvereinbarungen und Mitversicherungen begrenzt. Bei einer Änderung des Erstversicherungsangebotes oder vor Aufnahme neuer Produkte/Tarife ist der Vorstand und die Abteilung Finanz-, Rechnungswesen, Controlling und

Nachhaltigkeit einzubeziehen, um bei Bedarf den Versicherungsschutz rechtzeitig anzupassen. Darüber hinaus erfolgt eine jährliche Überprüfung der Angemessenheit der Rückversicherungspolitik.

- Die Konzentrationsrisiken werden auf Gruppenebene durch das deutschlandweite Geschäftsgebiet der WGV-Versicherung AG gemindert.

Eine Überwachung der Risikominderungstechniken erfolgt regelmäßig durch das Risikomanagement anhand:

- festgelegter Risikokennzahlen [Key Risk Indicators (KRI)]
- Informationen aus dem monatlichen Risikokomitee bzw. deren Vor- und Nachbereitung
- Informationen zu Risikoveränderungen durch die Risikoverantwortlichen
- Bei einer Verschlechterung der Risikosituation ist entsprechend dem Melde-/ Eskalationsprozess der Vorstand und das Risikomanagement unverzüglich zu informieren, um für wesentliche Risiken zeitnah eine Entscheidung zur Risikobehandlung herbeiführen zu können.

Katastrophenrisiko

Das versicherungstechnische Katastrophenrisiko gliedert sich in das Naturkatastrophenrisiko nach den Gefahren Sturm, Hagel, Erdbeben und Überschwemmung sowie in das Man-made-Katastrophenrisiko nach den Geschäftsfeldern der WGV Gruppe. Nach der Berücksichtigung der Risikominderung ergibt sich ein Schwerpunkt im Naturkatastrophenrisiko gemäß der Standardformel. Bei dem Naturkatastrophenrisiko ist insbesondere die Gefahr Erdbeben von grundlegender Bedeutung für die WGV Gruppe. Gleiches gilt für die Gefahr Feuer bei dem Man-made-Katastrophenrisiko.

	SCR vor Risikominderung T€	Risikominderung T€	SCR nach Risikominderung T€
Naturkatastrophenrisiko	687.970	416.303	271.668
Sturm	219.947	159.265	60.682
Erdbeben	462.511	233.310	229.201
Flut	341.855	247.242	94.613
Hagel	306.831	213.899	92.932
Man-made-Risiko	140.304	130.313	9.991
Kraftfahrzeug-Haftpflichtrisiko	72.328	68.228	4.100
Feuerrisiko	113.750	104.730	9.020
Haftpflichtrisiko	38.922	37.636	1.286
Summe Katastrophenrisiko	702.131	430.280	271.851

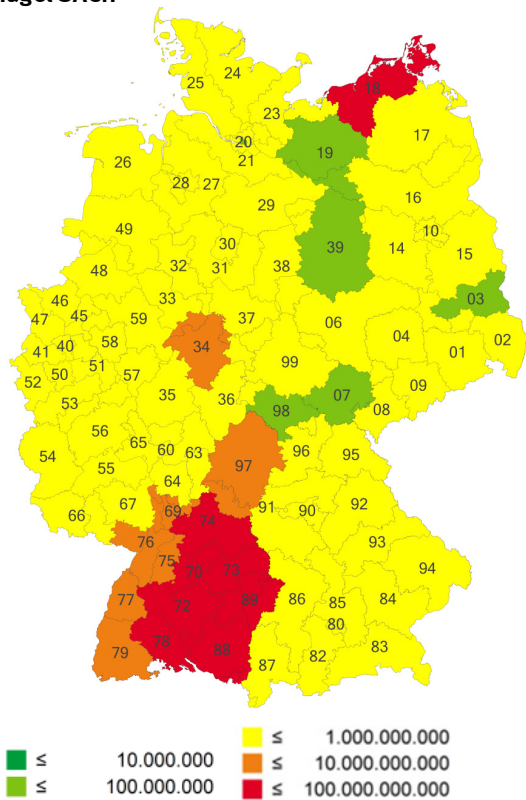
Das größte Naturkatastrophenrisiko der WGV Gruppe stammt aus den Versicherungsparten Gebäude und Kraftfahrt. Nach Betrachtung der Solvenzkapitalanforderung ist die Gefahr Erdbeben wesentlicher Treiber des Risikos.

In Bezug auf das Man-made-Risiko ist mit weitem Abstand das Feuerrisiko das exponierteste Risiko. Die Risiken aus Haftpflicht und Kraftfahrthaftpflicht sind im Vergleich dazu von untergeordneter Bedeutung. Zur Analyse des Feuerrisikos erfolgt eine Ermittlung des

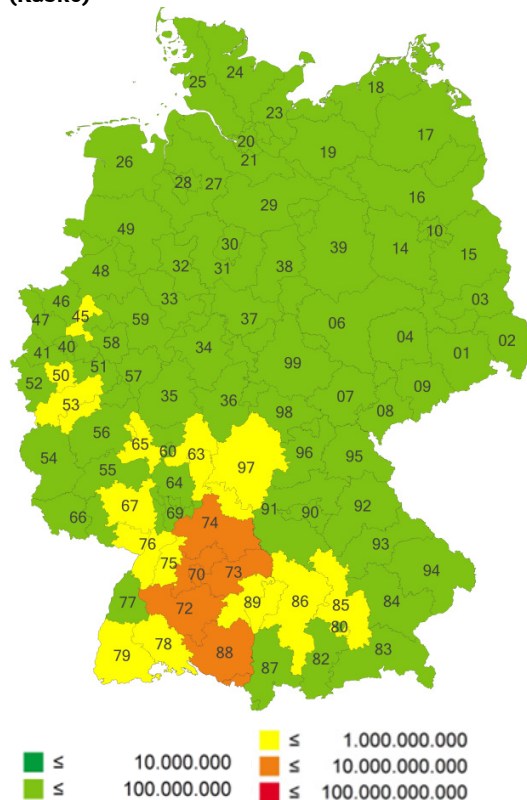
Eigenanteils aus Objekten innerhalb eines Radius von 200m um das höchste versicherte Einzelrisiko der WGV Gruppe.

Sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht betrachtet ist das Katastrophenrisiko der WGV Gruppe exponiert und übersteigt die Wesentlichkeitsschwelle in Höhe von 5% der gesamten Solvabilitätsanforderung. Es stellt somit ein wesentliches Risiko dar.

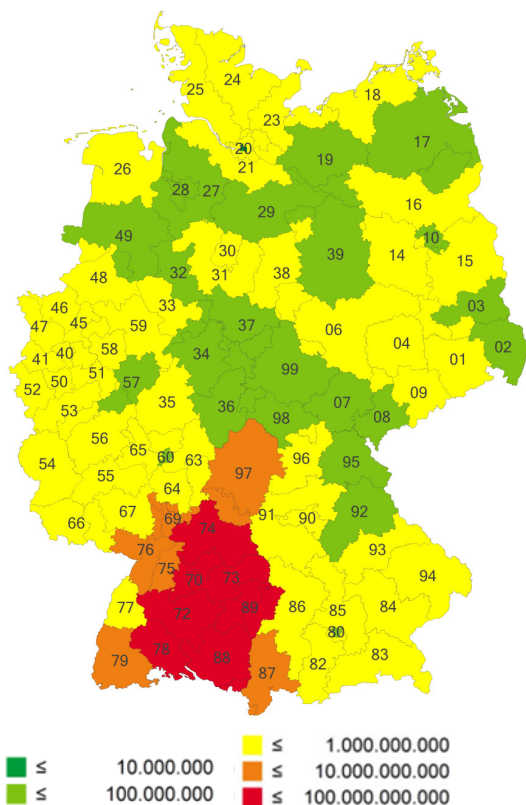
Verteilung der Versicherungssummen in € nach Cresta-Zonen für die versicherten Gefahren Sturm und Hagel SACH



Verteilung der Versicherungssummen in € nach Cresta-Zonen für die versicherten Gefahren KFZ-Sonstige (Kasko)



Verteilung der Versicherungssummen in € nach Cresta-Zonen für die versicherten Gefahren Erdbeben und Überschwemmung SACH



Die Auswertung der Verteilung der Versicherungssummen nach Cresta-Zonen für die versicherten Elementargefahren weist eine regionale Konzentration im südwestdeutschen Raum auf. Diese birgt insbesondere im Elementar-/Großschadenbereich ein hohes Schadenpotenzial für die WGV Gruppe. Im Wesentlichen betroffen von diesem Risiko sind die Geschäftsbereiche der Wohngebäude- und Kraftfahrt-Kaskoversicherung. Auslöser ist die satzungsgemäße Beschränkung des Geschäftsgebiets der Württembergische Gemeindeversicherung a.G. Auf Gruppenebene wird durch das deutschlandweite Geschäftsgebiet der WGV-Versicherung AG eine wesentlich bessere Diversifizierung und somit eine Reduzierung des Konzentrationsrisikos erzielt.

Zur Steuerung des Katastrophenrisikos finden folgende Risikominderungs-techniken Anwendung:

- Die Konzentrationsrisiken werden durch das deutschlandweite Geschäftsgebiet der WGV-Versicherung AG gemindert.
- Katastrophenereignisse, insbesondere in Folge von Elementarschadenereignissen, die aufgrund ihrer Höhe oder der Häufung von Schadenfällen innerhalb des Versicherungsbestands eine besondere Ergebnisbelastung herbeiführen können, sind durch entsprechende Rückversicherungsvereinbarungen abgesichert. Um dem Katastrophenrisiko zu begegnen, wird der Rückversicherungsschutz laufend überprüft und bedarfsorientiert angepasst. Als Basis hierfür dienen unter anderem umfangreiche Naturkatastrophen-Analysen für deren Verifizierung führende Rückversicherungsunternehmen mit langjähriger Kenntnis einbezogen werden.

Eine Überwachung der Risikominderungstechniken erfolgt regelmäßig durch das Risikomanagement anhand:

- festgelegter Risikokennzahlen [Key Risk Indicators (KRI)]
- Informationen aus dem monatlichen Risikokomitee bzw. deren Vor- und Nachbereitung
- Informationen zu Risikoveränderungen durch die Risikoverantwortlichen
- Bei einer Verschlechterung der Risikosituation ist entsprechend dem Melde-/ Eskalationsprozess der Vorstand und das Risikomanagement unverzüglich zu informieren, um für wesentliche Risiken zeitnah eine Entscheidung zur Risikobehandlung herbeiführen zu können.

Stornorisiko

Quantitative Exponierung

	Vor Schock	Nach Schock	SCR in T€
	Passiva in T€	Passiva in T€	
Stornorisiko	130.267	182.374	52.107

Das Stornorisiko ist im Bereich Schaden/Unfall nicht materiell, da in regulatorischer Hinsicht lediglich auf die potenzielle Erhöhung der Kapitalanforderung abgehoben wird und in der Folge daraus eine Verminderung der Basiseigenmittel eintreten könnte. Das Stornorisiko ergibt sich aus einem Rückgang von 40% der profitablen Policen im Bestand. Im Rahmen der Prämienrückstellung werden bei auskömmlicher Tarifierung die Best Estimate Verbindlichkeiten reduziert. Im Stornofall würde sich diese Reduzierung vermindern, das heißt die Verbindlichkeiten steigen an. Um diesem Risiko gerecht zu werden, wird für die Differenz der Basiseigenmittel ein Solvenzkapital berechnet, welches das Stornorisiko abbildet. Die höchste kalkulatorische Stornobelastung ergibt sich aus der Allgemeinen Haftpflichtversicherung. Grundsätzlich verhält sich das Stornorisiko der WGV Gruppe sehr konstant und es bleibt weit unterhalb der Wesentlichkeitsschwelle in Höhe von 5% der gesamten Solvabilitätsanforderung. Es stellt somit kein wesentliches Risiko dar.

Zur Steuerung des Stornorisikos finden folgende Risikominderungstechniken Anwendung:

Um ungewollte Bestandsabriebe frühzeitig erkennen zu können, werden Kennzahlen regelmäßig beobachtet und dem Vorstand berichtet. Bei größeren Abweichungen von der erwarteten Entwicklung entscheidet der Vorstand über entsprechende Maßnahmen.

Risikosensitivität des versicherungstechnischen Risikos: Methoden, Annahmen und Ergebnisse aus Stresstests und Szenarioanalysen

Submodul	Sensitivität	
Prämien und Reserven	48,2	+
Storno	1,5	o
Katastrophen	50,3	++
Versicherungstechnik Nichtleben	100,0	

Die einzelnen Submodule im versicherungstechnischen Risiko werden hinsichtlich ihrer Sensitivität nach Diversifikation auf das Risikokapital untersucht. Auf Submodulebene werden die errechneten aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nach dem Kovarianzprinzip auf 100 normiert. Dies veranschaulicht den jeweiligen Risikobeitrag pro Modul. Je weiter dieser Wert gegen Null tendiert, umso besser ist das Risiko innerhalb des Submoduls diversifiziert.

Die Übersicht zur Risikosensitivität zeigt, dass im aktuellen Risikoprofil das Prämien- und Reservenrisiko von wesentlicher Bedeutung ist. Hintergrund ist die satzungsgemäße Beschränkung des Geschäftsgebiets der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. auf das frühere Land Württemberg mit Hohenzollern.

Für die Beurteilung der Risikosensitivität und der Aggregation des versicherungstechnischen Risikomoduls wurde aufgrund der Erfahrung aus dem vergangenen Schadenereignis „Andreas“ und der steigenden Wahrscheinlichkeit von Naturkatastrophen eine Erhöhung des zu erwartenden Bruttoschadens simuliert, wobei für die Schäden aus der Kaskoversicherung auch die Inflationsentwicklung von 2013 bis zum Jahr 2025 berücksichtigt wurde. Das vorzuhaltende Risikokapital wurde entsprechend angehoben.

Des Weiteren wurde untersucht, wie ein Extremereignis „Erdbeben“ sich auf die Eigenmittel auswirkt. Die Ergebnisse hinsichtlich des Risikoprofils des Unternehmens sind den nachfolgenden Tabellen zu entnehmen:

Szenarien: Erwartete Schadenhöhe für Extremereignisse

Szenario	Bruttoschaden T€	Anteil Rückversicherer T€	Eigenanteil T€
Hagel	293.590	251.590	42.000
Erdbeben	462.620	238.134	224.486

Solvenzkapitalanforderung in T€	Ausgangswert 2025	Szenario Hagel	%-Veränderung	Szenario Erdbeben	%-Veränderung
BSCR	768.474	771.166	0,4%	757.187	-1,5%
SCR Marktrisiko	493.439	493.404	0,0%	484.354	-1,8%
SCR Ausfallrisiko	69.414	63.129	-9,1%	62.076	-10,6%
SCR Nicht-Leben	427.402	435.364	1,9%	427.402	0,0%
Gesamt-SCR	679.551	681.829	0,3%	669.999	-1,4%
Eigenmittel	2.278.680	2.236.680	-1,8%	2.054.195	-9,9%
Solvenzquote	335,3%	328,0%	-2,2%	306,6%	-8,6%

Die Szenarioanalyse im Rahmen der Simulation eines Hagel-Extremereignisses zeigt im Marktrisiko sowie im Modul Nicht-Leben nahezu keine Veränderung der Solvenzkapitalanforderung. Eine erhöhte Risikovorsorge über die Standardformel hinaus ist nicht erforderlich. Die freien Eigenmittel reduzieren sich aufgrund der hohen Rückversicherungsabgabe nur geringfügig. Aufgrund der sehr hohen Solvenzquote in Höhe von 335,3% führt die Minderung der Eigenmittel kurz- und mittelfristig zu keinem wesentlichen Risiko für das Unternehmen. Eine eventuelle Randabhängigkeit bezüglich der Korrelationsannahmen im Katastrophenrisiko lässt sich nach Simulation des Extremereignisses ebenfalls nicht feststellen.

Das Szenario Erdbeben wirkt sich ebenfalls mindernd auf die Eigenmittel aus, da die RV-Haftstrecke überschritten wird. Das Szenario verdeutlicht die hohe Nettoentlastung durch die Rückversicherung, welche in der Gefahr Erdbeben zum Tragen kommt. Der in diesem Extremszenario zu tragende Eigenanteil hat auf Grund der starken Kapitalbasis letztendlich keine wesentliche Auswirkung auf die Solvenzquote, welche sich um 8,6% auf 306,6% reduziert.

Schlussendlich bewegt sich das versicherungstechnische Risiko des Unternehmens in einem moderaten Rahmen, da es sich überwiegend um wenig gefahren-geneigtes Privatkundengeschäft handelt. Die festgestellten Konzentrationen in regionaler und spartenspezifischer Hinsicht stellen grundsätzlich ein erhöhtes Risiko dar. Zudem wird von einem zunehmenden Schadenpotential aus steigenden Elementarschäden ausgegangen. Diese Risiken bleiben aber aufgrund vielschichtiger Minderungsmaßnahmen für das Unternehmen beherrschbar.

Versicherungstechnisches Risiko Kranken

Quantitative Exponierung

Solvenzkapitalanforderung	2024 T€	2025 T€
Gesamt-SCR	634.814	679.551
SCR Kranken	15.447	20.208
Vt. Risiko Kranken Leben	873	869
Vt. Risiko Kranken Nicht-Leben	13.108	16.385
Prämien- und Reserverisiko	12.103	13.928
Stornorisiko	5.034	8.630
Vt. Katastrophenrisiko Kranken	4.014	4.014

Der Geschäftsbereich für das versicherungstechnische Risiko Kranken der WGV Gruppe beinhaltet die Produkte Unfall- und Krankenzusatzversicherung sowie die Berufsunfähigkeitsversicherung. Das Risiko wird dabei in die Risikosubmodule versicherungstechnisches Risiko Kranken nach Art der Leben, der Nichtleben und nach Katastrophen unterteilt.

Das versicherungstechnische Risiko Kranken nach Art der Lebensversicherung umfasst die Berufsunfähigkeitsversicherung und die Unfallrenten. Die Berufsunfähigkeitsversicherung ist von den Risiken Invalidität, Kosten sowie Storno betroffen. Die Unfallrenten weisen ein Risiko in Bezug auf Langlebigkeit und Kosten auf. Aufgrund des geringen Volumens handelt es sich jedoch um kein exponiertes Risiko für die WGV Gruppe.

Das versicherungstechnische Risiko Kranken nach Art der Schadenversicherung unterteilt sich in das Prämien- und Reserverisiko sowie in das Stornorisiko. Treibender Faktor ist das Prämien- und Reserverisiko. Um das Prämien- und Reserverisiko in der Unfallversicherung risikogerecht zu beurteilen, erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Combined Ratio und der Abwicklungsquoten. Aufgrund des kleinen Bestands und der damit verbundenen geringen Kapitalanforderung besteht jedoch nur ein sehr geringes Risiko für die WGV Gruppe. Das Stornorisiko ist analog zu dem Stornorisiko des versicherungstechnischen Risikos Nicht-Leben zu betrachten. Grundsätzlich sind in den vergangenen Jahren nur geringe Stornozahlen zu verzeichnen. Diese Entwicklung wird auch für die Zukunft erwartet.

Das versicherungstechnische Katastrophenrisiko Kranken verteilt sich auf die zwei Untermodule Massenunfall und Unfallkonzentration. Am stärksten gewichtet ist

das Unfallkonzentrationsrisiko. Nach Berücksichtigung der Risikominderung ist das Volumen für das versicherungstechnische Katastrophenrisiko Kranken so gering, dass die Risikoposition für die WGV Gruppe keine Relevanz besitzt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestehen keine relevanten Risikokonzentrationen bezogen auf das versicherungstechnische Risiko Kranken und es werden auch zukünftig keine Änderungen erwartet.

Zur Steuerung des versicherungstechnischen Risikos Kranken finden folgende Risikominderungstechniken Anwendung:

Die Berechnung der Tarife hat nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen zu erfolgen. Das Risiko, dass die tatsächlichen Schadenaufwendungen und Kosten den kalkulierten Schadenbedarf übersteigen und deutlich über den Beitragseinnahmen liegen, ist durch angemessene Sicherheitszuschläge bei der Kalkulation und eine ausgewogene Portfoliozusammensetzung auf Einzelunternehmensebene auf ein Minimum zu reduzieren. Bei Bedarf sind Tarif-/Produktanpassungen oder Änderungen der Annahmerichtlinien vorzunehmen. Zur Vermeidung der Gefahr einer Unterreservierung haben die Schadenleiter und die versicherungsmathematische Funktion regelmäßig die Angemessenheit der Reserven zu prüfen. Dabei sind unter anderem Tendenzen in der Rechtsprechung zu berücksichtigen. Wo erforderlich, sind Nachreservierungen oder Änderungen in den Reservierungsrichtlinien vorzunehmen. Weiterhin sind Kennzahlen laufend zu beobachten und dem Vorstand im Rahmen der monatlichen Berichterstattung durch die Abteilung Finanz- und Rechnungswesen, Controlling und Nachhaltigkeit zu berichten.

Versicherungstechnisches Risiko Leben

Das versicherungstechnische Risiko Leben der WGV Gruppe gliedert sich in die folgenden Risikosubmodule:

- Sterblichkeitsrisiko
- Langlebighkeitsrisiko
- Invaliditätsrisiko
- Kostenrisiko
- Revisionsrisiko
- Stornorisiko
- Katastrophenrisiko

Quantitative Exponierung

Solvenzkapitalanforderung	2024 T€	2025 T€
Gesamt-SCR	634.814	679.551
SCR Leben	5.207	6.264
Sterblichkeit	0	0
Langlebigkeit	1.774	2.048
Invalidität	0	0
Kosten	2.390	2.245
Revision	725	699
Storno	2.350	3.618
Katastrophen	0	0

Der Bestand der WGV Gruppe umfasst klassische Kapital-, Risiko- und Rentenversicherungen. Als Zusatzversicherungen sind Berufsunfähigkeits- und Unfallzusatzversicherungen vorhanden. Diese werden im versicherungstechnischen Risiko Leben berücksichtigt. Bei

der Modellierung unberücksichtigt bleibt der Bestand an fondsgebundenen Lebensversicherungsverträgen (105 Verträge, davon: 77 fondsgebundene Rentenversicherungen). Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Lebensversicherungen beträgt weniger als 1% der gesamten Deckungsrückstellung. Daher stellt dieser Teilbestand kein wesentliches Risiko dar.

Seit dem Geschäftsjahr 2021 enthält der Bestand auch Berufsunfähigkeitsversicherungen, welche im versicherungstechnischen Risikomodul Kranken nach Art der Leben berücksichtigt werden. Aufgrund der bisher geringen Stückzahl (504 Verträge) haben diese noch keinen wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil des Unternehmens.

Die Entwicklung des Langlebighkeits-Trends ist weiterhin zu beobachten. Um das Risiko der Langlebighkeit in den Rentenversicherungen risikogerecht zu beurteilen, erfolgt eine regelmäßige Überprüfung des Sterblichkeitsniveaus. Aufgrund des kleinen Bestands an laufenden Renten ist die Aussagefähigkeit jedoch sehr begrenzt. Aus diesem Grund wird für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen ein Abschlag auf die Sterbewahrscheinlichkeiten der DAV-Tafel 2004R vorgenommen. Für die Ausübung des Kapitalwahlrechts werden unternehmenseigene Beobachtungen herangezogen, welche laufend aktualisiert werden. Die Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten der vor dem Jahr 2005 abgeschlossenen Verträge nach altem Steuerrecht zeigen eine rückläufige Tendenz, während die ab 2005 abgeschlossenen Verträge demgegenüber eine leicht höhere Kapitalwahlwahrscheinlichkeit aufweisen. Im Unternehmen ist das Langlebighkeitsrisiko kein wesentlicher Risikotreiber.

Dem Sterblichkeitsrisiko unterliegen Kapital- und Risikoversicherungen. Das Sterblichkeitsniveau des Kapital- und Risikoversicherungsbestands wird regelmäßig überprüft und liegt deutlich unter dem Niveau der DAV-Tafel 2008 T zweiter Ordnung. Verantwortlich hierfür ist die genaue Risikoprüfung der WGV-Lebensversicherung AG. Zudem zeigt der Bestand auch nach der Selektionsphase einen günstigen Sterblichkeitsverlauf. Ein starker Anstieg der Sterblichkeit wurde in der Vergangenheit nicht beobachtet und wird mittelfristig nicht erwartet. Die Risikobewertung des Sterblichkeitsrisikos bei der SCR-Berechnung gemäß Standardmodell ist folglich angemessen bzw. leicht überbewertet.

Dem Invaliditäts- und Morbiditätsrisiko unterliegen die Berufsunfähigkeitszusatzversicherungen. Das Invaliditätsrisiko wird im lebensversicherungstechnischen Risikomodul berechnet. Aufgrund der Wechselwirkungen zwischen Haupt- und Zusatzversicherung sind eine Trennung der Verträge und eine Berechnung des Invaliditätsrisikos im krankenversicherungstechnischen Risikomodul nicht angemessen. Die Annahmen zum Invaliditäts- / Morbiditätsrisiko orientieren sich an der Tafel DAV1997I sowie an den Risikoergebnissen der letzten Jahre. Wir erwarten, dass unsere genaue Risiko- und Leistungsprüfung die Volatilität des Invaliditätsrisikos ausreichend ausgleicht.

Das Stornorisiko wird im Standardmodell überschätzt, da kein Massenstorno bei Risikoversicherungen und der Berufsunfähigkeitszusatzversicherung zu erwarten ist. Bei der WGV-Lebensversicherung AG besteht ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Risikoversicherungen. Die Todesfallabsicherung und nicht die Rendite

steht hier im Vordergrund. Variationsrechnungen mit abweichenden Stressszenarien für Risikoversicherungen zeigten allerdings keine wesentlichen Auswirkungen auf das Stornorisiko. Die Annahmen zum Stornoverhalten werden regelmäßig überprüft. Es werden Stornowahrscheinlichkeiten aus dem Bestand abgeleitet und im Rahmen von Bestandsprojektionen verifiziert. Die Stornoleistungen steigen seit dem Geschäftsjahr 2022 leicht an, bleiben aber insgesamt auf einem niedrigen Niveau. Ein Trend zu einer dauerhaften Erhöhung des Stornoverhaltens kann derzeit nicht festgestellt werden.

Die Kosten werden proportional zu den gebuchten Beiträgen und zu den gezahlten Rentenleistungen angesetzt. Die Faktoren für die Schätzung werden dabei aus Vergangenheitsdaten abgeleitet. Im Rahmen von Bestandsprojektionen werden die Schätzer verifiziert. Insgesamt ist das Kostenrisiko der WGV Gruppe nicht exponiert und nur von untergeordneter Bedeutung.

Das Katastrophenrisiko wird in der Standardformel etwas überschätzt, da nur Verträge mit Todesfallcharakter berücksichtigt werden. Versicherungen mit Erlebensfallcharakter werden im Katastrophen-Modul nicht berücksichtigt.

Erhöhte Rentenzahlungen aufgrund von rechtlichen Änderungen oder aufgrund der Veränderung des Gesundheitszustands der Versicherten werden unter dem Revisionsrisiko erfasst. Das Risiko stammt hierbei aus den Haftpflicht- und Kraftfahrthaftpflichtrenten, da diese Rentenarten keiner festen Entschädigungshöhe unterliegen. Aufgrund des geringen Volumens ist das Revisionsrisiko für die WGV Gruppe von unwesentlicher Bedeutung.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestehen keine relevanten Risikokonzentrationen bezogen auf das

versicherungstechnische Risiko Leben und es werden auch zukünftig keine wesentlichen Änderungen erwartet.

Zur Steuerung des versicherungstechnischen Risikos Leben finden folgende Risikominderungstechniken Anwendung:

- **Risikominderung durch risikoadäquate Tarifierung**
Die Tarife sind auf Basis allgemein anerkannter aktuarieller Grundsätze/ Statistiken (u.a. DAV-Sterbetafeln) und unter Berücksichtigung des vorliegenden biometrischen Risikos zu ermitteln. Die im Bestand vorhandenen biometrischen Risiken sind durch Beobachtung des Leistungsverlaufs zu überwachen und dem Vorstand regelmäßig zu berichten, um bei Abweichungen vom kalkulatorischen Leistungsverlauf rechtzeitig entgegenwirken zu können.
- **Risikominderung durch Risikoprüfung**
Eine genaue Risikoprüfung stellt sicher, dass die versicherten Leistungen langfristig durch die Prämieinnahmen gedeckt sind und dass die günstige Risikostruktur des Bestands dauerhaft erhalten bleibt.
- **Risikominderung durch Kostenmanagement**
Die Kostenentwicklung in den einzelnen Bereichen und der Vergleich mit dem Markt ist durch die Abteilung Finanz- und Rechnungswesen, Controlling und Nachhaltigkeit laufend zu beobachten und dem Vorstand zu berichten. Verläuft die Kostenentwicklung entgegen der Erwartung, entscheidet der Vorstand bei Bedarf über geeignete Maßnahmen (z.B. Kosteneinsparungen). Langfristig wird dem Risiko über einen erfolgreichen Vertrieb, effiziente Arbeitsabläufe mit einer möglichst weitgehenden Automatisierung und dem Einsatz von moderner Technik entgegengewirkt.

C.2 Marktrisiko

Die Marktrisiken der WGV Gruppe werden gemäß der Standardformel in folgende Risikosubmodule aufgeteilt:

- Zinsänderungsrisiko
- Aktien- und Beteiligungsrisiko
- Immobilienrisiko
- Spreadrisiko
- Fremdwährungsrisiko
- Konzentrationsrisiko

Quantitative Exposition

Solvenzkapitalanforderung	2024 T€	2025 T€
Gesamt-SCR	634.814	679.551
SCR Marktrisiko	451.589	493.439
Zinsänderungsrisiko	47.212	58.347
Aktienrisiko	207.935	229.088
Immobilienrisiko	167.755	186.014
Spreadrisiko	103.108	110.013
Konzentrationsrisiko	36.840	36.740
Fremdwährungsrisiko	52.479	50.684

Das SCR für das Marktrisiko der WGV Gruppe beträgt 493.439 T€. Wie in der Übersicht ersichtlich, identifiziert die Standardformel als wesentliche Submodule

das Aktien-, Spread- sowie Immobilienrisiko in der WGV Gruppe. Mit weitem Abstand folgen die Risikomodul Zinsänderungs-, Konzentration- sowie Fremdwährungsrisiko.

Die Marktrisiken der WGV Gruppe werden anhand von quantitativen Methoden identifiziert, analysiert und bewertet. Die Standardformel ist hierbei das zentrale Instrument. Die SCR-Berechnung erfolgt vierteljährlich und bei wesentlicher Risikoveränderung ad hoc.

Für die Berücksichtigung zukünftiger Entwicklungen werden unter Anwendung von deterministischen Szenarien künftige Zahlungsströme über einen Planungszeitraum von fünf Jahren projiziert. Die Szenarien werden hierfür aus der Unternehmensstrategie abgeleitet.

In Ergänzung zu der quantitativen Bewertung führt die Risikomanagement-Funktion eine regelmäßige qualitative SCR-Analyse durch, um die Angemessenheit des SCR-Risikobeitrags für das Marktrisiko sowie dessen Risikosubmodule aus unternehmensindividueller Sicht zu beurteilen. Im Rahmen dieser Abweichungsanalyse werden folgende Kriterien zugrunde gelegt und analysiert:

- Verteilung der Assetklassen nach zinstragenden Titeln
- Euro-Denominierung und –gewichtung
- initiale Assetklassen und SCR-Anteile
- Aufteilung der nach Typ 1 und Typ 2 klassifizierten Risiken
- Überprüfung der Angemessenheit der Schockfaktoren, insbesondere bei erneuerbaren Energien bzw. Infrastrukturprojekten
- Einstufung der Immobilien nach Art, Lage, Nutzungszweck und Verwaltungstyp
- Mischung und Streuung des Kapitalanlagebestandes
- Ratings bzw. Bonitätseinstufungen zur Beurteilung der Güte des Bestandes anhand von Länderratings für Staatsanleihen (nach Bonitätsklassen und Volumina)
- Zusammensetzung und Volumina von Fremdwährungsanteile, insbesondere auch innerhalb von Fonds

Mit Hilfe der qualitativen Maßnahmen wird geprüft, ob die Risiken nach Wesensart, Umfang und Komplexität mit den Bewertungsansätzen der Standardformel übereinstimmen und nicht über- oder unterschätzt werden. Abschließend wird entschieden, ob die Bewertung gemäß der Standardformel angemessen ist oder ob partielle Bewertungsansätze verwendet werden müssen.

Zinsänderungsrisiko

Das Untermodul Zinsänderungsrisiko erfasst alle zins-sensitiven Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Das Asset-Portfolio der WGV Gruppe enthält einen hohen Anteil an festverzinslichen Wertpapieren, welcher den Pensionsrückstellungen auf der Passivseite gegenübersteht. Die Kapitalanforderung für das Zinsänderungsrisiko ergibt sich aus dem größeren Verlust der Eigenmittel in Folge eines Zinsanstieges oder eines Zinsrückganges der risikofreien Basiszinssätze.

Der Marktwertverlust der zinsensitiven Kapitalanlagen dominiert aufgrund des Volumens die Zinsveränderungen auf der Passivseite. Daher ist das für die Risikokapitalberechnung relevante Szenario der Zinsanstieg.

Das Zinsänderungsrisiko wird für Vermögenswerte und auch Verbindlichkeiten mit der modifizierten Duration beurteilt und gesteuert.

Aktien- und Beteiligungsrisiko

Das Aktienrisikosubmodul enthält alle Risiken, die der Schwankung von Aktienkursen auf der Aktiv- sowie Passivseite unterworfen sind. Zur Quantifizierung der aus diesem Risiko erforderlichen Solvenzkapitalanforderung werden diese in Typ 1-Aktien und Typ 2-Aktien untergliedert. Unter Typ 1-Aktien fallen alle diejenigen Eigenkapitalinstrumente, welche an geregelten Märkten in Ländern des EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) oder der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) notiert sind. Unter Typ 2-Aktien fallen alle restlichen Eigenkapitalinstrumente. Der Anlageschwerpunkt der WGV Gruppe liegt bei Aktien und Beteiligungen im Euroraum. Investitionen in erneuerbare Energien und Infrastruktur werden ebenfalls überwiegend in ausgewählten Regionen in Europa getätigt.

Aktieninvestments werden nur auf geringem Niveau geführt, ein strategischer Ausbau der Aktien Typ 1 ist aufgrund der hohen Volatilität und des negativen Einflusses auf die Ertragsstabilität nicht geplant.

Im Rahmen der Geschäftsstrategie wird ein weiterer Ausbau der Sachwerte insbesondere in den Kategorien erneuerbare Energien / Infrastruktur (EE/IS) realisiert. Der wesentliche Teil der Aktien Typ 2-Bestände sind bereits Investitionen in o. g. Assetklasse. Deren Anteil am Gesamtbestand ist jedoch noch nicht wesentlich. Aktuell sind diese nicht als qualifizierte Infrastrukturinvestments mit vermindertem Stressfaktor klassifiziert.

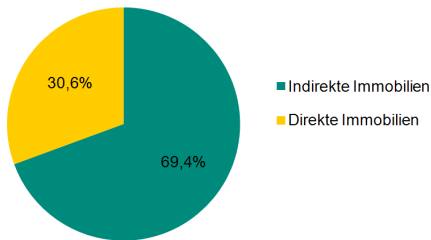
	Marktwert Aktiva T€
Typ 1	132.900
Strategische Beteiligung	0
Aktien	132.900
Typ 2	384.655
Strategische Beteiligung	95.105
Aktien	289.550

Die Steuerung des Aktien- und Beteiligungsrisikos erfolgt über die Anlageleitlinie. Das Risiko aus Marktänderungen der Aktienmärkte wird laufend beobachtet und durch Risikobudgets/ -kapital begrenzt. Das Risikokapital wird im Zuge der Anlageplanung und der jährlichen strategischen Allokationsanalyse festgelegt. Mögliche negative Veränderungen der Vermögensposition aus Aktien und Investmentfonds, die sich wesentlich auf die Zielergebnisgrößen auswirken, werden analysiert und anschließend dem Vorstand berichtet. Investitionen in Derivate und Private Equity dürfen aufgrund der eingeschränkten Liquidität und des erhöhten Risikos nur sehr zurückhaltend getätigt werden, Investitionen in Hedge-Fonds sind ausgeschlossen.

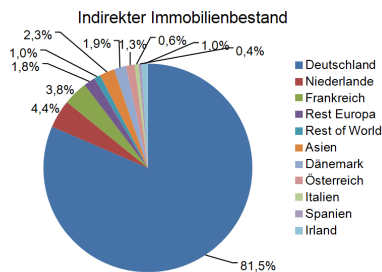
Immobilienrisiko

Im Untermodul Immobilienrisiko sind alle Vermögenswerte enthalten, welche sensitiv gegenüber einer Veränderung der Immobilienpreise reagieren. Darin enthalten sind alle direkten und indirekten Risikoexponierungen der WGV Gruppe. Generell werden die Risikopotentiale unterschiedlich eingestuft. Die Risikopotentiale zwischen den direkten und indirekten Immobilien unterscheiden sich aufgrund der Lagen (regional, national, international), den Nutzungszwecken (Büro, Wohnen, Handel, Gewerbe, Hotel) sowie in der Art der Verwaltung der Immobilien (Eigenverwaltung, Fonds- bzw. Managementverwaltung).

Zusammensetzung des Immobilienbestandes in %



Bei den direkt gehaltenen Immobilien handelt es sich im Wesentlichen um die unternehmenseigenen Verwaltungsgebäude am Standort der Hauptverwaltung in Stuttgart. Ein Teil der Immobilie wird zu Handels- /Büro- und Wohnzwecken fremdvermietet. Die indirekten Immobilieninvestitionen werden über Immobilienspezialfonds getätigt. Investitionen in Firmen, welche in der Immobilienbranche tätig sind, bestehen im Direktbestand nicht.



Der indirekte Immobilienbestand ist überwiegend in Europa investiert, der Großteil davon in Immobilien aus Deutschland.

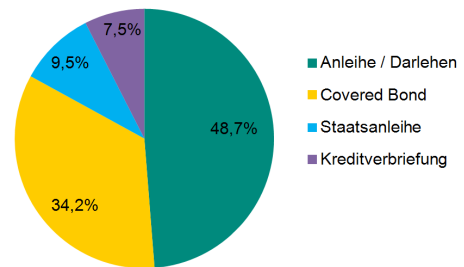
Das Immobilienrisiko, insbesondere für die selbstgenutzten Verwaltungsgebäude der WGV Gruppe, ist nicht sehr hoch exponiert. Dafür verantwortlich sind zum einen das Verhältnis von direktem und indirektem Immobilienbestand sowie zum anderen das sehr gut diversifizierte Anlageportfolio des indirekten Bestandes.

Das Risiko wird durch eine gute Diversifikation im Immobilienbestand und durch die Einbindung erfahrener Manager bei Neuinvestitionen begrenzt.

Spreadrisiko

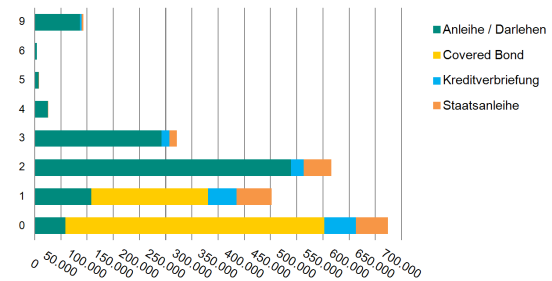
Das Spreadrisiko setzt sich aus dem Anleihen-Spreadrisiko und dem Kreditverbriefungsrisiko zusammen:

Zusammensetzung des Spreadrisikos in %



Die Verteilung nach den Bonitätsstufen ist der folgenden Grafik zu entnehmen:

Verteilung der Anleihen und Kredite nach Bonitätsstufen Marktwerte in T€



Der überwiegende Anteil der Wertpapiere hat eine Bonitätseinstufung im Bereich Investment Grade (Bonitätsstufe 0-3).

Staatsanleihen sind im Wesentlichen auf Emissionen aus dem Euroraum exponiert.

Darüber hinaus sind die Wertpapiere hinsichtlich Volumen und Streuung breit diversifiziert.

Bei den Staatsanleihen für die ein Solvenzkapital ermittelt wird, handelt es sich um Emittenten, die sich außerhalb von Europa befinden. Diese Staatsanleihen werden grundsätzlich mit einem Risikofaktor bewertet.

Abschließend lässt sich feststellen, dass das Spreadrisiko keinen wesentlichen Risikotreiber der WGV Gruppe darstellt.

Die Steuerung des Spreadrisikos erfolgt über die Anlageleitlinie.

Um das Risiko eines Marktwertrückgangs aufgrund steigender Credit-Spreads (insbesondere bei Anleihen) zu begrenzen, wird die Anlagetätigkeit im Direktbestand weitestgehend auf Investment Grade-Titel beschränkt bzw. orientiert sich diese am Rating und der Besicherung (z. B. Einlagensicherung). Eine Neuanlage in High-Yields darf grundsätzlich nur nach Zustimmung durch den Fachvorstand vorgenommen werden.

Fremdwährungsrisiko

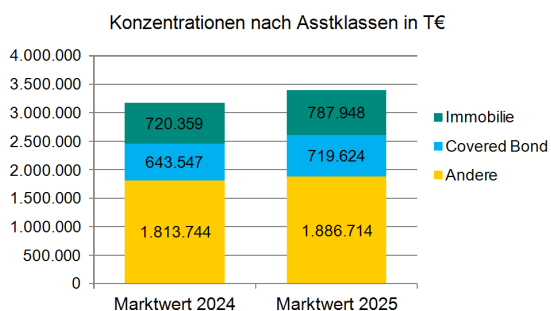
Das Fremdwährungsrisiko quantifiziert das Risiko der Wechselkurschwankungen aus den in Fremdwährung gehaltenen Kapitalanlagen sowie Verbindlichkeiten.

Das Investment in Fremdwährungen innerhalb der Fonds soll zur Diversifizierung beitragen. Zur Absicherung werden Devisentermingeschäfte getätigt. Versicherungstechnische Verpflichtungen in Fremdwährungen bestehen in der WGV Gruppe nicht. Aufgrund des geringen Volumens an Investitionen in Fremdwährungen besitzt das Währungsrisiko keinen wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil.

Zur Steuerung des Fremdwährungsrisikos finden Risikominderungstechniken durch regionale Begrenzungen Anwendung. Das Portfolio konzentriert sich unter Beachtung einer ausreichenden Diversifikation auf den Euroraum. In Einzelfällen kann nach Zustimmung des zuständigen Fachvorstands davon abgewichen werden. In diesen Fällen werden im Regelfall externe Manager eingeschaltet.

Konzentrationsrisiko

Risikokonzentrationen ergeben sich, wenn einzelne Risiken oder stark korrelierende Risiken eingegangen werden, die ein bedeutendes Schaden- und Ausfallpotential besitzen. Das Konzentrationsrisiko-Untermodul bezieht sich dabei auf die Emittentenkonzentrationen und Konzentrationen im Anlageportfolio.



Bei der WGV Gruppe stammen 55,6% der für das Konzentrationsrisiko relevanten Vermögenswerte aus Aktien, Renten und Anleihen, 21,2% aus Covered Bonds und 23,2% aus Immobilieninvestments. Der Schwerpunkt der Vermögenswerte liegt auf der Assetklasse Andere (Renten, Aktien und Anleihen), in der eine hohe Diversifizierung der Anlagen erfolgt. Grundsätzlich wird in allen Assetklassen eine breite Streuung auf Einzeladressaten vorgenommen. Hohe Konzentrationen im Anlageportfolio bestehen nicht.

Das Emittentenkonzentrationsrisiko ergibt sich in der WGV Gruppe in erster Linie aus dem Beteiligungsbereich.

Konzentrationen in Bezug auf die 10 größten Emittenten sind nicht festzustellen. Der größte Emittent besitzt lediglich ein Volumen in Höhe von 3,2% des

Gesamtbestandes. In Summe entfallen auf die 10 größten Emittenten 16,9%. Für die weiteren 83,1% erfolgt eine breite Streuung auf eine Vielzahl von Emittenten. Grundsätzlich besteht bei der WGV Gruppe eine ausreichende Streuung und Mischung nach Assetklassen und Einzelemittenten.

Die Steuerung des Konzentrationsrisikos erfolgt über die Anlageleitlinie. Die Vorgaben in der Anlageleitlinie zur Mischung und Streuung stellen eine ausreichende Diversifikation sicher. Vor jeder Neuinvestition und im Rahmen des Kapitalanlage-Controllings wird die Einhaltung der Limitvorgaben überwacht.

Zur Steuerung der Marktrisiken finden folgende Risikominderungstechniken Anwendung:

- Das Vermögen wird unter Berücksichtigung des Versicherungsgeschäfts und der Unternehmensstruktur so angelegt, dass eine möglichst hohe Sicherheit und Rentabilität bei jederzeit ausreichender Liquidität erreicht wird. Risikominderungen werden durch Mischungs- und Streuungsentscheidungen nach Anlagearten, Emittenten und Länder erzielt. Die vorgegebene Anlagestrategie wird mit den Risikoexponierungen des Marktes laufend abgeglichen und ist so ausgerichtet, dass Sicherheit, Diversifikation, Mischung und eine breite Streuung der Kapitalanlagen durchgängig gewährleistet ist.
- Die Steuerung des Anlagemanagements sowie die Einhaltung der innerbetrieblichen und gesetzlichen Anlagerichtlinien werden im Zuge der monatlichen Berichterstattung und periodischen Anlagesitzungen laufend überwacht.
- Weiterhin erfolgt eine Funktionstrennung zwischen Handel, Abwicklung und Kontrolle. Wesentliche Investitionsentscheidungen erfolgen unter Einbindung des Risikomanagements und werden in periodischen Anlagesitzungen vorgestellt und überwacht. Bei der Vergabe von externen Mandaten für Spezialfonds wird die Anlagepolitik durch Festlegung eines Fondsprofils und Zielvorgaben gesteuert.

Eine Überwachung der Risikominderungstechniken erfolgt regelmäßig durch das Risikomanagement anhand:

- festgelegter Risikokennzahlen [Key Risk Indicators (KRI)]
- Informationen aus dem monatlichen Risikokomitee bzw. deren Vor- und Nachbereitung
- Informationen zu Risikoveränderungen durch die Risikoverantwortlichen
- Bei einer Verschlechterung der Risikosituation ist entsprechend dem Melde-/ Eskalationsprozess der Vorstand und das Risikomanagement unverzüglich zu informieren, um für wesentliche Risiken zeitnah eine Entscheidung zur Risikobehandlung herbeiführen zu können.

Risikosensitivität: Methoden, Annahmen und Ergebnisse aus Stresstests und Szenarioanalysen
Sensitivität der einzelnen Marktrisikomodule

Submodul	Sensitivität	
Zins	1,7	o
Aktien	43,6	++
Spread	17,5	+
Immobilie	32,5	+
Währung	4,1	o
Konzentration	0,6	o
Markt	100,0	

Die einzelnen Submodule im Marktrisikomodul werden hinsichtlich ihrer Sensitivität nach Diversifikation auf das Risikokapital des Marktrisikos untersucht. Auf Submodulebene werden die errechneten aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nach dem Kovarianzprinzip auf 100 normiert. Dies veranschaulicht den jeweiligen Risikobeitrag pro Modul. Je weiter der Wert

gegen Null tendiert, umso besser ist das Risiko innerhalb des Submoduls diversifiziert und weniger sensitiv auf das Risikokapital. Damit lässt sich darstellen, welche Annahmen und damit deren Beitrag zum Risikokapital sich signifikant auf das Gesamtergebnis auswirken und welche nicht.

Hierbei zeigt sich, dass im aktuellen Risikoprofil das Zinsrisiko und das Konzentrationsrisiko eine untergeordnete Rolle spielen. Den wesentlichen Anteil am Marktrisiko haben das Aktien-, Spread- sowie Immobilienrisiko.

Für das Marktrisiko wird als Szenariorechnung der Ausfall des größten Emittenten simuliert.

Anschließend werden die Auswirkungen auf die Kapitalanforderungen analysiert und bewertet. Gegebenenfalls werden Notfallpläne erarbeitet.

Szenario: Ausfall eines Emittenten

Solvenzkapitalanforderung in T€	Ausgangswert	Szenario	%-Veränderung
BSCR	768.474	761.436	-0,9%
SCR Marktrisiko	493.439	488.982	-0,9%
Zinsänderungsrisiko	58.347	53.305	-8,6%
Aktienrisiko	229.088	229.088	0,0%
Immobilienrisiko	186.014	186.014	0,0%
Spreadrisiko	110.013	105.212	-4,4%
Konzentrationsrisiko	36.740	37.264	1,4%
Fremdwährungsrisiko	50.684	50.607	-0,2%
Gesamt-SCR	679.551	673.594	-0,9%
Eigenmittel	2.278.680	2.160.861	-5,2%
Solvenzquote	335,3%	320,8%	-4,3%

Ergebnisanalyse Szenario:

In diesem Szenario wird der Ausfall des größten Emittenten bei den Vermögenswerten der WGV Gruppe simuliert. Der Wegfall der Vermögenswerte hat sowohl Auswirkungen auf die Eigenmittel als auch das Risikokapital.

Absolut gesehen reduziert sich das Zinsrisiko am stärksten. Ebenfalls reduziert sich das Spreadrisiko. Nach Diversifikation ergibt sich ein leichter Rückgang des Gesamt-SCR um 0,9%. Demgegenüber steht der Ausfall der Vermögenswerte und damit ein Rückgang der Eigenmittel um 5,2%. Die Solvenzquote reduziert sich um 4,3% auf 320,8%.

Auch unter dem Ausfall des größten Emittenten, welcher sich negativ auf die Solvenzquote auswirkt, besteht zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für die Solvenz der WGV Gruppe.

Beschreibung der Vermögenswerte

In der WGV Gruppe wird überwiegend in Vermögenswerte investiert, welche ein konservatives Risikoprofil aufweisen. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Investitionen in Anleihen. Darüber hinaus werden Investitionen in Form von Immobilien, Beteiligungen in erneuerbare Energien / Infrastruktur / Private Debt, Organismen für gemeinsame Anlagen, Vermögenswerte für Index- und fondsgebundene Verträge sowie in Dar-

lehen (Vorauszahlungen an Versicherungsscheinen) getätigt. Für die Erfüllung der laufenden Verpflichtungen erfolgen die Anlagen auf Tagesgeld- bzw. Geldmarktkonten.

Angaben zum Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht

Die WGV Gruppe tätigt ihre Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht gemäß Artikel 132 der Solvency II EU Richtlinie.

Ziel des Kapitalanlagemanagements ist es, die jederzeitige Erfüllbarkeit der vertraglich zugesicherten Ansprüche zu sichern und gleichzeitig den Unternehmenswert nachhaltig zu steigern.

Es wird nur in Kapitalanlagen investiert, wenn die damit verbundenen Risiken angemessen identifiziert, gemessen, überwacht, gesteuert, berichtet und in die Solvabilitätsbeurteilung einbezogen werden können. Die Kapitalanlagen werden so getätigt, dass sie die Qualität, Sicherheit, Liquidität, Rentabilität und Verfügbarkeit des Investmentportfolios als Gesamtheit sicherstellen. Dazu gehört auch die Überprüfung, dass das Investmentportfolio die Beschaffenheit und Laufzeit der eingegangenen Verbindlichkeiten angemessen berücksichtigt. Neue Kapitalanlageprodukte, Assetklassen sowie neue Anlagestrategien müssen im Vorfeld bzw. vor dem Erwerb den internen Prozess „Neue Produkte“

durchlaufen. Die Einhaltung der Grundsätze und Vorschriften erfolgt durch ein qualifiziertes Anlagemanagement auf Basis festgelegter Kapitalanlagegrundsätze und einem internen Anlagekatalog.

Um die Ertrags- und Risikopositionierung optimal zu gestalten, ist ein mehrstufiger Investmentprozess mit Kontroll- und Abstimmmechanismen etabliert, der die Anpassungen an die sich ändernden Marktgegebenheiten gewährleistet.

Im Risikosteuerungssystem werden die Ergebnisse der unterjährigen Liquiditätsplanung und des Controllings einbezogen und dem Aspekt des Zeithorizontes Rechnung getragen. Zur Risikosteuerung werden folgende Instrumente eingesetzt:

- Berechnung der Kapitalanforderung nach Solvency II
- Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung
- Asset-Liability-Management-Analysen
- Stresstests

C.3 Kreditrisiko

In der Standardformel werden die Kreditrisiken im Gegenparteiausfallrisikomodul berechnet. Das Ausfallrisiko wird nach den Subrisiken Typ 1 sowie Typ 2 klassifiziert. In der Kategorie Typ 1 befinden sich die Forderungen aus Rückversicherungsverträgen sowie Bankguthaben. Im Subrisiko Typ 2 befinden sich die sonstigen Forderungen sowie längerfristige Einlagen bei Kreditinstituten. Im Rahmen der Risikoexposition spielen mögliche Ausfallrisiken bei den Rückversicherern die größte Rolle. Um ein von der Risikolage zutreffendes Bild zu erhalten, werden die quantitativen Risikokennziffern der Ausfallrisiken um qualitative Risikoausagen ergänzt und zukunftsgerichtet analysiert und bewertet.

Quantitative Exponierung

Solvenzkapitalanforderung	2024 T€	2025 T€
Gesamt-SCR	634.814	679.551
SCR Ausfallrisiko	67.583	69.414
Typ 1	14.083	25.378
Typ 2	62.944	55.780

Die Betrachtung der Rückversicherungsanteile bei den Schadenreserven für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle zeigt das potenzielle Volumen von Forderungsausfällen bei den Rückversicherungspartnern. Da es sich bei den Rückversicherern um anerkannte Marktführer der Branche handelt, besteht in Bezug auf Forderungsausfälle in der WGV Gruppe kein exponiertes Risiko. Eine Zusammenarbeit mit RV-Nischenanbietern bzw. mit Rückversicherern mit exotischen Firmensitzen besteht grundsätzlich nicht. Auch bei den Rückversicherern ohne Rating-Klassifizierung handelt es sich um solide und leistungsstarke Rückversicherungsunternehmen, die nicht als exponiert eingestuft werden.

Im Typ 2-Risiko spielt die Höhe der Festgeldbestände eine wesentliche Rolle. Hohe Festgeldbestände ergeben sich jeweils zu Jahresbeginn aufgrund des Beitragsinkassos. Über die Anforderungen aus der Versicherungstechnik (Schadenzahlungen, Kosten) und dem Anlageprozess werden diese im Jahresverlauf deutlich abgebaut. Das Risiko einer Adresskonzentration

- Szenarioanalysen (Gesamtrisikobeurteilung, Value-at-Risk-Szenarien)
- Limitsysteme, die auf internen Limiten (z. B. Begrenzung von Handelsvolumina oder Währungsexposure, Limitierung von Risikogrößen aus dem Anlagekatalog etc.) basieren.

Das Risikomanagement koordiniert und ist verantwortlich für die Identifikation, Bewertung und Analyse von Risiken sowie deren Überwachung und Berichterstattung auf aggregierter Ebene.

Sonstige wesentliche Informationen

Die WGV Gruppe stellt keine Sicherheiten bereit, noch verpfändet oder verkauft sie welche. Dies gilt ebenfalls für Wertpapierleih-/verleihgeschäfte und Annuitäten. Es bestehen keine Rückkaufsvereinbarungen oder umgekehrte Rückkaufsvereinbarungen. Folglich werden diese Anlagen im Bericht nicht weiter thematisiert.

Darüber hinaus gibt es keine anderen wesentlichen Informationen zu dem Risikoprofil der WGV Gruppe.

besteht nicht, da die Gelder auf mehrere Anleger gestreut sind.

Insgesamt übersteigt das Kreditrisiko die Wesentlichkeitsschwelle in Höhe von 5% der gesamten Solvabilitätsanforderung und stellt somit ein wesentliches Risiko dar. Erhöhte Risikokonzentrationen liegen nicht vor. Zur Steuerung des Gegenparteiausfallrisikos finden folgende Risikominderungstechniken Anwendung:

- Methodisch überwacht und bewertet werden die Kreditrisiken in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Quantitativ werden nach den Vorgaben des Risikomodells Risikobeiträge ermittelt und festgestellte Exponierungen werden soweit möglich abgebaut.
- In qualitativer Hinsicht werden die Kreditrisiken mittels Risikokennzahlen, wie Forderungsausfallquoten, Ratings der Rückversicherer überwacht.
- Um die Ausfallrisiken bezüglich Rückversicherer zu mindern, wird grundsätzlich auf eine breite Streuung und Mischung geachtet. Zusätzlich werden die Ratings laufend überwacht. Fällt das Rating unter „A“, wird eine mögliche Umdeckung der Rückversicherungsabgabe überprüft. Weitere risikomindernde Maßnahmen stellen auch die strikte Einhaltung der Annahmerichtlinien dar.
- Ein besonderes Augenmerk gilt den gestellten Sicherheiten. Kreditrisiken aus Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen und Darlehen sind anhand von besonderen Deckungsmassen, Institutsgarantien bzw. auch Gewährträgerhaftungen größtenteils abgesichert. Weitere Kapitalanlagebestände, wie Genussscheine, Schuldscheindarlehen und Unternehmensanleihen sind überwiegend im Investment-Grade-Rating eingestuft. Ebenfalls im Investment-Grade-Rating eingestuft, sind die in Spezialfonds gehaltenen Renten.
- Das noch nicht über das Spreadrisiko abgedeckte Ausfallrisiko von Emittenten bei festverzinslichen Wertpapieren ist durch die Konzentration auf Titel, die ein Investmentgrade-Rating vorweisen und die Überwachung der Einhaltung der vorgegebenen

Schuldnerlimits (bezogen auf die Ratingkategorie) möglichst gering zu halten.

Eine Überwachung der Risikominderungstechniken erfolgt regelmäßig durch das Risikomanagement anhand:

- festgelegter Risikokennzahlen [Key Risk Indicators (KRI)]
- Informationen aus dem monatlichen Risikokomitee bzw. deren Vor- und Nachbereitung
- Informationen zu Risikoveränderungen durch die Risikoverantwortlichen
- Bei einer Verschlechterung der Risikosituation ist entsprechend dem Melde-/ Eskalationsprozess der Vorstand und das Risikomanagement unverzüglich zu informieren, um für wesentliche Risiken zeitnah eine Entscheidung zur Risikobehandlung herbeiführen zu können.

Risikosensitivität: Methoden, Annahmen und Ergebnisse aus Stresstests und Szenarioanalysen

Submodul	Sensitivität	
Typ 1	29,0	o
Typ 2	71,0	++
Ausfall	100,0	

Die einzelnen Submodule im Ausfallrisikomodul werden hinsichtlich ihrer Sensitivität nach Diversifikation auf das Risikokapital des Ausfallrisikos untersucht.

Auf Submodulebene werden die errechneten aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nach dem Kovarianzprinzip auf 100 normiert. Dies veranschaulicht den jeweiligen Risikobeitrag pro Modul. Je weiter dieser Wert gegen Null tendiert, umso besser ist das Risiko innerhalb des Submoduls diversifiziert und weniger sensitiv auf das Risikokapital. Damit lässt sich darstellen, welche Annahmen und damit deren Beitrag zum Risikokapital sich signifikant auf das Gesamtergebnis auswirken und welche nicht.

Hierbei zeigt sich, dass im aktuellen Risikoprofil das Ausfallrisiko Typ 2 den größten Einfluss auf das Ausfallrisikomodul hat. Die erhöhten Geldmarktbestände in den ersten Monaten des Geschäftsjahres führen hier regelmäßig zu einem überproportionalen Anstieg des Risikokapitals, welches im Laufe des Jahres wieder durch das Liquiditätsmanagement abgebaut wird.

Weitergehend wird im Ausfallrisiko das Szenario einer Insolvenz des größten Rückversicherers der WGV Gruppe simuliert. Methodisch wird dies in der Standardformel durchgerechnet. Daraufhin wird der Einfluss auf die Kapitalanforderungen sowie Eigenmittel analysiert.

Ein Ausfall des Rückversicherers hätte vor Diversifikation in der Standardformel folgende Auswirkungen auf die Rückstellungen und die Risikominderung im SCR.

	vt. Rückstellungen T€	Risikominderung T€	Summe Rückversicherer T€
Anteil Rückversicherer	85.101	230.486	315.587

Szenario: Ausfall des Rückversicherers:

Solvenzkapitalanforderung in T€	Ausgangswert	Szenario A	%-Veränderung
BSCR	768.474	943.388	22,8%
SCR Marktrisiko	493.439	492.897	-0,1%
Zinsrisiko	58.347	54.473	-6,6%
SCR Ausfallrisiko	69.414	68.782	-0,9%
Typ 1	25.378	24.657	-2,8%
SCR Non-Life	427.402	644.176	50,7%
Prämien- und Reserverisiko	264.712	275.942	4,2%
Katastrophenrisiko	271.851	514.849	89,4%
Naturkatastrophenrisiko	271.668	514.753	89,5%
Gesamt-SCR	679.551	848.456	24,9%
Eigenmittel	2.278.680	2.187.851	-4,0%
Solvenzquote	335,3%	257,9%	-23,1%

Nach simuliertem Ausfall des Rückversicherers steigen die Risikokapitalanforderungen um 24,9% auf 848.456 T€. Die Eigenmittel reduzieren sich aufgrund der höheren Netto-Best Estimates um 4,0% auf 2.187.851 T€.

Während sich das Zins- und Ausfallrisiko reduziert, steigt vor allem das Naturkatastrophenrisiko sowie das Reserverisiko an.

Ein Ausfall in dieser Dimension ist für das Unternehmen aufgrund seiner Kapitalausstattung von geringfügiger Bedeutung. Sowohl der Anstieg des Risikokapitals als auch der Rückgang der Eigenmittel haben nur einen begrenzten Einfluss auf die aufsichtsrechtliche Solvenzquote, die nach dem Ausfall des Rückversicherers immer noch bei 257,9% steht.

C.4 Liquiditätsrisiko

Dem Liquiditätsrisiko ist durch ausreichende Fungibilität und Diversifikation der Anlagen Rechnung zu tragen. Es wird sichergestellt, dass eventuelle Einschränkungen in der Verfügbarkeit die jeweiligen versicherungsspezifischen Kapitalanlagenziele nicht beeinträchtigen. Die Bewertung, Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos erfolgt rein qualitativ über die Beobachtung und Analyse der Liquiditätsstufen, der Anlagelaufzeiten und der Fälligkeitsstrukturen. Dies erfolgt

regelmäßig durch den entsprechenden Fachbereich. Zusätzlich nimmt die Risikomanagement-Funktion zur Beurteilung der Angemessenheit jährlich und ad hoc eine qualitative Analyse vor.

Für nicht quantifizierbare Risiken wie das Liquiditätsrisiko wird im Risikotragfähigkeits-Konzept ein Risikopuffer berücksichtigt.

Liquiditätsstufen nach Veräußerbarkeit der Kapitalanlagen

Liquiditätsstufe	Marktwert T€	Buchwert T€	Stille Lasten T€	Stille Reserven T€	Anteil
Marktgängig/leicht veräußerbar binnen 14 Tage (1A)	1.386.083	1.354.897	13.025	44.211	38,3%
Marktgängig/leicht veräußerbar 14 Tage bis 1 Monat (1B)	630.201	755.370	132.618	7.450	17,4%
1 Monat bis 6 Monate zu veräußern (2)	105.898	106.041	288	145	2,9%
Grundsätzlich zu veräußern (3)	508.394	475.897	0	32.496	14,0%
nicht oder schwer veräußerbar (4)	989.801	488.977	0	500.824	27,3%
Summe	3.620.377	3.181.182	145.932	585.126	100,0%

Innerhalb von 14 Tagen lassen sich 38,3% der Anlagen leicht veräußern. Darüber hinaus ist bei 17,4% der Anlagen eine leichte Veräußerbarkeit innerhalb von 14 Tagen bis hin zu 1 Monat aufgrund der Marktgängigkeit jederzeit gewährleistet. Des Weiteren übertreffen die erwarteten Beitragseinnahmen im Geschäftsjahr stets die prognostizierten Auszahlungen, was zu einem insgesamt sehr geringen Liquiditätsrisiko in der WGV Gruppe führt.

Insgesamt betrachtet sind Liquiditätsengpässe nicht zu befürchten, da zum einen durch das Laufzeitenmanagement als auch durch unterjährige Beitragseinnahmen jederzeit Liquidität bereitgestellt werden kann. Das Risiko ist für die WGV Gruppe nicht wesentlich.

Nennung des erwarteten Gewinns

Geschäftsbereich	Württembergische Gemeinde- Versicherung a.G. in T€	WGV- Versicherung AG in T€
Heilbehandlungs- kostenversicherung	0	-973
Einkommensersatz- versicherung	-7.612	-15.622
Kraftfahrzeug- Haftpflichtver- sicherung	0	0
sonstige Kraftfahrt- versicherung	0	0
Transport- und Luftfahrtversiche- rung	0	0
Feuer- und Sachversicherung	-80.454	-29.368
Haftpflicht- versicherung	-37.096	-4.251
Rechtsschutz- versicherung	0	-14.719
Beistandsleistungs- versicherung	-831	-333
EPIFP	-125.992	-65.265

Expected profits included in future premiums (Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn).

Bei der WGV-Lebensversicherung AG beträgt der bei künftigen Prämien einkalkulierte Gewinn im Geschäftsjahr 2025 5.714 T€.

In der WGV Gruppe resultiert der bei künftigen Prämien einkalkulierte Gewinn im Wesentlichen aus den Geschäftsbereichen Feuer/Sach, Haftpflicht und Einkommensersatzversicherung. Die Ermittlung des Gewinns erfolgt unter Anwendung der Standardformel und umfasst bei den Sachgesellschaften die negativen Prämienrückstellungen der WGV Gruppe.

Bei der WGV Gruppe beträgt der bei künftigen Prämien einkalkulierte Gewinn im Geschäftsjahr 2025 196.971 T€.

Im Liquiditätsrisiko ergeben sich keine nennenswerten Konzentrationen.

Zur Steuerung des Liquiditätsrisikos finden folgende Risikominderungstechniken Anwendung:

- Durch eine Buy-and-Hold-Philosophie werden zur Minimierung taktischer Risiken bewusst mäßige Liquiditätsrisiken eingegangen. Bei Neuinvestitionen ist auf eine möglichst hohe Marktgängigkeit und eine ausreichende Qualität der Titel zu achten.
- Über eine regelmäßige Liquiditätsplanung wird sichergestellt, dass jederzeit der betriebsnotwendige Betrag an liquiden Anlagen zur Verfügung steht, um die erforderlichen Auszahlungen leisten zu können. In der WGV Gruppe werden daher die im Januar erhaltenen Prämieinnahmen überwiegend in kurzfristige Festgelder, Geldmarktkonten und Geldmarktfonds angelegt.
- Im Rahmen des Risikokomitees wird eine monatliche Liquiditätsübersicht erstellt, welche die Liquiditätssteuerung gewährleistet und den Vorstand regelmäßig über das aktuelle Risiko in Kenntnis setzt.

Eine Überwachung der Risikominderungstechniken erfolgt regelmäßig durch das Risikomanagement anhand:

- festgelegter Risikokennzahlen [Key Risk Indicators (KRI)]
- Informationen aus dem monatlichen Risikokomitee bzw. deren Vor- und Nachbereitung
- Informationen zu Risikoveränderungen durch die Risikoverantwortlichen
- Bei einer Verschlechterung der Risikosituation ist entsprechend dem Melde-/ Eskalationsprozess der Vorstand und das Risikomanagement unverzüglich zu informieren, um für wesentliche Risiken zeitnah eine Entscheidung zur Risikobehandlung herbeiführen zu können.

Risikosensitivität: Methoden, Annahmen und Ergebnisse aus Stresstests und Szenarioanalysen

Über die unter den angewandten Risikominderungen beschriebenen Vorgehensweisen hinaus werden keine weiteren Stresstests und Szenarioanalysen durchgeführt.

C.5 Operationelles Risiko

Die operationellen Risiken umfassen alle Risiken, die durch menschliches Fehlverhalten, Ausfall bzw. Störung von Prozessen und Systemen (IT-Risiken) und externe Ereignisse entstehen können sowie die Risiken aus der Nichteinhaltung rechtlicher Vorgaben. Auswirkungen auf die Reputation werden ebenfalls berücksichtigt. Zu den operationellen Risiken zählen daher beispielsweise Bearbeitungsfehler der Mitarbeitenden, der Ausfall von Betriebsmitteln oder Betrug durch externe Personen. Zu den IT-Risiken gehören neben dem Ausfall von IT-Betriebsmitteln für Endanwender, dem Ausfall zentraler IT-Systeme oder dem Ausfall von Netzwerken mittlerweile auch Cyber-Angriffe, die finanzielle Verluste oder auch eine Betriebsunterbrechung zur Folge haben können. Diese werden dem Angriffszweck entsprechend kategorisiert und unterteilen sich wie folgt:

- Angriffe auf die Vertraulichkeit beispielsweise durch das Abhören eines Funknetzes oder die Wiederherstellung gelöschter Informationen.
- Angriffe auf die Integrität beispielsweise durch die Manipulation von Informationen, Software oder Schnittstellen.
- Angriffe auf die Verfügbarkeit beispielsweise durch die Sabotage von Informationen der IT-Diensten (u. a. Denial-of-Service-Angriffe).
- Angriffe auf die Authentizität beispielsweise durch das Vortäuschen eines falschen Absenders (u. a. Phishing-Mails).

Seit dem 17. Januar 2025 gelten für das Unternehmen die Anforderungen der Verordnung (EU) 2022/2554 (Digital Operational Resilience Act – DORA). Die durch DORA festgelegten Vorgaben für IKT-Risikomanagement, Cyberresilienz, IKT-Vorfallmanagement sowie das Management von IKT-Drittparteien wurden in das bestehende operationelle Risikomanagement integriert. Hierzu gehören insbesondere die strukturierten Prozesse zur Identifikation, Bewertung und Überwachung von IKT-Risiken, die Umsetzung der Anforderungen an Business Continuity und Notfallmanagement, sowie die Führung des DORA-Informationsregisters. Die Melde- und Dokumentationspflichten für IKT-bezogene Vorfälle wurden in die internen Abläufe implementiert. Durch diese Maßnahmen erfüllt das Unternehmen die neuen regulatorischen Anforderungen und stärkt die digitale Resilienz nachhaltig.

Die operationellen Risiken sind in das interne Kontrollsystem des Unternehmens integriert, werden quantifiziert sowie qualitativ beurteilt und fließen in die Unternehmenssteuerung ein. Als risikobewusstes Versicherungsunternehmen sind Prozesse und Systeme zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der operationellen Risiken implementiert, die kontinuierlich weiterentwickelt werden – hinsichtlich der Cyber-Risiken gilt es zusätzlich die sogenannten „Kronjuwelen“ unter den Assets zu identifizieren und diese ihrem jeweiligen Schutzbedarf entsprechend wirkungsvoll zu schützen.

Unter Berücksichtigung der versicherungstechnischen Prämien und Rückstellungen wird das Risikokapital für das operationelle Risiko des Unternehmens im Zuge der Standardformel über einen einfachen faktorbasierenden Ansatz ermittelt. Ausschlaggebend für die Risikokapitalermittlung sind die verdienten Prämien.

Für eine vollumfängliche und transparente Darstellung der gegenwärtigen Risikosituation führt das Unternehmen regelmäßige Analysen der unternehmensindividuellen operationellen Risiken im Rahmen des internen Kontrollsystems durch. Die daraus resultierenden Ergebnisse werden anschließend quantifiziert und den Ergebnissen der Standardformel gegenübergestellt.

Risiken, die der Risikoklasse 1 angehören sind unwesentliche Risiken, die keinen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens aufweisen. Bei deren Eintritt kann lediglich der Geschäftsbetrieb in geringer Weise gestört werden.

Bei den Risiken der Risikoklasse 2 hingegen handelt es sich um wesentliche Risiken, die sich negativ auf die

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können und/oder bei deren Eintritt der Geschäftsbetrieb spürbar gestört wird. Alle Risiken der Risikoklasse 2 werden mit Steuerungskennzahlen versehen und kontinuierlich überwacht.

Die Risikoklasse 3 umfasst Risiken, die sich bestandsgefährdend auswirken können. Sie unterliegen einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit und einer hohen Schadenshöhe.

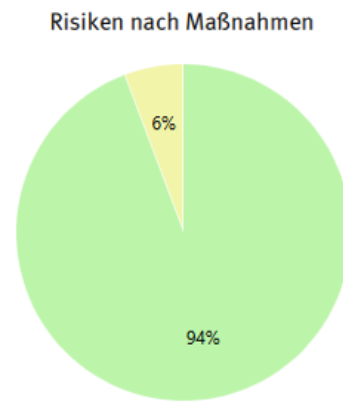
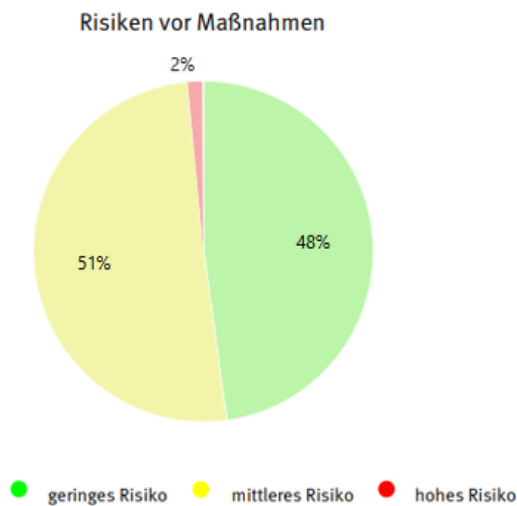
Insgesamt wurden aktuell 814 operationelle Risiken auf Konzernebene identifiziert. Nach Berücksichtigung der im Unternehmen eingesetzten Risikominderungsmaßnahmen sind davon 709 Risiken der Risikoklasse 1 und 105 Risiken der Risikoklasse 2 zugeordnet. Im Einzelnen ist ein Anstieg der IT-Risiken in der Risikokategorie externe dolose Handlungen zu beobachten, welche überwiegend auf die Identifikation und Bewertung von Cyber-Risiken wie Datendiebstahl, Manipulation von Hard- und Software, Ausspähen von Informationen, Spionage oder Schadprogramme zurückzuführen ist. Die nachstehende Tabelle veranschaulicht die Verteilung der Risiken nach Maßnahmen je Risikokategorie.

Risikoklasse	Operationelle Risiken	Anzahl Risiken
RK 1	Summe	709
	Externe dolose Handlungen	35
	Arbeitsablauf	30
	Infrastruktur	16
	Compliance	16
	Naturgewalten	6
	Information und Daten	0
	Datenschutz	1
	Interne dolose Handlungen	0
	Ausfall Dritter	1
RK 2	Summe	105

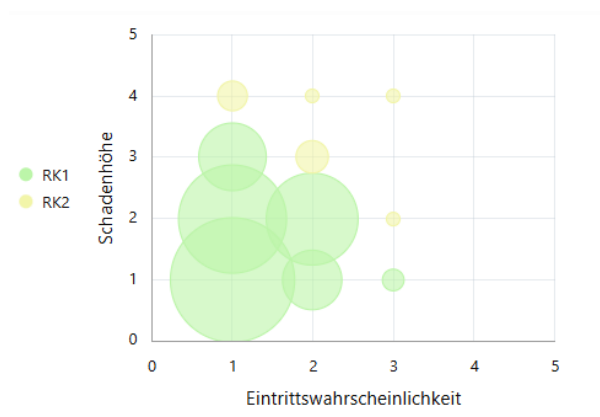
An der Gesamtheit aller operationellen Risiken haben die IT-Risiken einen Anteil von 38,3%. Im Folgenden werden die IT-Risiken separiert von den operationellen Risiken betrachtet.

Die operationellen Risiken ohne IT-Risiken verteilen sich vor Maßnahmen auf 1,6% im bestandsgefährdenden Bereich, 50,6% im wesentlichen Bereich und 47,8% in der Risikokategorie 1.

Nach den Maßnahmen liegen 94,2% der Risiken in der Risikokategorie 1. Somit bleiben 5,8% der Risiken im wesentlichen Bereich.

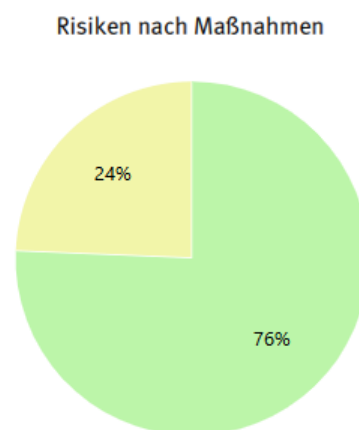
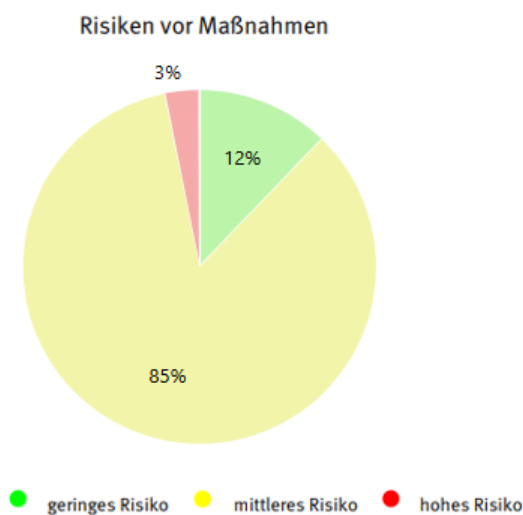


Risikolandkarte (Netto-Risikobeurteilung)



Die IT-Risiken verteilen sich vor Maßnahmen auf 3% im bestandsgefährdenden Bereich, 84,6% im wesentlichen Bereich und 12,2% in der Risikokategorie 1.

Nach den Maßnahmen liegen 75,6% der Risiken in der Risikokategorie 1. Somit bleiben 24,4% der Risiken im wesentlichen Bereich.



Im Vergleich zum Vorjahr lässt sich keine wesentliche Änderung bei den operationellen Risiken feststellen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist lediglich auf die turnusmäßige (Neu-) Bewertung der operationellen Risiken zurückzuführen und bewegt sich weiterhin unter der Wesentlichkeitsschwelle des Unternehmens. Eine Risikokonzentration liegt nicht vor.

Unter Berücksichtigung der versicherungstechnischen Prämien und Rückstellungen wird das Risikokapital für das operationelle Risiko im Zuge der Standardformel über einen einfachen faktorbasierenden Ansatz ermittelt. Das Risikokapital beträgt für das aktuelle Geschäftsjahr 34.500 T€.

Zur Steuerung des operationellen Risikos finden folgende Risikominderungstechniken Anwendung:

Operationelle Risiken	Einsatz von Risikominderungstechniken
Operationelle Risiken Risiken der Risikoklasse 2	Regelmäßige Überwachung durch die Abt. Risikomanagement. Kontinuierliche Optimierung der Prozesse und Risikominderungsmaßnahmen.
Externe/interne dolose Handlungen	<ul style="list-style-type: none"> • Betrugserkennungssoftware • Stichprobenprüfung • Plausibilitätsprüfungen • Virenschutz • Perimeterschutz
Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> • Back Up • Zonenkonzept • Wartungen
Arbeitsablauf	<ul style="list-style-type: none"> • Stichprobenprüfung • Vier-Augen-Prinzip • Vollmachtenregelungen • Automatisierte Tests • Plausibilitätsprüfungen
Compliance	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstandsgenehmigungen • Hinweisgebersystem • Verhaltensleitlinien
Naturgewalten	<ul style="list-style-type: none"> • Brandschutz • Notstromaggregate
Information und Daten	<ul style="list-style-type: none"> • Enterprise Storage • Back Up • Arbeitsrichtlinien • Schulungen • Zugriffsberechtigungen
Datenschutz	<ul style="list-style-type: none"> • Richtlinien • Schulungen • Vertraulichkeitsvereinbarungen
Ausfall Dritter	<ul style="list-style-type: none"> • Risikoanalyse

Durch die Setzung verbindlicher Qualitätsstandards mit Fokus auf die operationellen Risiken sollen mögliche Negativfolgen reduziert und der wirtschaftliche Fortbestand des Unternehmens jederzeit garantiert werden. Das interne Kontrollsystem inklusive der Prozesse, Systeme und Maßnahmen zur Risikosteuerung ist geeignet, die operationellen Risiken zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf ein angemessenes Niveau zu reduzieren.

Zur Gewährleistung der dauerhaften Wirksamkeit der Risikominderungstechniken werden diese hinsichtlich Angemessenheit und Wirksamkeit von den Fachbereichen stetig geprüft. Die Überprüfung in ihrer Art und Umfang ist an die jeweilige Technik angepasst. Die Interne Revision prüft im Rahmen ihrer Prüfungstätigkeit ebenfalls die Wirksamkeit der Risikominderungstechniken.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Reputationsrisiken

Reputationsrisiken werden im Standardmodell nicht berücksichtigt. Eine Risikobeurteilung erfolgt ausschließlich in qualitativer Hinsicht.

Die Herausforderung des Managements von Reputationsrisiken liegt darin, dass ein Reputationsverlust sowohl durch ein originäres Reputationsrisiko als auch erst als Folge von Verlustereignissen in anderen Risikoarten eintreten kann. In beiden Fällen können sich die Auswirkungen des Reputationsverlustes sowohl als finanzielle Verluste in anderen Risikoarten als auch in Form von materiellen Reputationsschäden (z. B. erhöhte Refinanzierungskosten, Umsatzverluste etc.) äußern.

Die Identifikation und Bewertung von Reputationsrisiken erfolgt durch die Risikoverantwortlichen in Unterstützung durch das Risikomanagement mittels eines standardisierten Risikobeurteilungsbogens mit anschließender Dokumentation und Überwachung im internen Kontrollsystem.

Auf diese Weise werden die Wettbewerbsfähigkeit und die Servicequalität der angebotenen Produkte aus Kundensicht sowie das Image und das öffentliche Bild des Unternehmens beurteilt. Bei konkreten Reputationsfragen erfolgt die Beurteilung der einzelnen Geschäftsvorfälle gemeinsam im Risikokomitee.

Für eine vollumfassende Bewertung des Risikos wird die Reputation der WGV Gruppe laufend beobachtet.

Für nicht quantifizierbare Risiken wie das Reputationsrisiko wird im Risikotragfähigkeits-Konzept ein Risikopuffer berücksichtigt.

Grundsätzlich können sich Reputationsrisiken in der WGV Gruppe in Form von negativen Publikationen, schlechten öffentlichen Ratingergebnissen, ungünstiger Preis-/Leistungswahrnehmung durch Kunden und unzureichender Servicequalität realisieren. Diese Risiken werden jedoch durch den Einsatz einer Vielzahl von Risikominderungstechniken proaktiv begrenzt und aktiv gemanagt, sodass zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine wesentlichen Reputationsrisiken in der WGV Gruppe bestehen.

Zur Steuerung des Reputationsrisikos finden folgende Risikominderungstechniken Anwendung:

- Pressemeldungen und sonstige Veröffentlichungen zur WGV Gruppe sowie zur Versicherungsbranche werden laufend analysiert. Zur Sicherstellung eines einwandfreien Verhaltens sowie professionellen Umgangs mit Kunden und der Öffentlichkeit, besteht eine umfangreiche Compliance Richtlinie, an die jeder Mitarbeiter gebunden ist. Darüber hinaus erfolgt eine frühzeitige Meldung kritischer Informationen an den Vorstand.

- Zur Überwachung und Eindämmung des Reputationsrisikos werden die einzelnen Risiken im Rahmen des IKS erfasst.

Strategische Risiken

Strategische Risiken sind Risiken, die sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen ergeben. Dies kann aus irrtümlichen strategischen Grundsatzentscheidungen, einer inkonsequenten Strategieumsetzung oder der Unterlassung einer Strategieanpassung an geänderte Rahmenbedingungen resultieren. Zudem kann sich ein strategisches Risiko auch als Ansteckungsrisiko auf andere Gesellschaften der Versicherungsgruppe ausweiten. Es ist daher notwendig, bei strategischen Entscheidungen auf Einzelunternehmensebene stets auch den Gruppenaspekt zu berücksichtigen. Strategische Risiken sind nicht in der Standardformel berücksichtigt. Diese sind eher schwer über quantitative Ansätze zu ermitteln, da im Wesentlichen Annahmen über die zukünftigen Geschäftstätigkeiten getroffen werden müssen. Die strategischen Risiken beeinflussen eher den Franchise Value als die Eigenmittel nach Solvency II respektive das Eigenkapital nach HGB. Das Risikomanagement fokussiert sich daher bei seiner Risikobeurteilung auf qualitative Verfahren und Kontrollen.

Strategische Ziele

Wachstum

Innerhalb der Gruppe liegt das Wachstum der WGV-Versicherung AG weit über dem durchschnittlichen Wachstum der Branche. Bei der WGV-Lebensversicherung AG und der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. hingegen liegt das Wachstum jeweils unterhalb der Branche. Hintergrund sind die satzungsgemäße Beschränkung des Geschäftsgebiets auf das frühere Land Württemberg mit Hohenzollern und die Beschränkung des Personenkreises auf den öffentlichen Dienst. Zudem wird seit 2017 das Neu- und Ersatzgeschäft in der privaten Sach-, Haftpflicht- und Unfallversicherung ausschließlich von der WGV-Versicherung AG gezeichnet. Diese Begrenzungen erschweren langfristig - trotz der Implementierung neuer Produkte und Tarife - das Wachstum des Unternehmens. Auf Gruppenebene wird dieser Effekt jedoch durch das deutschlandweite Geschäftsgebiet der WGV-Versicherung AG kompensiert.

Bei der WGV-Lebensversicherung AG gab es im Einmalbeitragsgeschäft zwar ein starkes Wachstum, das jedoch den Beitragsrückgang aufgrund von Vertragsabläufen nicht vollständig kompensieren konnte. Der Rückgang in der bestandsseitigen Entwicklung nach

Verträgen ergibt sich aus einem geringeren Neugeschäft bei den Kapitalversicherungen und einem im Vergleich zum Vorjahr gleichbleibenden Niveau bei den Risikoversicherungen.

Ertrag

Die Sologesellschaften der WGV Gruppe haben insgesamt ein zufriedenstellendes versicherungstechnisches Ergebnis erzielt. Auch die Kostenquoten der Sologesellschaften, vor allem auch die Abschlusskosten- und Verwaltungskostensätze bei der WGV-Lebensversicherung AG bewegen sich seit Jahren auf einem sehr niedrigen Niveau. Diese Entwicklungen werden auch für die Zukunft erwartet.

Mitarbeiter

Ziel der WGV Gruppe ist eine hohe Zufriedenheit der Mitarbeiter, die sich letztendlich in einer niedrigen Fluktuationsquote widerspiegelt. Attraktive Vergütungen, eine offene Unternehmenskultur, individuelle Fort- und Weiterbildungsangebote, flexible Arbeitszeitmodelle im Rahmen von Homeoffice-Angeboten sowie ein breites Spektrum an unterschiedlichen und interessanten Aufgabenbereichen tragen maßgeblich zur Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber bei.

Kunden/Mitglieder

Die Kennzahlen zur Ermittlung der Kundenzufriedenheit weisen keine Auffälligkeiten auf. Das Beschwerdeaufkommen befindet sich weiterhin auf einem niedrigen Niveau mit geringen Beschwerdequoten. Ziele im Kundenservice und in der Kundenberatung sind es ein überdurchschnittliches Qualitätsniveau weiterhin zu halten.

Die strategischen Risiken werden gemäß unserer interner Risikobewertung als wesentlich betrachtet. Erhöhte Risikokonzentrationen liegen nicht vor.

Zur Steuerung des strategischen Risikos finden folgende Risikominderungs- und Risikoprüfungstechniken Anwendung:

Das dynamische Marktumfeld von Versicherungsunternehmen erfordert auch in strategischer Hinsicht einen hohen Grad an Sensibilität und Flexibilität. Eine risikoorientierte Prüfung und regelmäßige Überarbeitung der Geschäfts- und Risikostrategie stellt die laufende Berücksichtigung strategisch bedeutender Veränderungen im Unternehmensumfeld sicher. Um im Falle negativer Entwicklungen frühzeitig Gegenmaßnahmen einleiten zu können, erfolgt ein regelmäßiger Austausch innerhalb des Vorstands.

C.7 Sonstige Angaben

Sonstige wesentliche Informationen

Über die Risikokonzentrationen der Sologesellschaften hinaus existieren keine weiteren Risikokonzentrationen auf Gruppenebene. Außerbilanzielle Positionen sowie eine Risikoübertragung auf Zweckgesellschaften liegen sowohl in den Sologesellschaften als auch auf Gruppenebene nicht vor. Für das Berichtsjahr 2025 liegen darüber hinaus keine sonstigen wesentlichen Informationen vor.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

D.1 Vermögenswerte

Die Vermögenswerte der Gruppe setzen sich wie folgt zusammen:

Aktiva	Solvabilität-II-Wert	Bewertung im gesetzlichen Abschluss	Bewertungsunterschied
	T€	T€	T€
Immaterielle Vermögenswerte	0	1.537	-1.537
Latente Steueransprüche	0	0	0
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	162.501	88.275	74.226
Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)	3.472.747	3.426.644	46.103
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	35.147	16.715	18.432
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	198.757	165.086	33.672
Aktien	426	459	-32
Aktien - notiert	0	0	0
Aktien - nicht notiert	426	459	-32
Anleihen	1.313.033	1.436.367	-123.334
Staatsanleihen	123.664	142.276	-18.612
Unternehmensanleihen	1.059.824	1.156.958	-97.134
Strukturierte Schuldtitel	16.560	25.000	-8.440
Besicherte Wertpapiere	112.985	112.132	853
Organismen für gemeinsame Anlagen	1.874.997	1.757.687	117.310
Derivate	0	0	0
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	50.386	50.330	55
Sonstige Anlagen	0	0	0
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	3.055	3.055	0
Darlehen und Hypotheken	77	77	0
Policendarlehen	77	77	0
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	0	0	0
Sonstige Darlehen und Hypotheken	0	0	0
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	125.383	373.598	-248.215
Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	70.357	298.549	-228.192
Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen	72.975	298.549	-225.574
Nach Art der Nichtlebensversicherung betriebene Krankenversicherungen	-2.618	0	-2.618
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebene Krankenversicherungen	55.026	75.049	-20.023
Nach Art der Lebensversicherung betriebene Krankenversicherungen	223	1.880	-1.657
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und index- und fondsgebundene Versicherungen	54.803	73.169	-18.366
Depotforderungen	0	0	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	3.770	5.228	-1.458
Forderungen gegenüber Rückversicherern	31.237	31.237	0
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	21.840	21.840	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	14.531	14.531	0
Sonstige nicht an andere Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	5.973	25.548	-19.575
Vermögenswerte insgesamt	3.841.112	3.991.569	-150.456

Bewertung der Vermögenswerte für Solvabilitätszwecke und Erläuterung der wesentlichen Unterschiede zu den Bewertungsmethoden im Jahresabschluss (HGB)

In der Solvabilitätsübersicht werden die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nach den Rechtsgrundlagen des Aufsichtsrechts (Solvency II) bewertet. Bei der Anwendung findet der Grundsatz der Materialität (Wesentlichkeit) Anwendung. Die lokale Finanzberichterstattung erfolgt nach den Vorschriften des HGB und der RechVersV.

Nachfolgend werden die Bewertungsmethoden unter Solvency II und deren qualitative und quantitative

Unterschiede zur handelsrechtlichen Bewertung erläutert.

Nach den Rechtsgrundlagen von Solvency II wird grundsätzlich eine marktkonsistente Bewertung aller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten vorgenommen. Zur Ermittlung der Marktpreise wird die unter Solvency II vorgesehene dreistufige Bewertungshierarchie angewendet. Die Stufen unterscheiden sich danach, ob die Bewertung aufgrund öffentlich zugänglicher Marktpreise vorgenommen werden kann oder ob bei fehlenden Markttransaktionen alternative Bewertungsmethoden (Modellbewertungen) angewendet werden.

Nachfolgend werden die drei Stufen der Bewertungshierarchie definiert:

Stufe 1: Notierte Marktpreise an aktiven Märkten

In Stufe 1 werden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten prinzipiell zu den Marktpreisen bewertet, welche an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte vorhanden sind.

Stufe 2: Notierte Marktpreise für ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten

Sofern die Kriterien in Stufe 1 nicht erfüllt sind, werden in Stufe 2 die Marktpreise für ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten an notierten Märkten herangezogen. Hierbei sind ggf. entsprechende Berichtigungen für preisrelevante Unterschiede zwischen dem Bewertungs- und Vergleichswert vorzunehmen.

Stufe 3: Alternative Bewertungsmethoden

Sofern keine Marktpreise an aktiven Märkten für identische oder ähnliche Vermögenswerte vorhanden sind, werden alternative Bewertungsmethoden zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte herangezogen. Dabei werden so wenig wie möglich unternehmensspezifische Inputfaktoren und soweit wie möglich relevante beobachtbare Marktdaten verwendet. Alternative Bewertungsmethoden stehen im Einklang mit einem oder mehreren der folgenden Ansätze:

- Marktansatz
- Einkommensbasierter Ansatz (Barwerttechniken, Optionspreismodelle, Residualwertmethode)
- Kostenbasierter oder auf den aktuellen Wiederbeschaffungskosten basierender Ansatz

Die Unterschiede zwischen der nach dem Vorsichtsprinzip geprägten Bilanzierung nach den Vorschriften des HGB und der RechVersV und der Bewertung unter Solvency II begründen sich demnach i. d. R. aus den unterschiedlichen, sich ändernden preisbestimmenden Faktoren, die sich auf die Vermögenswerte auswirken und der Buchwertbetrachtung im HGB-Jahresabschluss.

Nachfolgend wird die Bewertungsmethodik unter Solvency II je Klasse von Vermögenswerten qualitativ beschrieben und der handelsrechtlichen Bilanzierung nach HGB gegenübergestellt. Die wesentlichen Unterschiede der beiden Bewertungsmethoden werden erläutert. In der Tabelle in Kapitel D.1 sind die Unterschiede quantitativ dargestellt.

Immaterielle Vermögenswerte

Die Voraussetzungen für einen Wertansatz unter Solvency II, dass diese unter Vorhandensein eines aktiven Marktes für identische oder ähnliche immaterielle Vermögenswerte bewertet werden können, lagen nicht vor.

Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf

Die in dieser Position enthaltenen Immobilien werden unter Solvency II mit den nach dem Ertragswertverfahren ermittelten Zeitwerten bewertet. Die Zeitwerte der unbebauten Grundstücke werden nach dem Sachwertverfahren und die im Bau befindlichen Gebäude mit den Herstellungskosten angesetzt (siehe Kapitel D.4).

Im HGB-Jahresabschluss werden diese mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung der planmäßigen Abschreibungen bewertet.

Der Bewertungsunterschied resultiert aus den unter HGB erfolgten planmäßigen Abschreibungen des Buchwertes auf die Gebäude und durch die Berücksichtigung des Zeitwertes der Immobilien unter Solvency II (siehe Tabelle D.1).

Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Die in dieser Position enthaltenen Immobilien werden unter Solvency II mit den nach dem Ertragswertverfahren ermittelten Zeitwerten bewertet. Die Zeitwerte der unbebauten Grundstücke werden nach dem Sachwertverfahren und die im Bau befindlichen Gebäude mit den Herstellungskosten angesetzt. (siehe Kapitel D.4).

Im HGB-Jahresabschluss werden diese mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung der planmäßigen Abschreibungen bewertet.

Der Bewertungsunterschied resultiert aus den unter HGB erfolgten planmäßigen Abschreibungen des Buchwertes auf die Gebäude und durch die Berücksichtigung des Zeitwertes der Immobilien unter Solvency II (siehe Tabelle D.1).

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Die verbundenen Unternehmen innerhalb der WGV Gruppe werden bei der Aufstellung der Vermögenswerte in der Solvabilitätsübersicht voll konsolidiert.

Bei der Bewertung für Solvabilitätszwecke werden die sonstigen Beteiligungen mit dem Net Asset Value (NAV) bewertet. Dieser Wert ergibt sich aus der Summe aller bewerteten zugrundeliegenden Vermögensgegenstände abzüglich der Verbindlichkeiten am Bilanzstichtag. Für einen geringen Anteil an sonstigen Beteiligungen werden aus Materialitätsgründen die Zeitwerte analog dem handelsrechtlichen Wertansatz übernommen. Für eine Beteiligung wird der Zeitwert mittels eines Ertragswertmodells ermittelt.

Im HGB-Jahresabschluss werden die Beteiligungen mit den Anschaffungskosten (einschließlich Anschaffungsnebenkosten) bewertet.

Der Bewertungsunterschied resultiert im Wesentlichen durch die Anwendung der Ertragswertmethode für eine Beteiligung unter Solvency II und der Bewertung zu Anschaffungskosten im HGB-Jahresabschluss.

Aktien

Es befinden sich keine Aktien im Direktbestand der Gruppe.

Anleihen

Bei der Bewertung von Anleihen unter Solvency II wird für börsennotierte Anleihen der Börsenjahresschlusskurs unter Berücksichtigung der abgegrenzten Stückzinsen als Zeitwert verwendet. Für nicht börsennotierte Anleihen werden die Zeitwerte mittels finanzmathematischer Bewertungsmodelle auf Grundlage des Discounted-Cash-Flow-Verfahrens ermittelt. Als Inputparameter dienen beobachtbare Marktdaten (u. a. risikoloser Zins, Spreads, Volatilitäten). Die Diskontierung erfolgt risiko-

und laufzeitadäquat mittels Swapkurven zuzüglich risikoabhängiger Spreads.

Bei der handelsrechtlichen Bewertung im HGB-Jahresabschluss werden Anleihen mit den fortgeführten Anschaffungskosten (Anlagevermögen) bzw. abzüglich evtl. Abschreibung im Falle von dauerhafter Wertminderung (Umlaufvermögen) berücksichtigt.

Der Unterschied ergibt sich durch die Berücksichtigung von Zeitwerten zzgl. Stückzinsen in Solvency II ggü. den Buchwerten bzw. fortgeführten Anschaffungskosten im HGB-Jahresabschluss.

Die unter Solvency II in den ermittelten Zeitwerten der Anleihen enthaltenen Stückzinsen werden im HGB-Jahresabschluss in der Position „Sonstige, nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte“ ausgewiesen.

Organismen für gemeinsame Anlagen

Organismen für gemeinsame Anlagen (Investmentfonds) werden unter Solvency II mit dem Börsenjahresschlusskurs (sofern börsennotiert) bzw. mit dem von der Kapitalverwaltungsgesellschaft mitgeteilten Zeitwert je Anteil (Net Asset Value, NAV) bewertet (Spezialfonds). Dieser Wert ergibt sich aus der Summe aller zugrundeliegenden Vermögensgegenstände abzüglich der Verbindlichkeiten am Bilanzstichtag (Net Asset Value, NAV).

Im HGB-Jahresabschluss werden Organismen für gemeinsame Anlagen im Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bzw. im Umlaufvermögen mit dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Die Buchwerte werden bei dauerhafter Wertminderung abgeschrieben.

Die Bewertungsunterschiede ergeben sich dadurch, dass zur Bewertung für Solvabilitätszwecke der Börsenjahresschlusskurs bzw. der Net Asset Value (NAV) berücksichtigt wird, während im HGB-Jahresabschluss die Buchwerte unter Berücksichtigung des strengen bzw. gemilderten Niederstwertprinzips verwendet werden.

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente

Unter Solvency II werden die Zeitwerte der Einlagen (Festgelder) mittels finanzmathematischer Bewertungsmodelle auf Grundlage des Discounted-Cash-Flow-Verfahrens ermittelt. Geldmarktanlagen werden mit den Nominalbeträgen bewertet.

Im HGB-Jahresabschluss werden diese mit den Nominalbeträgen bewertet.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Die Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen entsprechen den Anteilen der Rückversicherung an den versicherungstechnischen Rückstellungen. Die Zusammensetzung und Erläuterung werden bei den versicherungstechnischen Rückstellungen in Kapitel D.2 ausgewiesen. In den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherung sind keine Beträge aus Finanzrückversicherung oder von Zweckgesellschaften enthalten.

Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

Diese Position enthält Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungen. Es handelt sich bei den Vermögenswerten um Organismen für gemeinsame Anlagen, welche unter Solvency II und im HGB-Jahresabschluss mit den Börsenjahresschlusskursen bewertet werden.

Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen

Der Bestand an Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen umfasst Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine. Als Sicherheit dienen die Ansprüche aus den zugrunde liegenden Versicherungsscheinen. Nachdem eine Bewertung dieser Vermögenswerte nach den Internationalen Rechnungslegungsstandards für das Unternehmen mit Kosten verbunden ist, die gemessen an den Verwaltungsaufwendungen insgesamt unverhältnismäßig wären, werden die Zeitwerte unter Solvency II analog dem handelsrechtlichen Wertansatz übernommen. Die Bewertung erfolgt sowohl unter Solvency II als auch im HGB-Jahresabschluss zu den Anschaffungskosten abzüglich der Tilgung.

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Die Forderungen gegenüber Vermittlern werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt, der dem Erfüllungsbetrag entspricht. Langfristige Forderungen, mit einer Laufzeit über einem Jahr, existierten nicht, sodass eine Diskontierung nicht erforderlich ist. Folglich ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Die Forderungen gegenüber Rückversicherern werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt, der dem Erfüllungsbetrag entspricht. Langfristige Forderungen, mit einer Laufzeit über einem Jahr, existierten nicht, sodass eine Diskontierung nicht erforderlich ist. Folglich ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Die Forderungen (Handel, nicht Versicherung) werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt, der dem Erfüllungsbetrag entspricht. Langfristige Forderungen, mit einer Laufzeit über einem Jahr, existierten nicht, sodass eine Diskontierung nicht erforderlich ist. Folglich ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

In dieser Position werden laufende Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt zum Zeitwert, der dem handelsrechtlichen Wertansatz zum Nennwerten entspricht.

Sonstige, nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Unter Solvency II besteht diese Position aus den übrigen Aktivwerten (Rechnungsabgrenzungspositionen, sonstige Forderungen) und wird mit den Nominalwerten angesetzt.

Im HGB-Jahresabschluss sind in dieser Position zusätzlich noch die für Anleihen abzugrenzenden Stückzinsen enthalten.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen setzen sich aus dem besten Schätzwert der versicherungstechnischen Verpflichtungen und der Risikomarge zusammen:

Passiva	Solvabilität-II-Wert	Bewertung im gesetzlichen Abschluss	Bewertungsunterschied
	T€	T€	T€
Versicherungstechnische Rückstellungen - Nichtlebensversicherung	656.329	1.393.129	-736.800
Versicherungstechnische Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	663.557	1.362.348	-698.792
Bester Schätzwert	571.374	0	571.374
Risikomarge	92.183	0	92.183
Versicherungstechnische Rückstellungen - Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	-7.227	30.781	-38.008
Bester Schätzwert	-9.624	0	-9.624
Risikomarge	2.397	0	2.397
Versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung (außer index- und fondsgebundene Versicherungen)	529.991	689.566	-159.575
Versicherungstechnische Rückstellungen - Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	5.236	17.003	-11.767
Bester Schätzwert	2.020	0	2.020
Risikomarge	3.216	0	3.216
Versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und index- und fondsgebundene Versicherungen)	524.755	672.563	-147.808
Bester Schätzwert	519.502	0	519.502
Risikomarge	5.254	0	5.254
Versicherungstechnische Rückstellungen - index- und fondsgebundene Versicherungen	3.172	3.055	117
Bester Schätzwert	3.045	0	3.045
Risikomarge	127	0	127
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	0	293.516	-293.516
Versicherungstechnische Rückstellungen insgesamt	1.189.492	2.379.266	-1.189.774

Versicherungstechnische Rückstellungen unter Solvency II im Vergleich zu HGB

Nachfolgend werden die besten Schätzwerte der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II den korrespondierenden HGB-Rückstellungen zugeordnet. Die besten Schätzwerte der Schadenrückstellung entsprechen den HGB-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle. Die HGB-Schwankungsrückstellung der Kompositversicherer geht nicht in den Vergleich ein, da diese für den besten Schätzwert nach Solvency II keine Relevanz besitzt.

Der beste Schätzwert der Prämien- und Schadenrückstellung bei den Schaden-/ Unfallversicherern setzt sich wie folgt nach Geschäftszweigen zusammen und sind den HGB-Rückstellungen gegenübergestellt:

Geschäftsbereich	Best Estimate Prämienrückstellung brutto	Best Estimate Schadenrückstellung brutto	Risikomarge	HGB-Rückstellung brutto
	T€	T€	T€	T€
Krankheitskostenversicherung	-973	865	109	1.843
Einkommensersatzversicherung	-23.234	13.718	2.288	32.635
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	20.375	303.808	35.487	678.906
Sonstige Kraftfahrtversicherung	5.085	72.002	12.196	84.356
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	0	0	0	0
Feuer- und andere Sachversicherung	-109.822	107.352	18.383	232.094
Allgemeine Haftpflichtversicherung	-41.347	145.366	21.668	255.381
Rechtsschutzversicherung	-14.719	83.487	4.330	100.201
Beistand	-1.163	949	120	2.033
Vt. Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	-165.797	727.547	94.579	1.387.449
Renten aus Nichtleben-Verträgen - Kranken	0	12.193	659	17.003
Renten aus Nichtleben-Verträgen Leben	0	78.802	837	98.890
Vt. Rückstellungen - Lebensversicherung	0	90.995	1.496	115.893
Vt. Rückstellungen - Summe	-165.797	818.543	96.075	1.503.342

Ein Großteil des besten Schätzwerts der Lebensversicherung entfällt auf die WGV-Lebensversicherung AG. Diese enthalten Rückstellungen in den Geschäftsbereichen „Versicherungen mit Überschussbeteiligung“, „Indexgebundene und fondsgebundene Versicherung“

und „Gesundheit nach Art der Leben“. Der beste Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen in der WGV-Lebensversicherung AG ist im Folgenden den HGB-Rückstellungen gegenübergestellt:

Geschäftsbereich	Solvabilität-II-Wert Best Estimate Brutto	Risikomarge	HGB-Rückstellungen Brutto
	T€	T€	T€
Versicherung mit Überschussbeteiligung	440.699	4.417	573.673
Indexgebundene und fondsgebundene Versicherung	3.045	127	3.055
Gesundheit nach Art der Leben	-10.173	2.557	0

Bei den nachfolgend dargestellten einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen ist der erwartete Ausfall der Gegenpartei unter Solvency II berücksichtigt. Unter HGB wird gegebenenfalls eine pauschale Wertberichtigung durchgeführt. Die

Aufteilung der einforderbaren Beträge aus Rückversicherung auf die einzelnen Geschäftszweige ist im Folgenden getrennt für Prämien- und Schadenrückstellung dargestellt und den HGB-Rückstellungen gegenübergestellt:

Geschäftsbereich	Prämienrückstellung	Schadenrückstellung	HGB-Rückstellungen
	Best Estimate RV-Anteil	Best Estimate RV-Anteil	RV-Anteile
	T€	T€	T€
Krankheitskostenversicherung	-436	206	475
Einkommensersatzversicherung	-2.418	30	142
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	-4.551	57.126	146.806
Sonstige Kraftfahrtversicherung	-9.898	485	743
Transport- und Luftfahrtversicherung	0	0	0
Feuer- und andere Sachschäden	-32.228	18.220	62.057
Allgemeine Haftpflichtversicherung	-6.659	51.247	88.182
Rechtsschutzversicherung	-571	0	0
Beistand	-207	11	143
Vt. Rückstellungen - Nichtlebensversicherung	-56.968	127.325	298.549
Renten aus Nichtleben-Verträgen - Kranken	0	1.337	1.880
Renten aus Nichtleben-Verträgen Leben	0	55.435	69.091
Vt. Rückstellungen - Lebensversicherung	0	56.772	70.971
Vt. Rückstellungen - Summe	-56.968	184.097	369.520

Einforderbare Beträge aus Rückversicherung werden bei der Lebensversicherung nur für die Geschäftsbereiche „Versicherungen mit Überschussbeteiligung“ und „Gesundheit nach Art der Leben“ ausgewiesen. Die einforderbaren Beträge aus Rückversicherung sind im Folgenden den HGB-Rückstellungen gegenübergestellt:

Geschäftsbereich	Solvabilität-II-Wert	HGB-Rückstellungen
	Best Estimate RV-Anteil	RV-Anteile
	T€	T€
Versicherung mit Überschussbeteiligung	-632	4.078
Indexgebundene und fondsgebundene Versicherung	0	0
Gesundheit nach Art der Leben	-1.114	0

Rückversichert sind die Risiken Tod (Kapital-, Risiko- und Unfallzusatzversicherungen) sowie Berufsunfähigkeit (Berufsunfähigkeitsversicherungen und Berufsunfähigkeitszusatzversicherungen).

Die einforderbaren Beträge aus Rückversicherung werden unter Berücksichtigung der Zahlungsströme von und zu den Rückversicherern mit Hilfe des GDV-Branchensimulationsmodells berechnet und um den Betrag des Bardepots für in Rückdeckung gegebenes Geschäft angepasst.

Bei der WGV Gruppe sind in den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherung keine Beträge aus Finanzrückversicherung oder Zweckgesellschaften enthalten.

Segmentierung von Versicherungsverpflichtungen

Die Berechnungen der besten Schätzwerte für Versicherungsverpflichtungen werden in homogenen Risikogruppen vorgenommen. Bei der Segmentierung der Verträge wird dem jeweils zugrundeliegenden Risiko Rechnung getragen. Damit erfolgt die Berechnung teilweise granularer als auf Ebene der Solvency II-Sparten.

Allgemeine Grundlagen

Sämtliche Versicherungsverpflichtungen liegen in der Währung EUR vor. Zur Diskontierung wird die risikofreie Basis-Zinskurve in EUR angewendet.

Zur Ermittlung der besten Schätzwerte der Schadenrückstellungen werden Abwicklungsdreiecke kumulierter Zahlungen auf der Ebene homogener Risikogruppen verwendet.

Die Ermittlung der HUK-Renten nach Art der Lebensversicherung erfolgt auf Basis der DAV-Sterbetafel 2006 HUR.

Die Bestimmung der besten Schätzwerte der Prämienrückstellung erfolgt auf Basis der in der Unternehmensplanung ermittelten Prämien und Schadenaufwendungen.

Methoden zur Bestimmung der Schadenrückstellungen

Die Ermittlung des besten Schätzwertes der Schadenrückstellungen erfolgt überwiegend durch die Anwendung von Chain-Ladder-Verfahren, in denen die Cashflow-Projektionen auf Basis von Zahlungsdreiecken durchgeführt werden. Zur Verbesserung der aktuariellen

Verfahren zur Schätzung der Schadenrückstellungen erfolgen Anpassungen hinsichtlich des individuellen Risikoprofils der einzelnen homogenen Risikogruppen. Dies sind unter anderem eine Anpassung der Abwicklungsfaktoren, die Berücksichtigung von Trends sowie die Schätzung von Tails bei langabwickelnden Versicherungssparten.

Methoden zur Bestimmung der Rentenrückstellungen

Die Rentenrückstellungen umfassen die zugesagten Rentenverpflichtungen der Haftpflicht-/ Unfallrenten. Die Ermittlung des besten Schätzwertes der Rentenrückstellungen erfolgt aus den Zahlungsströmen der Rentenzahlungsverpflichtungen.

Methoden zur Bestimmung der Prämienrückstellungen

Die Prämienrückstellungen sind für künftige Schadensfälle aus bereits eingegangenen Verpflichtungen zu bilden. Diese setzen sich aus den zukünftigen Prämien, erwarteten Schadenzahlungen sowie Kosten zusammen. Die Berechnung des besten Schätzwertes der Prämienrückstellungen basiert auf dem aus der Unternehmensplanung prognostizierten Geschäftsverlauf.

Risikomarge

Die Risikomarge bildet den Sicherheitszuschlag ab, welches ein übernehmendes Versicherungsunternehmen zusätzlich fordert, um die bestehenden Versicherungsverpflichtungen zu erfüllen. Dadurch wird der Reserveunsicherheit systematisch durch Bildung einer Risikomarge Rechnung getragen. Das Unternehmen berechnet die Risikomarge mit der Methode 2 der Hierarchie zur Berechnung der Risikomarge (EIOPA-Leitlinie 62 zur Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen EIOPA-BoS-14/166). Bei der Wahl der Methodik wurde darauf geachtet, dass die Berechnungskomplexität nicht über das Maß hinausgeht, welches Art, Umfang sowie Komplexität der den Versicherungsverpflichtungen zugrunde liegenden Risiken widerspiegelt. Dabei handelt es sich um eine Approximation der Zeitreihe der gesamten zukünftigen Solvenzkapitalanforderungen proportional zu den versicherungstechnischen Rückstellungen für das jeweilige Jahr. Die Projektion erfolgt auf Basis vorhandener Cashflows segmentiert je Geschäftsbereich.

Bewertung nach HGB

Die Rückstellung für bekannte, noch nicht abgewickelte Schadensfälle des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts wird durch Einzelbewertung ermittelt. Für die am Bilanzstichtag noch nicht bekannten Fälle sind Spätschadenrückstellungen nach den Erfahrungen der Vergangenheit gebildet worden.

Für die Schulunfallversicherung wird die Rückstellung nach Erfahrungssätzen pauschal ermittelt.

Die Berechnung der HUK Renten-Deckungsrückstellung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen einzelvertraglich nach der prospektiven Methode. Es liegen die Sterbetafeln DAV 2006 HUR für Männer bzw. Frauen zugrunde. Bei Rentenfällen mit Eintritt der Leistungsverpflichtung bis 31.12.2014 betrug der Rechnungszins 1,57 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2015 betrug er 1,25 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2017 betrug er 0,90 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2021 betrug er 0,50 %, für Leistungsfälle ab dem

01.01.2022 betrug er 0,25 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2025 betrug er 1,00 %. Zukünftige Regulierungskosten für Rentenfälle werden pauschal berücksichtigt.

Die zurückgestellten Schadenregulierungsaufwendungen werden nach dem BMF-Erlass vom 02.02.1973 berechnet.

Forderungen aus Regressen werden abgesetzt.

Die Anteile der Rückversicherer an den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle werden vertragsgemäß abgesetzt.

Im in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft werden die Rückstellungen entsprechend den Aufgaben der Vorversicherer bzw. nach dem voraussichtlichen Bedarf gebildet.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen wird im Wesentlichen die HGB-Schwankungsrückstellung ausgewiesen. Eine dazu korrespondierende Position für die Solvabilitätsübersicht gibt es unter Solvency II nicht.

Angaben zum Grad der Unsicherheit, mit dem der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen behaftet ist

Aufgrund des zugrundeliegenden größtenteils kleinteiligen Versicherungsgeschäfts ergeben sich grundsätzlich stabile Abwicklungsmuster, die Unsicherheit ist vergleichsweise gering. Insbesondere bei den Kurzabwickelnden Versicherungssparten weichen unterschiedliche aktuarielle Schätzverfahren nur geringfügig voneinander ab.

Bei den langabwickelnden Sparten ist die Unsicherheit bei der Ermittlung der besten Schätzwerte höher. Das betrifft insbesondere die Haftpflichtversicherung für Krankenhäuser, hier wird die Höhe der versicherungstechnischen Rückstellung von vergleichsweise wenigen, jedoch sehr großen Schäden dominiert, womit allein aufgrund der statistisch gesehen geringen Stückzahl die Unsicherheit steigt. Diese Unsicherheit wird weiter erhöht durch die schwer abschätzbare zukünftige Kostenentwicklung im Gesundheitswesen sowie die weitere Entwicklung der Rechtsprechung.

Im Rahmen der Unternehmensplanung wird davon ausgegangen, dass sich das Verhalten der Versicherungsnehmer nicht oder nur unwesentlich ändert. Bei einer signifikanten Veränderung hätte dies Auswirkungen auf die Unsicherheit bei der Berechnung der Prämienrückstellung, was sich insbesondere auf die profitablen Verträge im Bestand auswirken kann. Auch bei durchweg auskömmlich tarifierten Sparten hat eine volatile Schadenbelastung, insbesondere bei den Elementarsparten, negative Auswirkungen.

Die Unsicherheit, welche sich aus der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen insgesamt ergibt, wird im Rahmen der Risikomarge quantifiziert und als Sicherheitszuschlag den Rückstellungen hinzugefügt.

Die Versicherungsmathematische Funktion bewertet jährlich die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen sowie den Grad der Unsicherheit. Dafür wendet sie unterschiedliche aktuarielle Verfahren an und führt dem Risikoprofil der Sparte entsprechende

Szenarioanalysen durch. Aktuell geht sie davon aus, dass die Risikomarge den Grad der Unsicherheit angemessen abbildet.

Beschreibung des Grades an Unsicherheit in der Lebensversicherung

Aufgrund der Bestandsgröße sind die abgeleiteten Rechnungsgrundlagen, welche der Projektion der versicherungstechnischen Leistungen, Aufwendungen und Beiträge zugrunde liegen, mit Unsicherheit behaftet. Durch eine regelmäßige Überprüfung der Ansätze kann diese Unsicherheit jedoch gering gehalten werden.

Regeln für das Verhalten des Managements sowie Annahmen zum Verhalten der Versicherungsnehmer bei der Wahrnehmung von vertraglich garantierten Optionen werden aufgrund der beobachteten Erfahrungen und der Unternehmensplanung bestmöglich festgelegt. Aufgrund der Länge des Projektionszeitraums von 100 Jahren bei der Berechnung der versicherungstechnischen Cashflows sind diese Parameter insbesondere in dem über die Unternehmensplanung hinausgehenden Zeitraum unsicher.

Bei der Erzeugung ökonomischer Szenarien wirkt die zum Bewertungsstichtag vorgenommene Kalibrierung des ökonomischen Szenariengenerators über den gesamten Projektionszeitraum. Mögliche wesentliche Änderungen des ökonomischen Umfelds in der Zukunft können damit nicht berücksichtigt werden.

Verschiedene in die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen eingehende Parameter werden mit Sensitivitätsanalysen auf den jeweiligen Einfluss auf die Höhe der versicherungstechnischen Rückstellungen untersucht. Eine ausreichende Stabilität des Modells ist gegeben.

Erklärung unterschiedlicher Grundlagen und Methoden

Die quantitative Abweichung zwischen dem besten Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II und der Bewertung unter HGB sind in obenstehender Tabelle dargestellt. Nachfolgend werden die wesentlichen Bewertungsunterschiede erläutert.

Grundlegender Unterschied zwischen den beiden Bewertungsverfahren ist die Diskontierung der besten Schätzwerte unter Solvency II, wobei die HGB-Rückstellungen nominal gebildet werden.

Die Schätzung der Reserven unter Solvency II besteht aus der Berechnung von Zahlungsströmen zur Ermittlung des Erwartungswertes, also einem besten Schätzwert. Bei den HGB-Rückstellungen erfolgt eine Einzelfallreservierung, welche gemäß HGB-Vorgabe konservativ zu bilden ist (Vorsichtsprinzip).

Die aktuariellen Verfahren unter Solvency II berücksichtigen bei der Ermittlung des besten Schätzwertes die Zahlungsmuster aus der Vergangenheit, damit werden bereits eingetretene aber nicht gemeldete Schäden implizit berücksichtigt. Unter HGB wird hier eine pauschale Spätschadenreserve gebildet. Sicherheitszuschläge sind unter Solvency II nicht vorgesehen. Damit sind die Rückstellungen unter Solvency II in der Regel geringer.

In der Allgemeinen Haftpflichtversicherung wird von der unter Solvency II angewendeten Methode insofern

abgewichen, als das für die Krankenhaus-Haftpflichtversicherung im Rahmen einer eigenen homogenen Risikogruppe auf die HGB-Rückstellung abgestellt wird. Aufgrund der geringen Schadenstückzahl in Kombination mit dem durch sehr große Einzelschäden gekennzeichneten Schadenmuster erfolgt die Übernahme der diskontierten HGB-Reserve, da hier fallbezogen ein bester Schätzwert vorliegt.

Bei der Kraftfahrzeug-Haftpflicht ist der Bewertungsunterschied besonders groß. Das liegt vor allem an der langen Abwicklung der Schäden, wo unter HGB das Vorsichtsprinzip vor allem bei älteren Schadensfällen zum Tragen kommt.

Die besten Schätzwerte für die Rückstellungen nach Art der Lebensversicherungen werden mit dem Ansatz von Rechnungsgrundlagen 2. Ordnung gebildet. Die Diskontierung erfolgt mit der Zinsstrukturkurve anstatt wie bei der HGB-Rechnungslegung mit dem Rechnungszins.

Die Prämienrückstellungen werden nur für Solvabilitätszwecke gebildet und sind in der HGB-Bilanzierung nicht vorhanden. Die überwiegend negativen Prämienrückstellungen ergeben sich aus den geplanten Endschadenaufwendungen, welche aufgrund der durchweg auskömmlichen Tarifierung sowie in Verbindung mit der konsequenten Umsetzung der Zeichnungs- und Annahmerichtlinien die verdienten Prämien nicht übersteigen. Damit werden unter Solvency II auch zukünftige Cashflows berücksichtigt, wo unter HGB nur die gebuchten Beiträge berücksichtigt werden.

Die Berechnung der Risikomarge erfolgt über die Projektion der Solvabilitätskapitalanforderungen der einzelnen Teilrisiken und berücksichtigt die Abwicklungsdauer der einzelnen Geschäftszweige. Eine korrespondierende Rückstellung gibt es unter HGB nicht.

Bei den nachfolgend dargestellten einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen ist der erwartete Ausfall der Gegenpartei unter Solvency II berücksichtigt. Unter HGB wird gegebenenfalls eine pauschale Wertberichtigung durchgeführt.

Angaben in T€	Ausgangswert	Änderung der Volatilitätsanpassung auf null	%-Veränderung
Vt. Rückstellungen	1.083.272	1.083.809	0,0%
SCR	679.551	679.384	0,0%
MCR	204.297	204.216	0,0%
Eigenmittel	2.278.680	2.278.110	0,0%
Solvenzquote	335,3%	335,3%	0,0%

Aufgrund des geringen Gewichts der Lebensversicherung innerhalb der WGV Gruppe bezogen auf die Eigenmittel sowie die Solvenzkapitalanforderung ist die Auswirkung auf die Finanzlage bei einer Änderung der Volatilitätsanpassung auf null von nicht wesentlicher Bedeutung.

Übergangsmaßnahme bei risikofreien Zinssätzen

Die Übergangsmaßnahme bei risikofreien Zinssätzen wird nicht angewendet.

Erklärung unterschiedlicher Grundlagen und Methoden

Die Berechnung des besten Schätzwerts für Lebensversicherungen mit Überschussbeteiligung für Solvabilitätszwecke basiert auf der Diskontierung von Zahlungsströmen mit einer risikofreien Zinsstrukturkurve. Die Zahlungsströme enthalten sämtliche Leistungen, Aufwendungen und Einnahmen, die mit den Versicherungsverträgen verbunden sind. Dabei wird die Ungewissheit des Eintritts der jeweiligen Ereignisse berücksichtigt. Mit Hilfe eines stochastischen Simulationsmodells wird ein Marktwert der versicherungstechnischen Verpflichtungen bestimmt. Die zukünftige Überschussbeteiligung wird gemäß Unternehmensplanung angesetzt.

Die Bewertung für Bilanzzwecke stützt sich hingegen auf den jeweiligen Höchstrechnungszins sowie die Anwendung ausreichend vorsichtiger Rechnungsgrundlagen, jeweils unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften des HGB, VAG und der DeckRV.

Passive latente Steuern werden in der Solvenzbilanz aufgrund unterschiedlicher Bewertungen zwischen der Steuerbilanz nach HGB und der Solvenzbilanz angesetzt. Insbesondere die oben genannten Bewertungsunterschiede bei den versicherungstechnischen Rückstellungen führen zum Ausweis passiver latenter Steuern.

Aufgrund der realitätsnahen Fortschreibung der Zahlungsströme unter Verzicht auf zusätzliche Sicherheiten und der Diskontierung der Zahlungsströme mit einer risikofreien Zinsstrukturkurve können die versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvenzbilanz sowohl kleiner als auch größer sein im Vergleich zur Bewertung im gesetzlichen Abschluss.

Beschreibung der Matching-Anpassung

Die Matching-Anpassung wird nicht angewendet.

Anwendung der Volatilitätsanpassung

Die Volatilitätsanpassung wird bei der Lebensversicherung angewendet. Eine Bewertung zum 31.12.2025 ohne die Volatilitätsanpassung wirkt sich auf die Finanzlage der WGV Gruppe wie folgt aus:

Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen

Die Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen wird angewendet. Dabei darf mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde vorübergehend ein Abzug bei den versicherungstechnischen Rückstellungen vorgenommen werden. Der Abzugsbetrag wurde auf Anordnung durch die Aufsichtsbehörde auf Basis des Stichtags 01.01.2024 neu berechnet und beträgt 0 EUR. Die Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen hat somit keine Auswirkungen auf die Eigenmittel und das benötigte Solvenzkapital.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Wert sonstiger Verbindlichkeiten, sowie Grundlagen und Methode

Passiva	Solvabilität-II-Wert	Bewertung im gesetzlichen Abschluss	Bewertungsunterschied
	T€	T€	T€
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	33.503	33.503	0
Rentenzahlungsverpflichtungen	72.386	94.804	-22.418
Depotverbindlichkeiten	4.213	4.213	0
Latente Steuerschulden	147.669	0	147.669
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	92.313	100.896	-8.582
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	6.779	6.779	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	3.435	3.435	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	64	467	-403
Sonstige Verbindlichkeiten	360.361	244.096	116.265

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede zwischen der Bewertung nach Solvency II und der Bewertung nach HGB. Der Wertansatz erfolgt mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag. Soweit die Laufzeiten der Rückstellungen mehr als ein Jahr betragen erfolgt eine Abzinsung mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre.

Rentenzahlungsverpflichtungen

Der Wertansatz nach Solvency II erfolgt gemäß IAS 19 revised 2011. Der Diskontierungszinssatz beträgt 3,78%. Als Rechnungsgrundlage dienen die Heubeck Richttafeln 2018 G, der Gehaltstrend lag bei 2,50% bzw. 3,50% p.a., der Rententrend bei 2,00% bzw. 2,25% p.a..

In der Bewertung nach HGB werden die Rückstellungen für Pensionen nach der Projected Unit Credit (PUC) Methode berechnet. Als Rechnungsgrundlage dienen die Heubeck Richttafeln 2018 G, der Rechnungszinssatz betrug 1,78%, der Gehaltstrend lag bei 2,50% bzw. 3,50% p.a., der Rententrend bei 2,00% bzw. 2,25% p.a.

Depotverbindlichkeiten

Aus Wesentlichkeitsgründen werden für die Bewertung nach Solvency II die handelsrechtlichen Wertansätze verwendet. Unter HGB werden die Depotverbindlichkeiten mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen. Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Latente Steuern

Latente Steuerschulden unter Solvency II werden auf Basis der temporären Differenzen zwischen Solvabilitätsübersicht und Steuerbilanz errechnet. Der Ansatz latenter Steuerschulden erfolgt in Höhe der voraussichtlichen zukünftigen Steuerbelastung der nachfolgenden Geschäftsjahre.

Aktive latente Steuern werden im HGB Abschluss nicht ausgewiesen, passive latente Steuern liegen im HGB Abschluss nicht vor.

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Die Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt, der dem Erfüllungsbetrag entspricht. Langfristige Verbindlichkeiten, mit einer Laufzeit über einem Jahr, existieren nicht, sodass eine Diskontierung nicht erforderlich ist.

Überschussguthaben werden in der Solvency II-Bewertung nicht als Verbindlichkeiten ausgewiesen, sondern sind Teil der versicherungstechnischen Rückstellungen.

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

Die Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt, der dem Erfüllungsbetrag entspricht. Langfristige Verbindlichkeiten, mit einer Laufzeit über einem Jahr, existieren nicht, sodass eine Diskontierung nicht erforderlich ist. Folglich ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Die Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung) werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt, der dem Erfüllungsbetrag entspricht. Langfristige Verbindlichkeiten, mit einer Laufzeit über einem Jahr, existieren nicht, sodass eine Diskontierung nicht erforderlich ist. Folglich ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

Disagioabgrenzungen sind in der Solvency II-Bewertung in den Dirty-Marktwerten der Kapitalanlagen enthalten. Unter HGB sind unter den Rechnungsabgrenzungsposten Einzahlungen und Disagien ausgewiesen, soweit diese einen Ertrag für Folgejahre darstellen.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Die folgende Tabelle zeigt eine Zuordnung wesentlicher Vermögenswerte zu den Bewertungsstufen nach Solvency II:

	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Gesamt
	T€	T€	T€	T€
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf			162.501	162.501
Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)				
Immobilien (außer zur Eigennutzung)			35.147	35.147
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen			198.757	198.757
Anleihen				
Staatsanleihen	89.266	34.398		123.664
Unternehmensanleihen	520.842	538.983		1.059.824
Strukturierte Schuldtitel	14.401	2.159		16.560
Besicherte Wertpapiere	112.985	0		112.985
Organismen für gemeinsame Anlagen	60		1.874.937	1.874.997
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente		50.386		50.386
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	3.055			3.055
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		14.531		14.531
Gesamt	740.609	640.456	2.271.342	3.652.407

Alternative Bewertungsmethoden werden für die nachfolgend genannten Vermögenswerte angewendet.

Immobilien

Die Position Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf umfasst neben den Sachanlagen auch die eigengenutzten Immobilien. Die fremdgenutzten Immobilien werden in der Position Immobilien außer zur Eigennutzung ausgewiesen.

Die Bewertung sowohl der eigen- als auch der fremdgenutzten Immobilien zum Zeitwert erfolgt gemäß der Ertragswertmethode unter Hinzunahme von am Markt verfügbaren Daten und öffentlichen Indizes (z. B. Bau- und Mietpreisindex). Der Zeitwert der Immobilie setzt sich aus dem Gebäudeertragswert und dem Bodenwert zusammen. Der Gebäudeertragswert ergibt sich aus den Barwerten aller für die Immobilie nachhaltig erzielbaren Erträge unter Berücksichtigung der Bewirtschaftungskosten, Restnutzungsdauer und des Liegenschaftszinses. Der Liegenschaftszins ist der Zins, mit dem sich der Verkehrswert eines Grundstücks im Durchschnitt verzinst. Dieser Zins ist ortsabhängig unterschiedlich in seiner Höhe. Der Bodenwert entspricht dem Verkehrswert des unbebauten Grundstücks und ergibt sich in Abhängigkeit des Bodenrichtwertes sowie der Größe des Grundstücks.

Die Zeitwerte der unbebauten Grundstücke werden nach dem Sachwertverfahren ermittelt. Datenbasis hierfür ist der Bodenrichtwert (Wert des Grundstücks). Der Bodenrichtwert wird vom örtlichen Gutachterausschuss anhand der Verkaufspreise in der jeweiligen Lage ermittelt.

Die im Bau befindlichen Gebäude werden mit den Herstellungskosten angesetzt.

Das langfristige Sachanlagevermögen umfasst im Wesentlichen Büroausstattung sowie sonstige Betriebsvorrichtungen und unterliegt im Rahmen der wirtschaftlichen Nutzung einer kontinuierlichen Wertminderung. Aufgrund der Art der Vermögenswerte und deren geringen Volumens wird der beizulegende Zeitwert durch die um die planmäßigen Abschreibungen und kumulierten Wertminderungsaufwendungen verminderten Anschaffungskosten hinreichend repräsentiert.

Die preisbestimmenden Faktoren bei der Ermittlung des Zeitwerts von Immobilien sind somit der erwartete Rohertrag, der Bodenwert, der Liegenschaftszins, die geschätzten Bewirtschaftungskosten sowie die angenommene Restnutzungsdauer. Bei der Anwendung des Ertragswertansatzes hat der Mietzins einen hohen Einfluss auf das Bewertungsergebnis. Dieser ändert sich im Laufe der Zeit, sodass die zukünftigen Mieteinnahmen geschätzt werden. Der Ertragswert einer Immobilie verändert sich insoweit, wie sich die Entwicklung auf dem Mietmarkt (z. B. Mietenhöhe, Preis für Grund und Boden) verändert. Unsicherheiten entstehen durch die stichtagsbezogene Bewertung der Immobilien, da Daten zur Bewertung herangezogen werden, welche sich im Zeitablauf ändern.

Beteiligungen

Die Zeitwerte der Beteiligungen werden über das Substanzwert-, Ertragswert- und DCF-Verfahren ermittelt.

Organismen für gemeinsame Anlagen

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes erfolgt durch die jeweilige Kapitalverwaltungsgesellschaft.

Für **Verbindlichkeiten** werden keine alternativen Bewertungsmethoden angewendet.

D.5 Sonstige Angaben

Sonstige wesentliche Informationen zur Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Wesentliche Unterschiede zwischen den Grundlagen, Methoden und wichtigsten Annahmen, die bei der Bewertung der Solvabilitätszwecke auf Gruppenebene verwendet werden, bestehen nicht.

E. Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

Informationen zu den Zielen, internen Leitlinien und Prozessen

Mit einer Solvenzquote von 335,3% verfügt die WGV Gruppe über überdurchschnittlich hohe Eigenmittelbestände, es handelt sich dabei ausschließlich um Eigenmittel höchster Qualität, die uneingeschränkt zur Bedeckung der Solvabilitäts- und der Mindestkapitalanforderungen anrechnungsfähig sind. Die Solvenzquote setzt sich aus den Eigenmitteln i. H. v. 2.278.680 T€ und der Solvenzkapitalanforderung von 679.551 zusammen.

Die Ziele des Kapitalmanagements leiten sich aus der Geschäfts- und Risikostrategie der Unternehmensgruppe ab und finden Eingang in die Leitlinie zum Kapitalmanagement. Aus der Strategie ergeben sich die Vorgaben zur Steuerung der Eigenmittelausstattung sowie der jederzeitigen Einhaltung der Solvenzkapitalanforderung.

Dazu werden mittelfristig angelegte Planungsrechnungen im Rahmen des Asset-Liability-Managements mit einem Planungshorizont von bis zu 5 Jahren durchgeführt. Hierbei werden die Entwicklung der Solvenzkapitalanforderung sowie der Eigenmittel analysiert und die Risikotragfähigkeit unter Berücksichtigung verschiedener Szenarien dokumentiert.

Im Berichtszeitraum sowie über den Planungshorizont hinweg wird zu keinem Zeitpunkt eine Verknappung der Eigenmittel erwartet. Vielmehr wird im Mehrjahreschnitt von einem mindestens ausgeglichenen versicherungstechnischen Ergebnis ausgegangen, womit die Erträge aus Kapitalanlagen zur weiteren Stärkung des Eigenkapitals zur Verfügung stehen. Aufgrund der Rechtsform des obersten Gruppenunternehmens als VVaG gibt es keine Ausschüttungen an Aktionäre. Ein etwaiger Eigenmittelbedarf von Gruppenunternehmen kann bei Bedarf über die WGV Holding AG gedeckt werden. Signifikante Beschränkungen der Fungibilität und Übertragbarkeit anrechnungsfähiger Eigenmittel zur Deckung der Solvenzkapitalanforderung für die Gruppe bestehen nicht.

Die Einhaltung der Ziele des Kapitalmanagements der WGV Gruppe werden im Rahmen des unterjährigen Risikomanagements sowie quartalsweiser Berechnungen überwacht. Kurz- und mittelfristig sind keine Kapitalmaßnahmen geplant.

Höhe und Qualität der Eigenmittel

Die Höhe der Eigenmittel nach Solvency II setzen sich zum Stichtag 31.12.2025 wie folgt zusammen:

	2025 T€	2024 T€
Gesamtbetrag der Basiseigenmittel	2.278.680	2.100.927
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	23.350	23.350
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	28.907	28.907
Überschussfonds	45.253	44.987
Ausgleichsrücklage	2.181.170	2.038.087

Die Ausgleichsrücklage besteht aus Rücklagen (Gewinnrücklage) sowie den Bewertungsunterschieden zwischen Solvency II und der HGB-Rechnungslegung.

Die Gewinnrücklage hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 76.795 T€ erhöht. Die Umbewertung zwischen Solvency II und der HGB-Rechnungslegung ist um 65.871 T€ gestiegen. Gleichzeitig erhöhte sich die Schwankungsrückstellung auf der Passivseite der HGB-Bilanz um 24,7% auf 278.436 T€.

Da die Ausgleichsrücklage im Wesentlichen aus dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten besteht, kann sie somit auch größeren Schwankungen unterworfen sein. Diese ist, da sowohl auf Aktiv- als auch auf Passivseite eine Marktwertbetrachtung vorliegt, vom Kapitalmarktumfeld abhängig und kann im Zeitverlauf durch Maßnahmen im Rahmen des Asset-Liability-Managements beeinflusst werden. Da für den Planungszeitraum keine wesentlichen Veränderungen im Marktumfeld erwartet werden, wird die Volatilität der Ausgleichsrücklage als eher gering eingeschätzt.

Sämtliche Eigenmittel sind der Eigenmittelklasse Tier 1 zugeordnet. Ergänzende Eigenmittel sind nicht vorhanden. Der Gesamtbetrag der Basiseigenmittel entspricht dem anrechnungsfähigen Gesamtbetrag der für die Erfüllung der Solvenzkapitalanforderung sowie Mindestkapitalanforderung für die Gruppe anrechnungsfähigen Eigenmittel. Auf die Berechnung der Eigenmittel der Gruppe haben gruppeninterne Transaktionen keinen Einfluss. Es bestehen keine Beschränkungen in der Verfügbarkeit sowie bei den Laufzeiten der Eigenmittel.

Erklärung wesentlicher Unterschiede des Eigenkapitals

Die Höhe der Ausgleichsrücklage als wesentlicher Unterschied der Eigenmittel setzen sich zum Stichtag 31.12.2025 wie folgt zusammen:

	Solvabilität-II-Wert T€
Ausgleichsrücklage	2.181.170
Gewinnrücklage	1.270.697
Beitragsrückerstattung	12.579
Umbewertung Vermögenswerte	-150.456
Umbewertung vt. Rückstellungen	-1.189.774
Umbewertung sonstige Verbindlichkeiten	116.265

Die Bewertungsunterschiede zwischen dem Überschuss der Vermögenswerte nach Solvency II und dem HGB-Eigenkapital setzen sich zum Stichtag 31.12.2025 wie folgt zusammen:

	Solvabilität-II-Wert T€	Bewertung im gesetzlichen Abschluss T€	Bewertungsunterschied T€
Vermögenswerte			
Kapitalanlagen	3.472.747	3.426.644	46.103
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	125.383	373.598	-248.215
Sonstige Vermögenswerte	242.983	191.327	51.656
Verbindlichkeiten			
Versicherungstechnische Rückstellungen	1.189.492	2.379.266	-1.189.774
Sonstige Verbindlichkeiten	360.361	244.096	116.265
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	2.291.259	1.368.207	923.052

Der wesentliche Unterschied zwischen dem Eigenkapital aus dem Jahresabschluss und dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten gemäß der Berechnung für Solvabilitätszwecke ergibt sich aus der Umbewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen. Unter HGB wird bei den Kompositversicherern nach dem Vorsichtsprinzip auf Basis der Einzelschäden reserviert. Die Ermittlung des besten Schätzwertes unter Solvency II erfolgt als aggregierte Betrachtung der diskontierten Cashflow-Projektionen je homogener Risikogruppe. Diese unterschiedliche Bewertungsmethodik führt dazu, dass unter Solvency II die versicherungstechnischen Rückstellungen geringer ausfallen. Darüber hinaus ist aufgrund der unterschiedlichen Vertragsgrenzen zwischen Solvency II und HGB für die bereits abgeschlossenen Verträge mit in der Zukunft liegenden Versicherungsverpflichtungen unter Solvency II eine Prämienrückstellung zu bilden. Die Differenz der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen resultiert im Wesentlichen aus der Schwankungsrückstellung (278.436 T€), welche unter Solvency II keine korrespondierende Position hat. Saldiert betrachtet ergibt sich daraus eine unter Solvency II um 1.189.774 T€ niedrigere versicherungstechnische Rückstellung als unter HGB.

Die Schlüsselemente der Ausgleichsrücklage bestehen aus den Reserven auf die Kapitalanlagen, den Bewertungsunterschieden der versicherungstechnischen Rückstellungen sowie der Schwankungsrückstellung.

Die Ausgleichsrücklage als wesentlicher Bestandteil der Eigenmittel ist damit die Größe mit der höchsten Sensitivität hinsichtlich der Veränderungen der zukünftigen Geschäftsentwicklung sowie des Asset-Liability-Managements.

Analog dazu erklärt sich auch die Bewertungsdifferenz der einforderbaren Beiträge aus Rückversicherungsverträgen in Höhe von -248.215 T€.

Der wesentliche Unterschied zwischen dem Eigenkapital aus dem Jahresabschluss und dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten gemäß der Berechnung für Solvabilitätszwecke ergibt sich aus den oben erläuterten Bewertungsunterschieden zwischen HGB- und Solvency II-Bilanz. Dieser Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten setzt sich zusammen aus dem Eigenkapital nach HGB, dem Überschussfonds sowie der Ausgleichsrücklage. Der Überschussfonds ist im Wesentlichen auf die nicht festgelegte RfB zurückzuführen, während die Ausgleichsrücklage vorwiegend aus der Umbewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen besteht.

Detailangaben zu den Bewertungsunterschieden zwischen HGB- und Solvency II-Bilanz werden in den Abschnitten D.1 bis D.3 erläutert.

Der Überschuss der Aktiva über die Passiva wird um die vorgesehene Ausschüttung (Beitragsrückerstattung) an die Mitglieder gekürzt.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Solvvenz- und Mindestkapitalanforderung

Bei der Berechnung der Gruppensolvabilität wird die Methode 1 nach Artikel 230 der Richtlinie 2009/138/EG angewendet.

Die Solvenz- und Mindestkapitalanforderungen stellen sich im Berichtsjahr 2025 wie folgt dar:

Solvvenzkapitalanforderung mVAmRT	2024 T€	2025 T€
BSCR (Brutto)	756.282	810.506
SCR Operationelle Risiken	30.902	34.500
Verlustrückstellungen	-46.333	-42.032
Verlustrückstellungen der latenten Steuern	-106.037	-123.423
Gesamt-SCR	634.814	679.551
Eigenmittel	2.100.927	2.278.680
Solvvenzquote	331,0%	335,3%

Mindestkapitalanforderung	2024 T€	2025 T€
MCR	193.225	204.297
Eigenmittel	2.100.927	2.278.680
MCR-Bedeckungsquote	1087,3%	1115,4%

Der endgültige Betrag der Solvenzkapitalanforderung unterliegt noch der aufsichtlichen Prüfung.

Mit einer Solvabilitätsquote von 335,3% werden die Anforderungen deutlich erfüllt.

Eine vereinfachte Berechnung der Standardformel wird nicht angewendet.

Solvvenzkapitalanforderung nach Risikomodulen

Solvvenzkapitalanforderung mVAmRT	2024 T€	2025 T€
BSCR (Brutto)	756.282	810.506
SCR Marktrisiko (Brutto)	498.316	533.868
SCR Ausfallrisiko (Brutto)	74.095	76.674
SCR Leben (Brutto)	26.398	27.563
SCR Kranken (Brutto)	15.447	20.208
SCR Nicht-Leben (Brutto)	397.570	427.402
BSCR (Netto)	709.949	768.474
SCR Marktrisiko (Netto)	451.589	493.439
SCR Ausfallrisiko (Netto)	67.583	69.414
SCR Leben (Netto)	5.207	6.264
SCR Kranken (Netto)	15.447	20.208
SCR Nicht-Leben (Netto)	397.570	427.402
SCR Operationelle Risiken	30.902	34.500
Verlustrückstellungen	-46.333	-42.032
Verlustrückstellungen der latenten Steuern	-106.037	-123.423
Gesamt-SCR	634.814	679.551
Eigenmittel	2.100.927	2.278.680
Solvvenzquote	331,0%	335,3%

Vereinfachte Berechnungsmethode bei Risikomodulen

Eine vereinfachte Berechnung wird nicht vorgenommen.

Verwendung unternehmensspezifischer Parameter

Unternehmensspezifische Parameter gemäß Artikel 104 Absatz 7 der Richtlinie 2009/138/EG werden nicht verwendet.

Informationen über die wesentlichen Ursachen von Diversifikationseffekten auf Gruppenebene

Dadurch dass die Einzelunternehmen sowohl in der Versicherungstechnik als auch bei den Kapitalanlagen bereits breit diversifiziert sind, ergeben sich keine wesentlichen Diversifikationseffekte auf Gruppenebene.

Angaben zu den bei der Berechnung der Mindestkapitalanforderung verwendeten Inputs

Die Mindestkapitalanforderung setzt sich aus dem summarischen Wert der Mindestkapitalanforderungen der einzelnen Versicherungsunternehmen der Gruppe zusammen.

Die Höhe der Mindestkapitalanforderung der WGV Gruppe zum Stichtag 31.12.2025 setzt sich wie folgt zusammen:

	2025 T€
Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.	120.011
WGV-Versicherung AG	78.522
WGV-Lebensversicherung AG	5.890
Mindestkapitalanforderung (MCR)	204.297

Wesentliche Änderungen der Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Die aufsichtsrechtliche Risikokapitalanforderung erhöhte sich im Berichtszeitraum von 634.814 T€ auf 679.551 T€. Das Brutto-BSCR ist gegenüber dem Vorjahr ebenfalls von 756.282 T€ auf 810.506 T€ angestiegen.

Der wesentliche Teil der Veränderung resultiert aus dem Anstieg der Risikokapitalanforderung im Marktrisiko. Die Risikokapitalanforderung im versicherungstechnischen Modul Nicht-Leben erhöht sich im Wesentlichen aufgrund des Unternehmenswachstums.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Im Unternehmen erfolgt keine Anwendung der in Artikel 304 der Richtlinie 2009/138/EG vorgesehenen Option zur Nutzung eines durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Im Unternehmen wird ausschließlich die Standardformel verwendet. Angaben zu internen Modellen liegen somit nicht vor.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Eine Unterdeckung der Solvenz- und Mindestkapitalanforderungen lag zu keinem Zeitpunkt vor.

E.6 Sonstige Angaben

Sonstige wesentliche Informationen

Sonstige wesentliche Informationen zum Kapitalmanagement sowie den Solvenz- und Mindestkapitalanforderungen liegen nicht vor.

Anhang I

S.02.01.02

Bilanz

Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte

Latente Steueransprüche

Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen

Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf

Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Aktien

Aktien – notiert

Aktien – nicht notiert

Anleihen

Staatsanleihen

Unternehmensanleihen

Strukturierte Schuldtitel

Besicherte Wertpapiere

Organismen für gemeinsame Anlagen

Derivate

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten

Sonstige Anlagen

Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

Darlehen und Hypotheken

Policendarlehen

Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen

Sonstige Darlehen und Hypotheken

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:

Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen

nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen

nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen

Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden

Depotforderungen

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Eigene Anteile (direkt gehalten)

In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Vermögenswerte insgesamt

	Solvabilität-II-Wert
	C0010
R0030	
R0040	
R0050	
R0060	162.501
R0070	3.472.747
R0080	35.147
R0090	198.757
R0100	426
R0110	
R0120	426
R0130	1.313.033
R0140	123.664
R0150	1.059.824
R0160	16.560
R0170	112.985
R0180	1.874.997
R0190	
R0200	50.386
R0210	
R0220	3.055
R0230	77
R0240	77
R0250	
R0260	
R0270	125.383
R0280	70.357
R0290	72.975
R0300	-2.618
R0310	55.026
R0320	223
R0330	54.803
R0340	
R0350	
R0360	3.770
R0370	31.237
R0380	21.840
R0390	
R0400	
R0410	14.531
R0420	5.973
R0500	3.841.112

		Solvabilität-II-Wert
		C0010
Verbindlichkeiten		
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510	656.329
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520	663.557
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530	
Bester Schätzwert	R0540	571.374
Risikomarge	R0550	92.183
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560	-7.227
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570	
Bester Schätzwert	R0580	-9.624
Risikomarge	R0590	2.397
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600	529.991
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610	5.236
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620	
Bester Schätzwert	R0630	2.020
Risikomarge	R0640	3.216
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650	524.755
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660	
Bester Schätzwert	R0670	519.502
Risikomarge	R0680	5.254
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690	3.172
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700	
Bester Schätzwert	R0710	3.045
Risikomarge	R0720	127
Eventualverbindlichkeiten	R0740	
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750	33.503
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	72.386
Depotverbindlichkeiten	R0770	4.213
Latente Steuerschulden	R0780	147.669
Derivate	R0790	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810	
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	92.313
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	6.779
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	3.435
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850	
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860	
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870	
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	64
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900	1.549.853
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000	2.291.259

**S.05.01.02
Prämien, Forderungen und Aufwendungen
nach Geschäftsbereichen**

		Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)								
		Krankheitskostenversicherung	Einkommensersatzversicherung	Arbeitsunfallversicherung	Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	Sonstige Kraftfahrtversicherung	See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	Feuer- und andere Sachversicherungen	Allgemeine Haftpflichtversicherung	Kredit- und Kautionsversicherung
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090
Gebuchte Prämien										
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110	3.824	33.976		367.440	311.789		227.030	70.403	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120							20.923	393	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130									
Anteil der Rückversicherer	R0140	1.171	2.531		65.190	20.008		47.274	22.174	
Netto	R0200	2.653	31.445		302.250	291.781		200.679	48.623	
Verdiente Prämien										
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210	3.824	33.976		366.914	311.703		227.111	70.393	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220							20.959	390	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230									
Anteil der Rückversicherer	R0240	1.171	2.531		65.140	20.008		47.282	22.170	
Netto	R0300	2.653	31.445		301.773	291.694		200.788	48.613	
Aufwendungen für Versicherungsfälle										
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310	1.913	2.039		315.086	249.807		94.224	27.498	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320							11.322		
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330									
Anteil der Rückversicherer	R0340	528	78		54.165	3.215		15.769	8.497	
Netto	R0400	1.385	1.961		260.921	246.592		89.778	19.000	
Angefallene Aufwendungen	R0550	1.228	4.743		57.965	51.027		41.307	10.705	
Bilanz - Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen/Erträge	R1210									
Gesamtaufwendungen	R1300									

		Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)			Geschäftsbereich für: in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft			Gesamt	
		Rechtsschutzversicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Krankheit	Unfall	See, Luftfahrt und Transport	Sach	
		C0100	C0110	C0120	C0130	C0140	C0150	C0160	C0200
Gebuchte Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110	60.801	7.346						1.082.609
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120		14						21.330
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130								
Anteil der Rückversicherer	R0140	365	332						159.044
Netto	R0200	60.437	7.028						944.896
Verdiente Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210	60.801	7.346						1.082.067
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220		14						21.363
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230								
Anteil der Rückversicherer	R0240	365	332						158.998
Netto	R0300	60.437	7.028						944.432
Aufwendungen für Versicherungsfälle									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310	31.910	3.289						725.766
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320		8						11.331
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330								
Anteil der Rückversicherer	R0340		127						82.379
Netto	R0400	31.910	3.170						654.717
Angefallene Aufwendungen	R0550	14.466	2.296						183.737
Bilanz - Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen/Erträge	R1210								6.953
Gesamtaufwendungen	R1300								190.690

		Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen					Lebensrückversicherungsverpflichtungen		Gesamt	
		Krankenversicherung	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung	Sonstige Lebensversicherung	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)	Krankenrückversicherung	Lebensrückversicherung	
		C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0300
Gebuchte Prämien										
Brutto	R1410		34.776							34.776
Anteil der Rückversicherer	R1420		2.655							2.655
Netto	R1500		32.121							32.121
Verdiente Prämien										
Brutto	R1510		35.041							35.041
Anteil der Rückversicherer	R1520		2.639							2.639
Netto	R1600		32.402							32.402
Aufwendungen für Versicherungsfälle										
Brutto	R1610		34.626			1.923	8.703			45.252
Anteil der Rückversicherer	R1620		1.170			66	5.469			6.705
Netto	R1700		33.455			1.858	3.234			38.546
Angefallene Aufwendungen	R1900		3.237							3.237
Bilanz - Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen/Erträge	R2510									3.322
Gesamtaufwendungen	R2600									6.559
Gesamtbetrag Rückkäufe	R2700									3.212

**S.23.01.22
Eigenmittel**

Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen in anderen Finanzbranchen

- Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)
- Nicht verfügbares eingefordertes, aber noch nicht eingezahltes Grundkapital auf Gruppenebene
- Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio
- Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen
- Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit
- Nicht verfügbare nachrangige Mitgliederkonten auf Gruppenebene
- Überschussfonds
- Nicht verfügbare Überschussfonds auf Gruppenebene
- Vorzugsaktien
- Nicht verfügbare Vorzugsaktien auf Gruppenebene
- Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio
- Auf Vorzugsaktien entfallendes nicht verfügbares Emissionsagio auf Gruppenebene
- Ausgleichsrücklage
- Nachrangige Verbindlichkeiten
- Nicht verfügbare nachrangige Verbindlichkeiten auf Gruppenebene
- Betrag in Höhe des Nettowerts der latenten Steueransprüche
- Betrag in Höhe des Nettowerts der latenten Steueransprüche, nicht auf Gruppenebene verfügbar
- Sonstige, oben nicht aufgeführte Kapitalbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden
- Nicht verfügbare Eigenmittel in Verbindung mit anderen von der Aufsichtsbehörde genehmigten Eigenmittelbestandteilen
- Minderheitsanteile (sofern sie nicht als Teil eines bestimmten Eigenmittelbestands gemeldet werden)
- Nicht verfügbare Minderheitsanteile auf Gruppenebene

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Abzüge

- Abzüge für Beteiligungen an anderen Finanzunternehmen, einschließlich nicht der Aufsicht unterliegenden Unternehmen, die Finanzgeschäfte tätigen
- diesbezügliche Abzüge gemäß Artikel 228 der Richtlinie 2009/138/EG
- Abzüge für Beteiligungen, für die keine Informationen zur Verfügung stehen (Artikel 229)
- Abzug für Beteiligungen, die bei einer Kombination der Methoden durch die Abzugs- und Aggregationsmethode einbezogen werden

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
R0010	23.350	23.350			
R0020					
R0030	28.907	28.907			
R0040					
R0050					
R0060					
R0070	45.253	45.253			
R0080					
R0090					
R0100					
R0110					
R0120					
R0130	2.181.170	2.181.170			
R0140					
R0150					
R0160					
R0170					
R0180					
R0190					
R0200					
R0210					
R0220					
R0230					
R0240					
R0250					
R0260					

Gesamtbetrag der nicht zur Verfügung stehenden Eigenmittelbestandteile

Gesamtabzüge

Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen

Ergänzende Eigenmittel

Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann
 Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können

Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können
 Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen
 Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG

Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG
 Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG

Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG

Nicht verfügbare ergänzende Eigenmittel auf Gruppenebene

Sonstige ergänzende Eigenmittel

Ergänzende Eigenmittel gesamt

Eigenmittel anderer Finanzbranchen

Ausgleichsrücklage

Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung
 Nicht der Aufsicht unterliegende Unternehmen, die Finanzgeschäfte tätigen
 Gesamtbetrag der Eigenmittel anderer Finanzbranchen

Eigenmittel bei Verwendung der Abzugs- und Aggregationsmethode, ausschließlich oder in Kombination mit Methode 1

Gesamtbetrag der Eigenmittel bei Verwendung der Abzugs- und Aggregationsmethode oder einer Kombination der Methoden
 Gesamtbetrag der Eigenmittel bei Verwendung der Abzugs- und Aggregationsmethode oder einer Kombination der Methoden unter Abzug der gruppeninternen Transaktionen

Gesamtbetrag der für die Erfüllung der konsolidierten SCR für die Gruppe zur Verfügung stehenden Eigenmittel (außer Eigenmitteln aus anderen Finanzbranchen und aus den durch die Abzugs- und Aggregationsmethode einbezogenen Unternehmen)

Gesamtbetrag der für die Erfüllung des Mindestbetrags der konsolidierten SCR für die Gruppe zur Verfügung stehen den Eigenmittel

Gesamtbetrag der für die Erfüllung der konsolidierten SCR für die Gruppe anrechnungsfähigen Eigenmittel (außer Eigenmitteln aus anderen Finanzbranchen und aus den durch die Abzugs- und Aggregationsmethode einbezogenen Unternehmen)

R0270				
R0280				
R0290	2.278.680	2.278.680		
R0300				
R0310				
R0320				
R0330				
R0340				
R0350				
R0360				
R0370				
R0380				
R0390				
R0400				
R0410				
R0420				
R0430				
R0440				
R0450				
R0460				
R0520	2.278.680	2.278.680		
R0530	2.278.680	2.278.680		
R0560	2.278.680	2.278.680		

Gesamtbetrag der für die Erfüllung des Mindestbetrags der konsolidierten SCR für die Gruppe anrechnungsfähigen Eigenmittel

Mindestbetrag der konsolidierten SCR für die Gruppe (Artikel 230)

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zum Mindestbetrag der konsolidierten SCR für die Gruppe

Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR für die Gruppe anrechnungsfähigen Eigenmittel (einschließlich Eigenmitteln aus anderen Finanzbranchen und aus den durch die Abzugs- und Aggregationsmethode einbezogenen Unternehmen)

SCR für die Gruppe

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR für die Gruppe, einschließlich Eigenmitteln aus anderen Finanzbranchen und aus den durch die Abzugs- und Aggregationsmethode einbezogenen Unternehmen

R0570	2.278.680	2.278.680			
R0610	204.297				
R0650	1.115,4%				
R0660	2.278.680	2.278.680			
R0680	679.551				
R0690	335,3%				

Ausgleichsrücklage

Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten

Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)

Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte

Sonstige Basiseigenmittelbestandteile

Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden

Sonstige nicht verfügbare Eigenmittel

Ausgleichsrücklage vor Abzug von Beteiligungen in anderen Finanzbranchen

Erwartete Gewinne

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung

EPIFP gesamt

	C0060				
R0700	2.291.259				
R0710					
R0720	12.579				
R0730	97.510				
R0740					
R0750					
R0760	2.181.170				
R0770	7.486				
R0780	195.046				
R0790	202.532				

S.25.01.22

Solvenzkapitalanforderung – für Gruppen, die die Standardformel verwenden

- Marktrisiko
- Gegenparteiausfallrisiko
- Lebensversicherungstechnisches Risiko
- Krankenversicherungstechnisches Risiko
- Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko
- Diversifikation
- Risiko immaterieller Vermögenswerte

Basissolvenzkapitalanforderung

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

- Operationelles Risiko
- Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen
- Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern
- Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG

Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag

- Kapitalaufschlag bereits festgesetzt
- davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ a
- davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ b
- davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ c
- davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ d

Konsolidierte SCR für die Gruppe

	Brutto-Solvenzkapitalanforderung	Vereinfachungen	USP
	C0110	C0120	C0090
R0010	533.868		
R0020	76.674		
R0030	27.563		
R0040	20.208		
R0050	427.402		
R0060	-275.207		
R0070			
R0100	810.506		

	C0100
R0130	34.500
R0140	-42.032
R0150	-123.423
R0160	
R0200	679.551
R0210	
R0211	
R0212	
R0213	
R0214	
R0220	679.551

Weitere Angaben zur SCR

- Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko
- Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für den übrigen Teil
- Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände
- Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios
- Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304
- Mindestbetrag der konsolidierten Solvenzkapitalanforderung für die Gruppe

Angaben über andere Unternehmen

- Kapitalanforderung für andere Finanzbranchen (versicherungsfremde Kapitalanforderungen)
- Kapitalanforderung für andere Finanzbranchen (versicherungsfremde Kapitalanforderungen) – Kreditinstitute, Wertpapierfirmen, Finanzinstitute, Verwalter alternativer Investmentfonds und OGAW-Verwaltungsgesellschaften
- Kapitalanforderung für andere Finanzbranchen (versicherungsfremde Kapitalanforderungen) – Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung
- Kapitalanforderung für andere Finanzbranchen (versicherungsfremde Kapitalanforderungen) – Kapitalanforderung für nicht der Aufsicht unterliegende Unternehmen, die Finanzgeschäfte tätigen
- Kapitalanforderung bei Beteiligung an Unternehmen, auf die maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird
- Kapitalanforderung für verbleibende Unternehmen
- Kapitalanforderung für Organismen für gemeinsame Anlagen oder Anlagen in Fondsform

Gesamt-SCR

SCR für Unternehmen, die durch die Abzugs- und Aggregationsmethode einbezogen werden

Solvenzkapitalanforderung

R0400	
R0410	
R0420	
R0430	
R0440	
R0470	204.297
R0500	
R0510	
R0520	
R0530	
R0540	
R0550	
R0555	
R0560	
R0570	679.551

S.32.01.22

Unternehmen der Gruppe

Land	Identifikationscode des Unternehmens	Art des ID-Codes des Unternehmens	Eingetragener Name des Unternehmens	Art des Unternehmens	Rechtsform	Kategorie (auf Gegenseitigkeit beruhend/nicht auf Gegenseitigkeit beruhend)	Aufsichtsbehörde
C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080
GERMANY	52990097SMBIN5K4EU41	LEI	WGV Rechtsschutz-Schadenservice GmbH	Ancillary services undertaking as defined in Article 1 (53) of Delegated Regulation (EU) 2015/35	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Non-mutual	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
GERMANY	529900E0YEXVZGMNM637	LEI	WGV-Informatik und Media GmbH	Ancillary services undertaking as defined in Article 1 (53) of Delegated Regulation (EU) 2015/35	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Non-mutual	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
GERMANY	529900LQ1OEW5JFPN78	LEI	WGV-Beteiligungsgesellschaft mbH	Non-regulated undertaking carrying out financial activities as defined in Article 1 (52) of Delegated Regulation (EU) 2015/35	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Non-mutual	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
GERMANY	529900Q60J8TGDS77M04	LEI	WGV Holding AG	Insurance holding company as defined in Art. 212§ [f] of Directive 2009/138/EC	Aktiengesellschaft	Non-mutual	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
GERMANY	529900YGCHO0CCXQ2C35	LEI	WGV-Lebensversicherung AG	Life undertakings	Aktiengesellschaft	Non-mutual	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
GERMANY	529900OAOQG181JWFR60	LEI	Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.	Non-Life undertakings	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit	Mutual	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
GERMANY	529900CZQ0ENTJZL2F45	LEI	WGV-Versicherung AG	Non-Life undertakings	Aktiengesellschaft	Non-mutual	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

(Forts.)

Einflusskriterien						Einbeziehung in den Umfang der Gruppenaufsicht		Berechnung der Gruppensolvabilität
% Kapitalanteil	% für die Erstellung des konsolidierten Abschlusses	% Stimmrechte	Weitere Kriterien	Grad des Einflusses	Verhältnismäßiger Anteil zur Berechnung der Gruppensolvabilität	JA/NEIN	Datum der Entscheidung, falls Artikel 214 angewendet wird	Verwendete Methode und bei Methode 1 Behandlung des Unternehmens
C0180	C0190	C0200	C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260
1	1	1	0	Dominant	1	Included into scope of group supervision	0	Method 1: Full consolidation
1	1	1	0	Dominant	1	Included into scope of group supervision	0	Method 1: Full consolidation
1	1	1	0	Dominant	1	Included into scope of group supervision	0	Method 1: Full consolidation
1	1	1	0	Dominant	1	Included into scope of group supervision	0	Method 1: Full consolidation
1	1	1	0	Dominant	1	Included into scope of group supervision	0	Method 1: Full consolidation
1	1	1	0	Dominant	1	Included into scope of group supervision	0	Method 1: Full consolidation
1	1	1	0	Dominant	1	Included into scope of group supervision	0	Method 1: Full consolidation

S.22.01.22

Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

		Betrag mit langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei Zinssätzen	Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null	Auswirkung einer Verringerung der Matching-Anpassung auf null
		C0010	C0030	C0050	C0070	C0090
Versicherungstechnische Rückstellungen	R0010	1.189.492			537	
Basiseigenmittel	R0020	2.278.680			-570	
Für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0050	2.278.680			-570	
SCR	R0090	679.551			-167	